

Rüdiger Hachtmann

Wissenschaftsgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Wissenschaft, Forschung und Lehre lassen sich nicht über einen Leisten schlagen. Universitäten wurden (und werden) im Vergleich zur – außeruniversitären – Forschung oft eher stiefmütterlich behandelt. Dieser Trend gilt keineswegs nur für die Zeit des Nationalsozialismus, die im Folgenden im Zentrum stehen wird; er war in den Jahren ab 1933 allerdings besonders ausgeprägt. Dass das NS-Regime die universitäre Lehre jedenfalls in den ersten Jahren mindestens materiell vernachlässigte, ist inzwischen gleichfalls eine Binsenweisheit.¹ Anders die Forschung. Sie stieß schon frühzeitig auf reges Interesse einschlägiger Institutionen des »Dritten Reiches«², denn, das war allen führenden Nationalsozialisten und ebenso den maßgeblichen Vertretern der alten Eliten bewusst: Um erfolgreich Kriege zu führen, benötigte man auch moderne Wissenschaften, die sich mindestens auf demselben Niveau wie die der künftigen Kriegsgegner befanden.

Aber auch wenn von Forschung die Rede ist, muss genauer hingesehen werden. Es ist stets zu fragen, um welche Disziplin es sich handelt. Historiker ohne Doppelqualifikation sind leicht geneigt, sich in ihren Untersuchungen auf die Geistes- und Sozialwissenschaften als ihnen vertraute Fächer zu fokussieren. Da insbesondere die Geisteswissenschaften, trotz ideologischer Anbiederung zahlreicher ihrer ohnehin überwiegend nationalkonservativer Repräsentanten vom Hitler-Regime als nicht kriegsrelevant erachtet und daher materiell tendenziell stiefmütterlich behandelt wurden, hatte die ältere NS-Forschung die Neigung, dies als Indiz für eine *generelle* nationalsozialistische Wissenschaftsfeindlichkeit zu werten. Dieses recht einseitige Bild verändert sich indes gravierend, wenn man insbesondere die für die von der Hitler-Diktatur geplanten Kriege unverzichtbaren Natur- und Technikwissenschaften einbezieht.

Zu differenzieren ist außerdem nach der Reichweite der Forschungsfelder – die in der älteren NS-Forschung simplifizierend oft auf das überdies nur scheinbar polare Begriffspaar »angewandte« versus »Grundlagenforschung« reduziert wird – und nach institutioneller Anbindung. Zwischen den Universitäten einschließlich der dort beheimateten Forschungsinstitute und den außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen lagen oftmals Welten. Und auch die Unterscheidung in universitäre und außeruniversitäre Wissenschaft ist grob und ungenau. Gerade die außeruniversitäre Forschung wies für sich genommen zahllose Facetten auf: Es machte einen erheblichen Unterschied, ob Wissenschaftler in der Industrieforschung tätig waren, in Forschungseinrichtungen der Wehrmacht und der Luftwaffe beschäftigt wurden, ob z. B. das Reichsernährungsministerium ihre Projekte förderte und ob sie schließlich im Rahmen der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG), als der institutionalisierten Spitzenforschung, ihren wissenschaftlichen Untersuchungen nachgingen.³

1 Vgl. die grundlegende Arbeit von *Michael Grüttner*, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995.

2 Um der besseren Lesbarkeit willen werden gängige Eigenbegriffe des Nationalsozialismus wie Drittes Reich, Machtergreifung, Deutsche Physik, Anschluss und Generalplan Ost im Folgenden nur in der ersten Nennung, danach nicht mehr in Anführungszeichen gesetzt.

3 Aus naheliegenden Gründen wird hier darauf verzichtet, die insgesamt 18 Bände des von der Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft unter Leitung von Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder initiierten Forschungsprogramms zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus vorzustellen. Zu einigen dieser Bände finden sich Hinweise in den Anmerkungen.

Das Bild, das der folgende Forschungsbericht zeichnet, wird entsprechend facettenreich sein. Zunächst werden einige Aufsatzbände vorgestellt, in denen wichtige konzeptionelle Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu finden sind, bevor in einem kürzeren Abschnitt auf neuere Veröffentlichungen zur Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaft/Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie zum Anfang 1937 gegründeten Reichsforschungsrat eingegangen wird. Im zweiten Teil werden Publikationen zur Universitätsgeschichte vorgestellt, im Ausblick dann einige Desiderata skizziert.

I. FORMATIONEN, BRÜCHE UND NATIONALE PFADE – WISSENSCHAFTSHISTORISCH WEGWEISENDE SAMMELBÄNDE

An dem von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas herausgegebenen, 2002 erschienenen Band über »Wissenschaften und Wissenschaftspolitik« in Deutschland⁴ wird auf absehbare Zeit niemand vorbeikommen, der sich intensiver mit der deutschen Wissenschaftsgeschichte während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts befasst. Zwar bildet das gesamte »kurze« 20. Jahrhundert bis in die Siebzigerjahre den zeitlichen Rahmen; Schwerpunkte des Bandes sind jedoch die Weimarer Republik, die NS-Herrschaft sowie die unmittelbare Nachkriegszeit. Spannend ist der Band, weil in ihm die ganze Vielfalt moderner Ansätze der neueren Wissenschaftsgeschichte präsentiert wird und mindestens einzelne Beiträge die anschließende Forschung zum Teil kräftig stimuliert haben.

Zu den zentralen Aufsätzen des Bandes gehört ohne Zweifel der von Mitchell Ash über »Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander« – ein Titel, der bereits die zentrale These Ashs markiert: »Im Hinblick auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik sind wissenschaftliche Kontinuität und Wissenschaftswandel am produktivsten als Fortsetzung bzw. als Um- oder Neugestaltung von Ressourcenensembles zu begreifen« (S. 32).⁵ In impliziter Anlehnung an Pierre Bourdieus Kapitalbegriff verwendet Ash einen weiten Ressourcenbegriff; jene seien nicht nur finanzieller, sondern können ebenso gut »kognitiver, apparativer, personeller, institutioneller oder rhetorischer Art sein« und grundsätzlich vor allem »gegenseitig mobilisierbar«, d. h., dass »Wissenschaftler genauso gut Ressourcen aus der politischen Sphäre für ihre Zwecke mobilisieren, wie die Politiker die Wissenschaftler und ihre Ressourcen für ihre Zwecke zu benutzen versuchen können« (S. 33). Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass für die NS-Herrschaft, aber auch für andere politische Systeme von einer »Indienstnahme« oder einem »Mißbrauch der Wissenschaften« durch »irgendwelche politischen Diktate vom Staat«, denen sich die Wissenschaftler dann »widerwillig« untergeordnet hätten, meist nicht gesprochen werden kann, da »die Initiative weit häufiger eher von den Wissenschaftlern ausgegangen ist« (S. 32) und jene bewusst politische Ziele und ideologische Postulate seitens »der Politik« nutzten, um eigene Interessen durchzusetzen. Dies gilt keineswegs nur für spezifische Epochen (und lediglich den deutschen Raum), sondern tendenziell für alle modernen Industriegesellschaften seit Ende des 19. Jahrhunderts. Ash löst den Wissenschaftsbegriff aus allzu engen Verklammerungen, indem er ausdrücklich feststellt, »dass wissenschaftliche Ressourcenensembles im Prinzip *politisch multivalent* sind – d. h., es lassen sich mit deren Hilfe Allianzen mit zuweilen sehr unterschiedlichen Staatsformen konstruieren, wie das deutsche Beispiel besonders krass zeigt« (S. 32 f.).

4 Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hrsg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 2002, 476 S., geb., 96,00 €.

5 Hier und im Folgenden verweisen Seitenzahlen im Text auf die entsprechenden Passagen der jeweils vorgestellten Publikationen (inkl. Zitatchweise). Alle Hervorhebungen im Original.

Ressourcenkonstellationen wurden ausgehandelt – und nicht einseitig von »der Politik« diktiert. Denn selbst während der NS-Zeit blieben die Herrschenden auf moderne Wissenschaften angewiesen, wollten sie die geplanten Kriege erfolgreich durchstehen. Infolgedessen war auch »Autonomie«, so Ash, »kein Selbstzweck, sondern das Ergebnis von Verhandlungen«. Es gelte mithin, »nicht nur danach zu fragen, ob eine (Teil-)Autonomie möglich gewesen ist, sondern vielmehr zu fragen, von wem oder von welcher Instanz an wen, zu welchem Zweck und vor allem auf wessen Kosten eine (Teil-)Autonomie erlangt bzw. gewährt worden ist«. Mit einem solcherart historisierten Autonomie-Begriff wird im Übrigen auch die nach 1945 oft in durchsichtiger apologetischer Absicht verwendete Kategorie der Autonomie, die zu wahren unter der NS-Herrschaft gelungen sei, relativiert. Beteiligte Zeitgenossen wie die frühe Nachkriegshistoriografie insistierten bekanntlich darauf, dass man die organisatorische Eigenständigkeit habe erhalten können, und setzten dies dann gern mit moralischer Integrität der beteiligten Wissenschaftler oder gar deren »Widerstand« gleich. Autonomiebestrebungen konnten während der NS-Zeit jedoch, so Ash zu Recht, mit der Begründung vorgebracht und durchgesetzt werden, auf diese Weise »dem Regime noch effektiver dienen zu können« (S. 47).

Die Vorteile des von Ash vorgeschlagenen, im Begriff der »Ressourcen für einander« angelegten Perspektivenwechsels liegen auf der Hand: Wissenschaft und Politik werden einander nicht mehr polar als homogene und gegeneinander abgeschlossene Blöcke gegenübergestellt; ihre vielfältigen Verzahnungen werden in den Blick genommen, »flexibel und realitätsnäher [die] Allianzen als Vernetzungen von Akteuren [...], die einander doch nicht so fremd waren«, herausgearbeitet (S. 32 f.). Der von Ash vorgeschlagene neue Zugriff ist überzeugend und seitdem insgesamt ja auch sehr positiv rezipiert worden. Er muss allerdings um die »subjektive Seite« ergänzt werden. Allzu schnell geht bei einer allzu starken Orientierung auf Ressourcenensembles unter, dass deren Mobilisierung nicht allein von einem instrumentell angelegten Kalkül, sondern oft außerdem – meist gleichzeitig – von innerer Überzeugung getragen war. Der offensiven Mobilisierung und Nutzung der vom NS-Regime angebotenen Ressourcen entsprach eine sehr häufig emotional tief verankerte nationalistisch grundierte Überzeugung, die durch den barbarischen Antisemitismus des Regimes oft nur vorübergehend irritiert wurde und eine vielfach geradezu euphorische Selbstmobilisierung der wissenschaftlichen Akteure für die Ziele der Diktatur begünstigte. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass für Ash im impliziten Anschluss an Detlev K. Peukert feststeht, dass das Dritte Reich nicht aus der »Moderne« herausdefiniert werden kann.⁶ Mitunter hätten sich bestimmte »strukturelle Entwicklungen, die schon lange vor 1933 einsetzten«, während der NS-Herrschaft »eher beschleunigt«, etwa »die Auslagerung von Forschungsgebieten aus der Universität in die Industrie und in staatliche bzw. halbstaatliche Forschungseinrichtungen«⁷ oder auch die »Technisierung der Grundlagenforschung« (S. 42).

6 Den Begriff »Moderne« oder »Modernisierung« vermeidet Ash wohlweislich. Wenn hier das Dritte Reich als eine spezifische Variante der Moderne bezeichnet wird, dann ist dabei unterstellt, dass der Modernitäts-Begriff nicht normativ aufgeladen ist, also mit demokratischen Werten oder meist normativ verwendeten Begrifflichkeiten wie »Zivilgesellschaft«, »Westernization« etc. assoziiert wird. Dieser wertneutrale Moderne-Begriff, der auch deren Verwerfungen nicht ausspart, geht zurück auf Detlev K. Peukert, Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, hier insb. S. 64 ff., 82 ff.; ders., Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, hier insb. S. 14 ff., 289 f.

7 Zur Industrieforschung vgl. unten, S. 605. Zu den halbstaatlichen Forschungseinrichtungen vgl. die im Rahmen des KWG-Forschungsprogramms herausgegebenen Bände (Fußnote 2) sowie exemplarisch für die Luftfahrtforschung Helmuth Trischler, Raum- und Luftfahrtforschung in Deutschland 1900–1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft, Frankfurt/Main/New York 1992.

So wie Ash bereits im Titel seines Aufsatzes seine zentrale Überlegung pointiert – und darüber hinaus auch sonst zahlreiche Anregungen bietet –, bringt auch Ulrich Wengenroth seine Hauptthese bereits in der Titelgebung auf den Punkt: Die deutsche Wissenschaft habe sich während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die »Flucht in den Käfig« begeben. Diese Feststellung, die von der Wissenschaftsgeschichte in der Folgezeit kontrovers diskutiert wurde, hat einiges für sich. Die deutschen Natur- und Technikwissenschaften hätten ihre Forschungsanstrengungen darauf ausgerichtet, »in größtmöglicher Autarkie alle Rohstoffe aus dem eigenen Hof erwirtschaften zu wollen« (S. 53). Tatsächlich war das Wissenschaftssystem des imperialistischen *latecomers* seit Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend autarkistisch orientiert – ein wichtiger Hinweis, der manche Spezifika der wissenschaftshistorischen Entwicklung in Deutschland plausibel macht. Wengenroth entwertet freilich seine zentrale These von der »Käfighaltung« der deutschen Wissenschaften selbst, indem er sie überspitzt und mit unhaltbaren Behauptungen glaubt abstützen zu müssen: Die Meinung, dass die reichsdeutsche Forschung »aus ungeeigneten Ressourcen mit hohem Aufwand Zweitklassiges herzustellen« versuchte, muss seit den Untersuchungen namentlich Helmut Maier⁸ mindestens relativiert werden. Ebenso wenig sind überkommene Thesen wie die vom »Rückbau«, »Kahlschlag« oder »Abbau des deutschen Innovationssystems« während der Dreißigerjahre oder die vom »Verbot, »artfremde« Wissenschaft zu lehren«, zu halten – so Wengenroth in offensichtlicher Anspielung auf die »Deutsche Physik« (S. 56 f.); darauf, dass die Deutsche Physik lediglich in der Phase der ideologisierten Systemetablierung für kurze Zeit Einfluss gewinnen konnte, danach das unter dem Primat des Krieges pragmatisch agierende NS-Regime der modernen Physik wie überhaupt innovativen Ansätzen Raum ließ, wird noch einzugehen sein.⁹

Abgesehen davon, dass (wie Susanne Heim betont hat) das »Denken in voneinander abgeschlossenen Großwirtschaftsräumen« auch in anderen Ländern Tradition hatte¹⁰, verkennt die These vom wissenschaftlichen »Isolationismus«, ferner die in der Weimarer Republik und auch nach 1933 bis Ende 1938¹¹ starke Einbindung der deutschen Spitzenforschung in die internationale *scientific community*. Wengenroth suggeriert mit seiner Käfigthese, dass der in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts starke, durch die Nationalsozialisten dann schließlich rassistisch aufgeladene Nationalismus im Widerspruch stand zur herausragenden Teilnahme an der internationalen wissenschaftlichen Kommunikation. Dem war jedoch keineswegs so. Bis 1939/45 wird man kaum von einem »Abschied [des Deutschen Reiches] aus der technisch-wissenschaftlichen Spitzengruppe« (S. 53) sprechen können. Margit Szöllösi-Janze teilt in ihrem, an den Aufsatz von Wengenroth anschließenden Beitrag über die »institutionelle Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft« die Ansichten Wengenroths vom »Rückbau« oder »Abbau« des deutschen Wissenschaftssystems denn auch ganz offensichtlich nicht. Sie betont vielmehr, »dass sich in Deutschland früh Ansätze herausbildeten, die später in einen neuartigen Typ organisierter Forschung münden sollten, der erst in und nach dem Zweiten Weltkrieg international zum

8 Helmut Maier, Ideologie, Rüstung und Ressourcen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung und die »Deutschen Metalle« 1933–1945, in: *ders.* (Hrsg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002, S. 357–388; *ders.*, Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das KWI für Metallforschung 1900–1945/48, Göttingen 2007.

9 Vgl. unten, S. 553.

10 Susanne Heim, Einleitung zu: *dies.* (Hrsg.), Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002, S. 7–13, hier: S. 7.

11 Vgl. (für die KWG) Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007, Bd. 1, S. 556–579, Bd. 2, S. 793–802. Erst das Novemberpogrom 1938 führte zu Irritationen der *scientific community* vor allem in den westlich-demokratischen Staaten und zum (auch dann noch:) allmählichen Abbruch der internationalen Kontakte.

Durchbruch kam, nämlich die politisch bzw. militärisch relevante Großforschung.¹² Statt »Rückbau« konstatiert Szöllösi-Janze für »Deutschland bereits in den zwanziger Jahren eine in Europa einmalige, institutionell verankerte wissenschaftliche Gesellschaft«, in der die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung auch relativ so hoch waren wie in keinem anderen Land. Die Behauptung Wengenroths vom Weg in den wissenschaftlichen »Isolationismus«, den das Reich ab 1919 eingeschlagen habe, entkräftigt Szöllösi-Janze u. a. mit dem Hinweis auf die bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges anhaltenden »internationalen Förderverbindungen, z. B. zur Rockefeller-Foundation oder zum japanischen Industriellen Hajime Hoshi«¹³, ohne dessen als Grundtendenz ja zutreffenden These, dass die »autarkiepolitisch orientierte Forschung das Land in eine gefährliche Pfadabhängigkeit« geführt habe, zu widersprechen (S. 69 f.).

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg, vor allem mit der Gründung der KWG 1911, aber auch schon der 1887 ins Leben gerufenen Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR), der 1901 gegründeten Militärischen Versuchsanstalt, die ab den Zwanzigerjahren unverfänglicher als Chemisch-Technische Reichsanstalt (CTR) firmierte, und einer wachsenden Zahl industrienaher Forschungseinrichtungen begann sich, so Szöllösi-Janze, ein »neuartiger Typ organisierter Forschung« durchzusetzen, im Krieg dann mit der »Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Forschung« (KWKW). Deutschland mit seiner »Großforschung« – so Helmuth Trischler in seinem Beitrag in dem von v. Bruch und Kaderas herausgegebenen Band noch pointierter als Szöllösi-Janze – sei vor diesem Hintergrund seit der Wende zum 20. Jahrhundert gerade in internationaler Perspektive sogar zur »Triebfeder von auf wissenschaftlicher Forschung basierenden nationalen Innovationssystemen« geworden. Überzeugend arbeitet Trischler zudem heraus, dass »Großforschung nicht einfach groß im quantitativen Sinne« gewesen sei. »Das Spezifische der Großforschung liegt vielmehr im Grad der Verflechtung der drei gesellschaftlichen Teilsysteme Staat, Wissenschaft und Wirtschaft« sowie in ihrer Ausrichtung »auf Ziele, die für politisch und gesellschaftlich prioritär gehalten werden« (S. 243 f.). Während der Weimarer Republik wurde dieser Trend zur »Großforschung« mit der Gründung der »Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft« und den von ihr initiierten »Gemeinschaftsarbeiten«¹⁴, im Dritten Reich dann mit den mit den riesigen Forschungseinrichtungen des Göring'schen Luftfahrtimperiums und zahlreichen anderen neuen Wissenschaftszentren weiter forciert.

In ihrem Beitrag in dem Band von v. Bruch und Kaderas hat Szöllösi-Janze für die (deutsche) »Moderne« ab Ende des 19. Jahrhunderts außerdem, in Anlehnung an angloamerikanische Termini, das Schlagwort von der »Wissensgesellschaft« stark gemacht.¹⁵ Dieser Be-

12 Was Margit Szöllösi-Janze unter Verweis auf ihre Haber-Biografie (Fritz Haber 1868–1934. Ein Biografie, München 1998) und die bahnbrechende Arbeit von Helmuth Trischler (Raum- und Luftfahrtforschung) skizziert, ist inzwischen für weitere Wissenschaftsfelder jüngst u. a. von Helmut Maier (Forschung als Waffe) und Florian Schmaltz (Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005) ausführlich dargestellt worden.

13 Zum Engagement der Rockefeller Foundation im Deutschen Reich bis 1938/39 vgl. neben den Arbeiten zur KWG vor allem die Studien von Macrakis, insbesondere: *Christie Macrakis, The Rockefeller Foundation and German physics under National Socialism*, in: *Minerva* 27, 1989, H. 1, S. 33–57; *dies.*, Wissenschaftsförderung durch die Rockefeller-Stiftung im »Dritten Reich«. Die Entscheidung, das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik finanziell zu unterstützen, 1934–39, in: *GG* 12, 1986, S. 348–379.

14 Vgl. unten, S. 555, 557.

15 Vgl. außerdem *Margit Szöllösi-Janze, Wissensgesellschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse*, in: *GG* 30, 2004, S. 275–311; *dies.*, Wissensgesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte, in: *Hans Günter Hockerts* (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 277–305.

griff ist freilich von zweifelhaftem Wert und letztlich irreführend, denn jegliche Form menschlicher Gesellschaft basiert auf Wissen. Wenn das Wörtchen Wissensgesellschaft überhaupt Sinn macht, dann für die Aufklärung – insbesondere die Hochaufklärung des 18. Jahrhunderts –, als die überkommenen Lehrautoritäten offen in Frage gestellt, sukzessive destruiert wurden und stattdessen der individuelle (wissenschaftliche wie politische) Intellekt ins Zentrum gestellt, das Vertrauen auf die eigene Vernunft zum handlungsleitenden Prinzip – und damit überhaupt die Basis für die moderne Wissenschaftsentwicklung gelegt wurde. Unstrittig ist, dass die Großunternehmen der industriellen Leitsektoren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer stärker auf »Wissenschaft« zurückgriffen, sich mit ihr zu verzahnen suchten, und umgekehrt »die Wissenschaft« ab der Wende zum 20. Jahrhundert »Großbetriebe« wie die KWG generierte. Ebenso unstrittig ist, dass Staat und staatstragende »Politik« in wachsendem Maße auf wissenschaftlich basierte Expertisen oder gleich die Experten selbst zurückgriffen (obwohl auch dies kein wirklich neues Phänomen ist, wenn man z. B. an die Kameralistik und die Geschichte der Statistik denkt).

Überzeugend ist das Schlagwort von der Wissensgesellschaft für die Epoche seit den Achtziger- und Neunzigerjahren des 19. Jahrhunderts (bis in die Gegenwart) deshalb jedoch nicht. Problematisch ist der Begriff insbesondere, weil er suggestiv der Gesamtgesellschaft eine Form der Rationalität unterstellt, die sie nicht besessen hat. Der Gebrauch dieses Schlagworts unterschlägt, dass parallel zur Ausbildung der modernen Wissenschaften hochgradig irrationale Strömungen in Politik, Gesellschaft sowie Teilbereichen der Wissenschaften – etwa der »Erblehre«, »Sozialhygiene« und »Rassenkunde« – Fuß fassten und eine rasch wachsende Resonanz nicht zuletzt in den Eliten fanden, auch unter einer Majorität der Forscher, die sich selbst als deutsch-völkische Patrioten verstanden. Dass vor allem die seit Ende des 19. Jahrhunderts rasant expandierenden »neuen« industriellen Leitsektoren *science-based* waren, ändert an dem Tatbestand, dass die nur vorgebliche Wissensgesellschaft zugleich eine Hoch-Zeit des Irrationalismus war, nichts. Der inzwischen inflationäre Gebrauch des Terminus Wissensgesellschaft besitzt, so mit ihm eine bis in die Gegenwart reichende Epoche und keine abgeschlossene historische Phase gekennzeichnet wird, zudem eine teleologische Dimension. Er überschneidet sich stark mit »Moderne« – und anscheinend wohl auch »Postmoderne« – und lädt mit ihnen verknüpfte Begriffe wie Moderne oder Modernisierung, erneut, normativ auf. Deshalb, aber auch aufgrund ihrer kategorialen Unschärfe sollte man auf wolkige Begriffe wie Moderne und Wissensgesellschaft besser verzichten.

Interessante und mitunter bahnbrechende Sammelbände zeichnen sich dadurch aus, dass Unterschiede und Gegensätze in den Positionen der einzelnen Autoren von souveränen Herausgebern nicht verschwiegen, nicht geglättet werden. Gerade die Vielfalt an Thesen und in den Argumentationen machen den Reiz aus; sie zwingen den Leser zum Nachdenken. Differenzen finden sich in dem von v. Bruch und Kaderas herausgegebenen Band des Öfteren, nicht nur in den Beiträgen von Wengenroth und Szöllösi-Janze, sondern auch etwa in den Aufsätzen von Notger Hammerstein und Lothar Mertens. Auf ihre Kontroverse darüber, ob für die Struktur der Ordinarien-Universität und ebenso die Förderpraxis der Notgemeinschaft/DFG das Jahr 1933 einen scharfen Bruch darstellt oder nicht, wird an geeigneter Stelle einzugehen sein.¹⁶ Unumstritten waren offenbar dagegen die meisten

16 Vgl. unten, S. 561 und 600. Relativ unergiebig – weil eine Frage der Definition der verwendeten Kategorien – scheint mir dagegen die Kontroverse zwischen Helmut Maier und Helmut Trischler zu sein, ob die deutsche Großforschung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und ihre Anbindung in die jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Teilsysteme nun als »Triple-Helix« oder besser als »militärisch-industriell-[wissenschaftlich-politisch]er Komplex« zu bezeichnen sei. Vgl. *Helmut Trischler*, Wachstum – Systemnähe – Ausdifferenzierung. Großforschung im Nationalsozialismus, in: *v. Bruch/Kaderas*, Wissenschaften und Wissenschaftspolitik, S. 244 f.; *Helmut Maier*, »Unideologische Normalwissenschaft« oder Rüstungsforschung?, in: ebd., S. 256 ff.

Beiträge zu den Einzeldisziplinen, z. B. von Wolfgang U. Eckart zur humanexperimentellen Forschung. Seine Feststellung, dass die bis 1933 eher tastenden und unzulänglichen Versuche einer »Normung« von Versuchen an und mit Menschen in demokratisch-humanitärer Perspektive während der NS-Zeit durch »die Entindividualisierung der ärztlichen Handlungsziele unter Hinwendung zu Rasse, Volk und Staat«, durch die »rassische und politische Inferiorisierung, Ausgrenzung, Internierung und Vernichtung« zuvor systematisch stigmatisierter Bevölkerungsgruppen, durch die »Freisetzung kulturell überlagerter Tötungslust« sowie schließlich die »Zuweisung von Sondersituationen« außer Kraft gesetzt wurden (S. 284 f.), markiert offenbar den inzwischen erreichten Konsens. Wichtig ist der Verweis von Eckart darauf, dass zeitlich parallel zur Vorbereitung der Nürnberger Ärzteprozesse sich die US-amerikanischen Alliierten an »die Auswertung der japanischen und vermutlich auch einer Reihe der deutschen Forschungsergebnisse aus verbrecherischen bakteriologisch-hygienischen Humanexperimenten« machten, eine Praxis, die ein grelles »Licht auf die Ambivalenz [auch] der »Renormalisierung« medizinischer Wissenschaft« nach 1945 werfe (S. 287).

In weiteren Beiträgen des von v. Bruch und Kaderas herausgegebenen Bandes werden die vielfältigen Kontinuitäten einzelner Disziplinen über die Zäsuren 1933 und 1945 hinweg herausgearbeitet, so etwa von Johannes Platz, Lutz Raphael und Ruth Rosenberg in ihrer Skizze über die sich ab Mitte der Zwanzigerjahre etablierende »Industrielle Psychotechnik« und von Volker Losemann in seinem Beitrag über die Altertumswissenschaften. Michael Grüttner markiert die »Machtergreifung als Generationskonflikt«. Jürgen Reulecke wiederum diskutiert »Generationalität« in ganz anderer Perspektive, nämlich in Anschluss an Norbert Elias unter dem Aspekt der »Generationsketten«. Dieser zielt darauf, dass zwei einander nachfolgende Generationen sich entweder als »gleichgerichtet« empfinden oder aber »demonstrativ neue Muster« entwickeln (S. 355). Reulecke thematisiert dies für die von Detlev K. Peukert so benannte »Frontgeneration« und »verlorene Generation«. ¹⁷ Für mich etwas überraschend behauptet Reulecke, dass nicht die im Dritten Reich gesellschaftsprägende Rolle dieser Generationen, ihre »aktive Mitarbeit im NS-System« als »zentrales Generationsprojekt« anzusehen sei, sondern das Bemühen dieser Generation, nach 1945 »psychisch und lebensplanerisch damit fertig zu werden, [...] sich in den Dienst einer verbrecherischen Regimes begeben zu haben« und nach dem Zusammenbruch der Diktatur »ein nach vorn gerichtetes, achtbares und sinnerfülltes Leben in einer neuen, demokratischen Gesellschaft führen« zu wollen (S. 360). Darüber wird man sicherlich streiten können, nicht dagegen darüber, dass die Kategorien Generationalität und Generationsketten von erheblichem heuristischen Wert sind. Entscheidend scheint mir allerdings, dass unter Generation nicht »eine *gesamte* Alterskohorte« verstanden wird, wie Ingo Haar in einem weiteren Aufsatz zur Frage, ob Generationalität als Ansatz zur Erklärung des »Generalplan Ost« taugt, behauptet (S. 363), sondern wesentlich als »kollektive Selbstbeschreibungsförmel« und »Erfahrungsgemeinschaft« (Ulrike Jureit), die auf bestimmte *Teilgruppen* zielt, die vor dem Hintergrund spezifischer sozialer und politisch-historischer Prägungen, Verarbeitungen und Deutungen eine besondere, generationsbezogene Identität entwickeln. ¹⁸

Weitere Aufsätze des Bandes widmen sich dem Thema Elitenkontinuität vor und nach 1945 am Beispiel der zerstörten und personell stark ausgebluteten Universitäts- und Forschungslandschaft Berlins (Hubert Laitko) und der unzerstörten »Traditionsuniversität« Tübingen (Sylvia Paletschek), die nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Verlagerung wichtiger Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute in die südwestdeutsche Universitätsstadt und der relativ sanften Politik der französischen Alliierten zu einer Art Kriegsgewinnler wur-

¹⁷ Vgl. Detlev K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt/Main 1987, S. 25–31.

¹⁸ Ulrike Jureit, Generationenforschung, Göttingen 2006, S. 9.

de. Carsten Klingemann fragt, wie die bereits vor 1945 aktiven Sozialwissenschaftler nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur zu »auch international anerkannten Vertretern ihrer Disziplin werden« konnten, und beantwortet diese Frage dahingehend, dass die in sich relativ unideologische »empirische Tatsachenforschung auch von Politikern und Planungsinstitutionen totalitärer Regime benötigt« werde, die »beachtenswerte fachwissenschaftliche Kontinuität« in dieser Disziplin und ebenso ihre »politische Anwendbarkeit« auch unter veränderten Vorzeichen deshalb nicht überraschend sei (S. 422). Während Klingemann die Kontinuitäten betont, verweist Claus-Dieter Krohn demgegenüber auf die Brüche, nämlich auf die große Anzahl 1933 vertriebener Wissenschaftler sowie darauf, dass Remigranten nach 1945 die Soziologie in der Bundesrepublik intellektuell erneuert haben und sie es waren, die entscheidend für den »Anschluß an die internationale Wissenschaft« wurden (S. 452). Michael Schüring wiederum thematisiert die apologetische und exkulpatorische Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die die Vertreibungen jüdischer, von der Vorgängerorganisation KWG beschäftigter Spitzenforscher vergessen zu machen suchte, während sie gleichzeitig »Integrationsfiguren« wie Werner Heisenberg, Otto Hahn, Adolf Butenandt oder Richard Kuhn, die als »wissenschaftlich kompetent und moralisch integer galten«, aufbaute und ins Rampenlicht stellte, um »das in der Gründungsphase der MPG entworfene Bild einer unbelasteten und damit zukunftsfähigen Tradition« wirksam verbreiten zu können (S. 453, 456).¹⁹

Helmut Maier wiederum fragt, ob die Entwicklung insbesondere der technikkissenschaftlichen Disziplinen an Kriterien gemessen werden kann, die ihr retrospektiv angelegt werden, und wendet sich gegen die Klassifizierung der NS-Politik als wissenschaftsfeindlich. Was in dem kurzen Beitrag im Band von v. Bruch und Kaderas nur angedeutet ist, hat Maier an anderer Stelle, in einem von Christoph Jahr herausgegebenen Band zur Berliner Universitätsgeschichte während der NS-Zeit (der gleich noch vorzustellen sein wird²⁰) näher ausgeführt: Waren die »Rüstungsforschung und die Mobilisierung der Wissenschaften« – gemeint sind vor allem die Natur- und Technikdisziplinen – »Stiefkinder« oder »Hätschelkinder« der Diktatur? Maier listet in diesem Aufsatz zunächst die klassischen Klischees der bundesdeutschen Wissenschaftsgeschichte über die vorgeblichen »Defizite« der Rüstungsforschung ab 1933 auf. Dazu gehört u. a. das Vorurteil, dass jene ineffizient gewesen sei, weil eine zentralisierte Forschungsführung gefehlt habe, außerdem der »Standesdünkel adelsprivilegierter Staboffiziere und ihre Überbewertung des »Soldatischen« diese daran gehindert habe, die Chancen von Wissenschaften und Technologie für eine moderne Kriegführung zu erkennen, und das Regime zudem so dämlich gewesen sei, einen Großteil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zum Fronteinsatz zu berufen (S. 99 f.). Maier widerlegt diese Klischees dann Punkt für Punkt. So sei die institutionelle Zersplitterung, von manchen NS-Forschern (in einem verkürzten Verständnis des von F.L. Neumann im »Behemoth« elaborierten Konzeptes) als Polykratie zum zentralen Merkmal auch des NS-Wissenschaftssystems erhoben, während der Weimarer Republik weit stärker ausgeprägt gewesen als nach 1933. Sie dürfe zudem schon für die Zwanzigerjahre »nicht als schlichter Pluralismus von Förderorganisationen mißverstanden werden«, denn die verschiedenen Schaltstellen des Weimarer Wissenschaftssystems, an die die Forschungseinrichtungen angebunden waren, hätten gleichfalls bereits »als unabhängige und nicht demokratisch kontrollierte Herrschaftszentren [agiert] und standen zum Teil in heftiger Konkurrenz zueinander« (S. 104). Demgegenüber habe das NS-Regime »mit der Errichtung des Reichserziehungsministeriums 1934 erstmalig die Hochschulpolitik und -aufsicht zentralisiert«. Mit dem Reichsforschungsrat (RFR) sei 1937 zwar keine die gesamte Forschung überwölbende Institution geschaffen worden; doch habe der RFR,

19 Ausführlich dazu: *Michael Schüring*, *Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft*, Göttingen 2006.

20 Vgl. unten, S. 567 f.

der Göring'sche Luftfahrtkomplex, vergleichbare Einrichtungen der Marine, des Heeres usw. die Koordination in entscheidenden Teilbereichen entscheidend vorangetrieben und so das Wissenschaftssystem generell immer innovationsfähiger gemacht.

Maier beschränkt sich in diesem Aufsatz nicht nur darauf, Ansichten von antiwissenschaftlichen Ressentiments der Militärführungen in das Reich der Legenden zu verweisen, indem er die gegenüber Innovationen hochgradig aufgeschlossene Wissenschafts- und Technikpolitik des deutschen Militärs seit Ende des 19. Jahrhunderts in knappen Strichen nachzeichnet. Er setzt darüber hinaus Akzente und verlangt in mancherlei Hinsicht einen Paradigmenwechsel der bundesdeutschen Wissenschaftsgeschichte (der zum Teil freilich bereits begonnen hat) – etwa wenn er fordert, dass diese sich nicht mehr »vor allem den immer noch fast immunen ›Geistesgrößen‹, den Disziplinen und ihren Institutionen widmet«, sondern ihr Augenmerk verstärkt auf die über einzelne Fachdisziplinen und Forschungsinstitutionen weit hinausgehenden Grundstrukturen, auf das »nationale Innovationssystem« und in diesem Kontext auf die zahllosen (empirisch häufig freilich schwer »fassbaren‹) »Hybridgemeinschaften« richten sollte, deren Geschichte gleichfalls oft bis in den Ersten Weltkrieg oder noch weiter zurückreicht (S. 105 ff.). Vor diesem Hintergrund fordert Maier, dass die Historiografie zur NS-Rüstungsforschung, zu ihrer Organisation, aber auch ihrer inhaltlichen Innovationsfähigkeit, die »bislang überwiegend als Geschichte des Scheiterns beschrieben« wurde, die Perspektive wechseln sollte; diese sei vor allem – und das ist zugleich ein zentraler Aspekt, der den grausigen ›Zivilisationsbruch‹ von 1933 bis 1945 mit zu erklären hilft – unter dem Gesichtspunkt ihres ›Erfolges‹ zu thematisieren. Maier kann sich mit seiner Forderung nach einem Perspektivenwechsel auf die Alliierten, vor allem deren *intelligence teams* berufen, die in der Nachkriegszeit resümierten: »At the height of the war, Germany reputedly had the greatest reservoir of scientific and technical talent ever developed in one country« (S. 112, 114).

Vor allem die hier ausführlicher referierten Aufsätze von Ash, Szöllösi-Janze, Maier und Trischler sind ein Plädoyer für die Struktur- bzw. Institutionengeschichte statt einer traditionalistisch angelegten, auf einzelne Personen fokussierten Wissenschaftsgeschichte. Gleichwohl finden sich in den Band von v. Bruch und Kaderas biografische Skizzen, die Schlaglichter auch auf die Struktur des NS-Wissenschaftssystems werfen, z. B. die von Burkhard Ciesla zum Artillerie-General und RFR-Vorsitzenden Karl Becker, der sich am 8. April 1940 das Leben nahm. Wissenschaftshistorisch wichtig ist die Feststellung Cieslas, dass Beckers Selbstmord keine Rückschlüsse auf ein etwaiges Scheitern des Reichsforschungsrates zulässt, sondern in erster Linie auf seine Rolle als Chef des Heereswaffenamtes zurückzuführen ist: Becker musste fürchten, als Verantwortlicher für Bewaffung und Munition für ein mögliches Scheitern des schlecht vorbereiteten, bevorstehenden Angriffes auf Frankreich verantwortlich gemacht zu werden und setzte seinem Leben deshalb ein Ende (S. 280 f.).

Teilweise individualbiografisch geprägt ist auch ein Band mit Aufsätzen von Rüdiger vom Bruch aus den letzten 25 Jahren, erschienen unter dem Titel »Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert«.²¹ Zahlreiche, das frühe 20. Jahrhundert prägende Gestalten wie Adolf v. Harnack, Gustav Schmoller, Max Weber, Friedrich Meinecke, Ernst Troeltsch oder Friedrich Ott werden dem Leser vorgestellt. Insbesondere deren wissenschaftspolitisches Selbstverständnis gewinnt durch die Skizzen vom Bruchs schärfere Konturen. Aufschlussreich sind z. B. die in einem eigenständigen Beitrag behandelten »Attacken« Max Webers »gegen das staatsbürokratisch, auf individuelle Unterwerfung zielende, persönlichkeitskorrumpierende ›System Althoff‹« (S. 208), dem vom Bruch bekanntlich ja eine ganze Reihe weite-

21 Rüdiger vom Bruch, *Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 2006, 430 S., kart., 68,00 €.

rer Studien gewidmet hat. Eingeleitet wird der Band durch eine Betrachtung des sozialen Profils der deutschen Hochschullehrer, die in der Feststellung kulminiert, dass etwa ab 1890 die soziale Rekrutierung der Professorenschaft »offener, differenzierter« geworden sei (S. 18), der Beginn des Spätwilhelminismus mithin auch in dieser Hinsicht eine entscheidende Zäsur markiert. Gesondert hingewiesen sei außerdem auf den Aufsatz über »gelehrte Geselligkeit in Berlin«, in dem vom Bruch auf die hohe Bedeutung der Salons – die in den Zwanzigerjahren freilich rapide an Bedeutung verloren – und vor allem den Clubs und Herrengesellschaften hinweist, die der Geselligkeit und der Bildung frönten, zugleich jedoch zentrale Foren auch für nicht-restringierte, informelle wissenschaftliche und politische Kommunikation waren. Nicht wenige von ihnen – das wird bei vom Bruch nur angedeutet – behielten diese Funktion selbst während des Dritten Reiches. Sehr zu recht verweist der Verf. auf die großen »Chancen eines vereinsgeschichtlichen Zugriffs für Analysen zum Beziehungsgeflecht Wissenschaft und Stadt« und, so wäre zu ergänzen, Wirtschaft, Militär und Politik. Seinem Wunsch nach »intensiven Detail- und Vertiefungsstudien« zu einer großbürgerlichen Vereinsforschung (S. 185) kann man sich nur anschließen.

Gleichsam als Fortsetzung des von ihm gemeinsam mit Brigitte Kaderas herausgegebenen Bandes präsentiert sich ein weiterer, von Rüdiger vom Bruch gemeinsam mit Uta Gerhardt und Aleksandra Pawliczek unter dem Titel »Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts« herausgegebener Aufsatzband.²² Anregend (wie immer, möchte man hinzufügen) ist ein einführender Aufsatz von Mitchell Ash, in dem dieser – mit dem manchmal etwas allzu ausladenden Gestus des etablierten Ordinarius – seine oben referierte These zu den wissenschaftsrelevanten »Ressourcenkonstellationen« sowie zu den »Umgestaltungen der Ressourcenensembles« im 20. Jahrhundert elaboriert. Neben personellen Ressourcen und institutionellen Konstellationen ist für ihn auch die Fähigkeit zur ideologischen Neukonstruktion als Ressource zu betrachten, und zwar nicht nur die Fähigkeit zur rhetorisch-ideologischen Anpassung und zum semantischen Umbau dessen, was man bisher betrieben hatte, sondern auch die dahinter stehende strategische Ausrichtung mit dem Ziel, erfolgreich in einem gänzlich veränderten politisch-historischen Kontext insbesondere materielle Ressourcen mobilisieren zu können. Überlegenswert ist außerdem Ashs Vorschlag, auch Reflexibilität unter bestimmten Umständen als Ressource zu fassen. Gemeint ist damit, dass »die eigene Biographie«, durch äußeren Druck erzwungene biografische Brüche (wie Ash am Beispiel ab 1933 vertriebener jüdischer Wissenschaftler expliziert), durch Reflexion des Erlebten und eine veränderte politische wie wissenschaftliche Praxis zur »Ressource für neue Fragestellungen und Forschungsprogramme« werden können. Dabei geht es nicht nur darum, »aus dem erlebten Bruch« neue, »wissenschaftlich interessante Themenstellungen« zu gewinnen (S. 30 f.), sondern diesen gleichzeitig zur Verbesserung der jeweiligen institutionellen und materiellen Rahmenbedingungen zu nutzen.²³

Enttäuschend ist demgegenüber ein Aufsatz von Uta Gerhardt, in dem diese unter dem Obertitel »Zäsuren und Zeitperspektiven« auf Basis einer verkürzten Rezeption vor allem der Max Weber'schen Wissenschaftstheorie »Überlegungen zu ›Wertfreiheit‹ und ›Objektivität‹ als Problem der Wissenschaftsgeschichte« vorstellt. Problematisch ist vor allem die von ihr vorgenommene unmittelbare Verknüpfung von Objektivität und Wertfreiheit mit dem Begriff der Wissenschaft. Abgesehen davon, dass Weber selbst in seine theoriegeladenen, nüchtern-sachbezogenen Arbeiten mit »fein abgewogenen Definitionen«, inkl.

22 Rüdiger vom Bruch/Uta Gerhardt/Aleksandra Pawliczek (Hrsg.), *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts* (Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, Bd. 1), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 2006, 352 S., kart., 46,00 €.

23 Vgl. dazu auch bereits den 2002 erschienen, oben besprochenen Aufsatz: Ash, Ressourcen für einander, in: v. Bruch/Kaderas, *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik*, S. 48 ff. sowie einen weiteren Aufsatz Ashs, der unten (S. 550) vorgestellt wird.

seiner Idealtypenbildungen, immer auch implizite politische Vorentscheidungen einfließen ließ (und sich dieses Tatbestandes im Übrigen durchaus bewusst war), ist die Ansicht Gerhardts, dass während der NS-Herrschaft keine Wissenschaft existiert habe, weil diese von der Politik bestimmt und der Anspruch der Objektivität und Wertfreiheit zwischen 1933 und 1945 nicht eingelöst worden sei (S. 64 f.), schon eigenartig. Sie ist ein Rückfall auf Positionen, wie sie während der unmittelbaren Nachkriegszeit auf Resonanz hoffen konnten, inzwischen jedoch lange überholt sind. Es ist ja höchst ehrenwert, objektiv, wertfrei, unparteilich usw. sein zu wollen. Gerhardt übersieht jedoch, dass Objektivität und Wertfreiheit immer nur Näherungswerte sein können, denen man gewiss nachstreben sollte, die jedoch – da jeder Wissenschaftler politisch-ökonomisch-gesellschaftlich eingebunden ist – niemals gänzlich erreicht werden. Wissenschaftshistorisch ist ein solches Verständnis von Wissenschaft gänzlich obsolet. Explizit wendet sich Gerhardt mit ihrer These gegen Margot Szöllösi-Janze und deren von jüngeren Wissenschaftshistorikern weitgehend geteilte Feststellung zur Wissenschaftspraxis vor 1945, »die alle wissenschaftlichen Standards enthielt und auch im internationalen Vergleich hohen, teilweise höchsten Anforderungen standhielt«. Kritisch beäugt Gerhardt zudem die Feststellung Szöllösi-Janzes, »dass es nicht zuletzt auch Verwissenschaftlichungsprozesse waren, die in den Nationalsozialismus hineinführten und die das Dritte Reich auf eine bisher zu wenig beachtete Weise mit seiner Vor- und Nachgeschichte verbinden« (S. 66).²⁴ Gerhardts Gegenargument: »In derartiger Einebnung der Zäsur zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik [...] wird nicht beachtet, dass der Nationalsozialismus [...] reaktionärer Modernismus war«. Das ist eine Ansicht, die darauf hinaus läuft, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Bereits angesichts der bekanntlich starken personellen Kontinuitäten wird man sich fragen müssen, wie aus »Pseudo«-Wissenschaftlern vor 1945 nach 1945 plötzlich »echte« Wissenschaftler werden konnten. Dass Gerhardt neuere Arbeiten nicht zur Kenntnis nimmt, um ihre eigenartige These halten zu können, ist da nur konsequent. So übersieht Gerhardt, dass die Deutsche Physik vor allem in der von Ideologisierung geprägten Phase der Systemetablierung eine wichtige Rolle spielte und keineswegs dominant blieb. Der strahlende Aufsteiger Johannes Stark hatte seinen Zenit bereits 1934 erreicht und stürzte danach immer schneller, ehe er als DFG-Präsident Ende 1936 und wenig später als Chef der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt sang- und klanglos von der Bühne verschwand – während demgegenüber umgekehrt Werner Heisenberg zum Stern am reichsdeutschen Physikerhimmel aufstieg, bekanntlich auch dank Himmlers Intervention gegen die Deutschen Physiker.²⁵

Ein weiteres Diktum Gerhardts, dass etwa die Biologie »als Wissenschaft im Nationalsozialismus nicht bestehen« konnte, weil Wissenschaft »im NS-Regime zerstört« wurde (S. 66 f.), verweist auf ein hochproblematisches Verständnis von Wissenschaftsgeschichte. Wissenschaftsgeschichte kann nicht nach einem Multiple-Choice-Verfahren betrieben werden, bei dem man »Richtig« oder »Falsch« ankreuzt und retrospektiv »falschen« Forschungslinien dann den Charakter der Wissenschaftlichkeit abspricht. Vielmehr ist die innere Logik der jeweils historischen Entwicklung von Forschungslinien und -konzepten bei gleichzeitiger systematischer Einbeziehung des zeitgenössischen politisch-gesellschaftlichen Kontextes nachzuvollziehen. Es ist im Übrigen symptomatisch, dass Gerhardt in diesem Zusammenhang die wichtigen Forschungen von Bernd Gausemeier zur Biologie und Biochemie im Dritten Reich nicht zur Kenntnis genommen hat.²⁶ Wissenschaften

24 Vgl. Szöllösi-Janze, Wissensgesellschaft in Deutschland, S. 300 bzw. 308.

25 Vgl. auch unten, S. 553.

26 Vgl. Bernd Gausemeier, Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945, Göttingen 2005, sowie an älteren Aufsätzen: ders., Mit Netzwerk und doppeltem Boden. Die botanische Forschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie und die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik, in: Susanne

sind prinzipiell in politisch-gesellschaftliche Kontexte eingebunden, mithin – das ist eigentlich trivial – niemals unpolitisch. Nicht das »Ob«, sondern das »Wie«, die Frage nach der Qualität und der Intensität der Politisierung von Wissenschaft ist das Entscheidende. Eine überzeugende – implizite – Kritik am unhistorischen Wissenschaftsverständnis Gerhards findet sich übrigens im selben Band einige Seiten vorher, in dem erwähnten Beitrag Mitchell Ashs. Ash präsentiert eine offene und allein deshalb weit angemessenere Definition von Wissenschaft: Wissenschaft ist »nicht allein als Ideengefüge, sondern als Ensemble von Ideen bzw. Theorien, Institutionen und den in ihnen ausgeführten Forschungspraktiken zu verstehen«, mithin als Kategorie von vornherein zu historisieren. Denn »was jeweils ›Wissenschaft‹ und ›Politik‹ heißen sollte«, war insbesondere während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in ständigem »Wandel begriffen«; immer wieder wurden »die Verhältnisse von Wissenschaft und Politik im Kontext der Regimewechsel jener Zeit nach jedem Umbruch neu verhandelt« (S. 23).

In weiteren Beiträgen des Bandes thematisieren Aleksandra Pawliczek die Karrieren jüdischer Dozenten vor dem Hintergrund der Berufungspolitik der Berliner Universität, die zwar nicht offen antisemitisch gewesen sei, jedoch von unausgesprochenen Vorurteilen geprägt war, so dass »an einem bestimmten Punkt«, nämlich vor dem Aufstieg in Ordinariate, »die Karriere stagnierte« (S. 92), und Andreas Malycha den Umgang mit politisch belasteten Hochschullehrern an der Medizinischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität nach 1945. Malycha entwickelt plausibel, dass wegen der Fluchtbewegungen Richtung Westen und des Scheiterns der »Westberufungen« jedenfalls in den Naturwissenschaften einem personellen Austausch von durch NS-Mitgliedschaften belasteten Hochschullehrern nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes weit engere Grenzen gesetzt waren als dem universitären Elitentausch ab 1933 (S. 108 f.). Ulrike Thoms thematisiert in ihrem Beitrag zur Geschichte der Ernährungswissenschaft während des Dritten Reiches u. a. die von Heinrich Kraut in Zusammenarbeit mit der Großindustrie des Ruhrreviers und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) durchgeführten Ernährungsversuche an Zwangsarbeitern. Über die von Dietrich Eichholtz, Susanne Heim u. a. bereits vorlegten Darstellungen zu dieser »Kraut-Aktion«²⁷ hinaus betont sie, dass sich dieses ab 1941/42 wissenschaftlich angelegte Hungern nach dem Leistungsprinzip »in jene kaum zur Kenntnis genommenen Arbeiten zur ›rationellen Volksernährung‹ einreihen, welche sich schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts der Zuchthaus- und Gefängnisinsassen als Versuchsobjekte bedient«. Dass Kraut ab Juni 1938 einer »Kommission für ›sozialgerechte Nahrungsverteilung‹ im Reichsministerium für Ernährung und Forsten [angehörte], die nach seinen eigenen Worten ›in Wirklichkeit die Rationierungskommission für den Kriegsfall war« und selbstverständlich nicht nur Kriegswichtigkeit, sondern auch die bekannten biologistischen und rassistischen Ideologeme des Nationalsozialismus zum Kriterium für »sozialgerechte Nahrungsverteilung« machte, tat seiner Karriere, die in den Fünfzigerjahren dann schließlich in einem eigenen Max-Planck-Institut für Ernährungsphysiologie gipfelte,

Heim (Hrsg.), Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002, S. 180–205; *ders.*, An der Heimatfront. »Kriegswichtige« Forschungen am Kaiser-Wilhelm-Institut für Biochemie, in: Wolfgang Schieder/Achim Trunk (Hrsg.), Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«, Göttingen 2004, S. 134–168.

27 Dietrich Eichholtz, Die »Krautaktion«. Ruhrindustrie, Ernährungswissenschaft und Zwangsarbeit 1944, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 270–294; *ders.*, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 3: 1943–1945, Berlin 1996, S. 146–166; Susanne Heim, Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945, Göttingen 2004, hier insb. S. 107–120.

ebenso wenig Abbruch wie der Tatbestand, dass er auch unmittelbar »in die Ausplünderung der Gebiete im Ostraum involviert [war und mit] deren landwirtschaftlichen Produkten das Versorgungsniveau im Altreich aufrecht zu erhalten half« (S. 120). Diesem spannenden Beitrag folgen weitere interessante Aufsätze: von Arne Schirrmacher, der am Beispiel der Physik in Deutschland nach 1945 skizziert, wie »Forschungsthemen und Forschungsprogramme nach Deutschland auch ohne den Remigrationsmechanismus«, d. h. die unmittelbare Rückkehr exilierter Forscher in einen der beiden deutschen Staaten, »zurückkehrten«, von Jens Thiel zu den Anpassungsprozessen deutscher Geisteswissenschaftler ab 1933, oder von Alexia Arnold und Uta Gerhardt zum Vorverständnis soziologischer Theorie am Beispiel der Chicago-Soziologie und der sich davon distanzierenden sog. Darmstädter Studie in der frühen Bundesrepublik. In dem an sich interessanten Aufsatz von Udo Schagen über »Sozialhygiene als Leitkonzept für Wissenschaft und Gesellschaft« in der SBZ und frühen DDR, in dem dieser feststellt, »dass die Entdeckung einer Kontinuität zu sowjetischen Vorbildern zu kurz greift«, und mit guten Gründen »die Kontinuität deutscher Entwicklungen der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts« betont, ohne dass allerdings die biologistischen Grundpositionen aus der Zeit bis 1945 übernommen wurden, fehlt leider der Rekurs auf die einschlägigen Arbeiten von Winfried Süß.²⁸ Christoph Kopke thematisiert die Epochenschwelle 1945 für die Ernährungswissenschaften und legt dar, dass in der DDR aufgrund der ökonomischen Erfordernisse der ostdeutschen Mangelwirtschaft relativ bruchlos an entsprechende Autarkiekonzepte der Hitler-Diktatur angeknüpft wurde. Felix Brahm und Jochen Meissner skizzieren, dass selbst unter den relativ politik- und propagandanahen auslandswissenschaftlichen Instituten einige nach 1945 überlebten, weil sie entweder mit wenig veränderten Vorzeichen in die politische Landschaft des Kalten Krieges passten oder sich in ihrem Forschungsprogramm auf bestimmte, eher unpolitische Aspekte beschränkten.

Auf einen weiteren ausgesprochen spannenden Beitrag, der eine spezifische Variante von Auslandsbeziehung über die Epochenbrüche hinweg verfolgt, sei ausführlicher hingewiesen: auf den Aufsatz von Albert Presas i Puig, in dem dieser entwickelt, dass Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts in weiten Teilen Europas als das »Musterland für den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt« galt (S. 153). Allein die zahllosen Informationen, die Presas i Puig bietet, lohnen die gründliche Lektüre des Aufsatzes: Ab Anfang der Zwanzigerjahre wich die reichsdeutsche Marine, der durch den Versailler Vertrag der Bau von Kriegsschiffen verboten war, nach Spanien aus, um dort den im Ersten Weltkrieg ja sehr »erfolgreichen« U-Boot-Bau fortzusetzen und Prototypen zu entwickeln, die in Deutschland dann nach 1933/35 in Serie produziert und eingesetzt wurden (S. 155 ff.). Ähnliches praktizierte man in der Giftgasforschung. Presas i Puig ergänzt die grundlegende Untersuchung von Florian Schmaltz²⁹, indem er beschreibt, wie in den Zwanzigerjahren die gleichfalls bis 1918 ja ausgesprochen »erfolgreiche« deutsche Giftgasforschung unter tatkräftiger Mithilfe der I. G. Farbenindustrie sowie einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bank in Spanien ihre Fortsetzung fand. Die dort von deutschen Experten entwickelten Gaswaffen kamen 1927 in Marokko von der spanischen Armee im »ersten aerochemischen Angriffsunternehmen der Geschichte« zur Anwendung, selbstverständlich »unter deutscher Anleitung« (S. 155). Unter der Franco-Diktatur intensivierte sich die deutsch- bzw. bundesdeutsch-spanische Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg weiter, wie Presas i Puig für die Luftrüstung (Messerschmidt und Dornier), die Maschi-

28 Vgl. vor allem: *Winfried Süß*, Gesundheitspolitik, in: *Hans Günter Hockerts*, Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 55–100.

29 *Florian Schmaltz*, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005.

nenwaffen (Sturmgewehr G3) und vor allem die Atomenergie zu Zeiten des Verteidigungsministers Strauß zeigen kann.

Der Beitrag von Frank Uekötter über Wendepunkte in der Agrarwissenschaften wiederum ist aufschlussreich, weil er – unter dem schönen Titel: »Ist der Gigant zäsurfähig?« – über die Einzeldisziplin hinaus die Frage aufwirft, ob sich wissenschaftsimmanent Trägheitsmomente ausbilden, die politische oder ökonomische Zäsuren zurückerleben lassen. Von ihm wird dies exemplarisch für die Agrochemie herausgearbeitet, die seit den Zwanzigerjahren innerhalb der Agrarwissenschaften eine hegemoniale Stellung ausbildete, die erst in den letzten Jahren allmählich in Frage gestellt wurde. Weitere Beiträge zur Frage von Kontinuität und Bruch an der medizinischen Fakultät der Berliner Universität 1933 (von Johannes Vossen) und zur Bildstatistik während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (von Sybilla Nikolow) vervollständigen den insgesamt sehr lesenswerten Band.

Der Herausgeber der vorgenannten Bände, Rüdiger vom Bruch, hat seinen wissenschaftshistorischen Lehrstuhl zu einem Zentrum der bundesdeutschen Wissenschaftsgeschichte gemacht und ist deshalb seinerseits von Kollegen und Schülern zu seinem 60. Geburtstag mit einem gleichfalls in mancherlei Hinsicht innovativen Band unter dem Titel »... immer im Forschen bleiben« bedacht worden³⁰, der im hier interessierenden thematischen Zusammenhang eine Reihe wichtiger Aufsätze enthält. Mitchell Ash vertieft seine im oben besprochenen Aufsatzband auf einer allgemeinen Ebene vorgestellte These, dass massive biografische Brüche zur (individuellen) wissenschaftlich-intellektuellen Ressource werden können, am Beispiel der ab 1933 aus Deutschland vertriebenen jüdischen Forscher. Er diskutiert in diesem Zusammenhang die von Shulamit Volkov entwickelten Überlegungen zu den sozialen Ursachen des jüdischen Erfolgs in den Wissenschaften³¹ in neuer und spannender Perspektive. Seine durch eine Reihe von Beispielen illustrierte These geht dahin, dass »die Verfolgung durch die Nazis für viele Wissenschaftler jüdischer Herkunft in einer Art ›List der Unvernunft‹ nicht unbedingt zur Zerstörung ihrer Laufbahn führen musste; in offenbar nicht wenigen Fällen habe die Vertreibung vielmehr erst »die Ermöglichung einer wissenschaftlichen Laufbahn« und im Rahmen der neuen politischen, gesellschaftlichen und institutionellen Kontexte auch innovativer, mitunter bahnbrechender Erkenntnisse bedeutet. Denn »viele der zu Recht gefeierten Innovationen der Wissenschaftsemigranten [stellten] keine lineare Fortsetzung früherer Ansätze dar« (S. 258). So grausam-makaber dies ist: »Ohne die Verfolgung« der jüdischen Wissenschaftler, ohne das erzwungene »Lernen aus der eigenen Biographie« und die »Assimilierung an die dominanten Wissenschaftskulturen« wären »gerade die bedeutendsten dieser derart gefeierten Beiträge der Vertriebenen [...] so nicht zustande gekommen«, wie Ash resümiert (S. 259, 264). Aus einer ganz anderen Perspektive widmet sich Michael Schüring im selben Band der Vertreibung jüdischer Wissenschaftler: Er porträtiert Georg Melchers, der 1934 an das Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Biologie kam und nach 1945 einer der Direktoren dieser, nun der MPG zugehörenden Forschungseinrichtung wurde. Melchers war eine Ausnahmerecheinung unter den in der MPG beschäftigten Wissenschaftlern, weil er sich, wie Schüring ausführlich darstellt, aktiv »gegen die Rehabilitierung von Nationalsozialisten an mehreren Fronten zur Wehr setzte« (S. 377). Melchers frühes Engagement in dieser Hinsicht besitzt paradigmatischen Charakter: Es zeigt, dass es »ein hartnäckige Vorurteil« ist, »dass erst ein gesellschaftlich verändertes Klima in den sechziger Jahren die volle Einsicht in die Verbrechen des NS-Regimes ermöglicht hätte«. Tatsächlich war, so kann Schüring überzeugend zeigen, »die Tendenz, politisch belastete Wissenschaftler und Funktionäre zu rehabilitieren, in der

30 Marc Schalenberg/Peter Th. Walther (Hrsg.), »... immer im Forschen bleiben«. Rüdiger vom Bruch zum 60. Geburtstag, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 2004, 437 S., geb., 68,00 €.

31 Vgl. Shulamit Volkov, Soziale Ursachen des jüdischen Erfolgs in den Wissenschaften, in: *dies.*, Antisemitismus als kultureller Code, München 2000, S. 146–165.

Nachkriegszeit keineswegs alternativlos und aufrichtige Versuche einer Reintegration verfolgter und vertriebener Wissenschaftler [gingen] keineswegs über den Möglichkeits-horizont der Zeitgenossen« (S. 388).

Darüber hinaus enthält der Jubiläums-Band für R. vom Bruch eine ganze Reihe weiterer spannender biografischer Aufsätze, angefangen mit einem Beitrag von Christoph Jahr über Willy Hoppe als unterschätzten Berliner »Rektor perpetuus« auf Abruf.³² Dieter Hoffmann wiederum hat eine so informative wie präzise Studie zu Philipp Lenard verfasst. Lenard sei »unzweifelhaft einer der bedeutendsten Experimentalphysiker an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert« gewesen, habe »schon 1924 in einem öffentlichen Aufruf Adolf Hitler als kommenden Retter des deutschen Volkes gepriesen« und ließ gegen Einstein, aber auch gegen seinen akademischen Lehrer Heinrich Hertz wüste antisemitische Hetztiraden los (S. 337, 346). Die »altbackene und im Grunde auch technologiefeindliche ›Deutsche Physik‹ [stand] nur am Anfang der NS-Herrschaft, [...] als es um die Festigung der politischen Macht ging, in Gunst und Blüte«; ihr Stern sank in der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre rasch, als »die fachorientierten Physiker im Dritten Reich Macht und Einfluß gewannen«. Über diesen inzwischen unumstrittenen Fakt des raschen Falls der »Arischen Physik« hinaus kann Hoffmann in seiner empirisch gesättigten biografischen Skizze Hoffmanns zeigen, wie es den Lenard-Gegnern gelang, diesen und damit »die gesamte ›Deutsche Physik‹ auf spektakuläre Weise zu desavouieren und sie quasi mit den eigenen Mitteln zu schlagen«. So sei »der damalige stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Wolfgang Finkelburg, nach Bratislava [dem Geburtsort Lenards] gefahren, um den Gerüchten über jüdische Vorfahren Lenards einmal in den Quellen nachzugehen und in den städtischen und kirchlichen Registern die Eintragungen über Lenards Geburt einzusehen« und dort dann festzustellen, »dass im Geburtsregister gerade die Seite mit Lenards Geburt fehlte«. Ähnliche Erhebungen veranlasste auch die Berliner »Reichsstelle für Sippenforschung« (S. 349). Eigentlich wären derartige Bemühungen gar nicht nötig gewesen, da das NS-Regime in seinem Bellizismus ohnehin pragmatisch agierte und infolgedessen innerhalb der Wissenschaften »die Befürworter der ideologischen Kohärenz meist verloren«, während sich (so Mitchell Ash in einem seiner bereits vorgestellten Aufsätze³³) in aller Regel »diejenigen Kräfte durch[setzten], die eine Nützlichkeit moderner Forschung und Technologie für das NS-Regime zeigen« konnten.

Am Aufsatz von Eckart Henning über Max Planck wird exemplarisch deutlich, wie schwierig die Gratwanderung zwischen Apologie und Historisierung ist. Henning geht es sichtlich darum, Planck – den er durch die Historisierungen von Albrecht, Mehrrens u. a. angegriffen glaubt³⁴ – zu »rehabilitieren«. Er rückt dabei dessen berühmte Audienz bei Hitler am 16. Mai 1933 in das Zentrum seiner Darstellung. Historisierung und positive Würdigung des Menschen Planck, seiner politisch-moralischen Maßstäbe, schließen sich jedoch keineswegs aus. Dies macht Henning selbst – allerdings eher beiläufig – deutlich, indem er die öffentlichen Vorträge, in denen Planck zwischen 1935 und 1942 ziemlich unverklausuliert Kritik am Totalitätsanspruch des NS-Regimes artikulierte, anspricht (S.

32 Vgl. unten, S. 568, Fußnote 60.

33 Ash, Ressourcen für einander, S. 40 f. (auch unter Verweis auf Heisenberg und den Abstieg der Deutschen Physik). Vgl. demgegenüber die – empirisch nicht haltbare – These U. Gerhardts oben, S. 548 f.

34 Helmuth Albrecht, »Max Planck: Mein Besuch bei Adolf Hitler« – Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle, in: ders. (Hrsg.), Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik am historischen Institut der Universität Stuttgart, Stuttgart 1993, S. 41–63; Herbert Mehrrens, Kollaborationsverhältnisse: Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie, in: Christoph Meinel/Peter Voswinckel (Hrsg.), Medizin, Naturwissenschaft, Technik im Nationalsozialismus – Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 1984, S. 13–32.

365 f.). Nicht zuletzt diese Vorträge machen in der Tat deutlich, dass (wie Einstein nach dem Krieg formulierte) Planck »ein nobel denkender und fühlender Mensch [gewesen ist], der dabei große Zurückhaltung in seinen menschlichen Beziehungen übte«; zugleich freilich merkte Einstein kritisch an, dass Planck »stark traditionsgebunden in seiner Beziehung zu seinem Staate und zu seiner Kaste« war (S. 366). Dahinter steht unübersehbar ein Fingerzeig: Wissenschaftshistoriker sollten sich, gleichgültig wen sie biografieren, nicht als Staatsanwälte, Richter oder aber Verteidiger dieser ›großen Geister‹ aufspielen. Ihre Aufgabe ist es, Indizien und Informationen zu sammeln und diese dann zu kontextualisieren. Gänzlich verfehlt wäre es, Menschen wie Planck aufgrund herausragender wissenschaftlicher Leistungen einen Heiligenschein aufzusetzen. Ist bereits bei Henning das Bemühen zu spüren, dem historischen Planck gerecht zu werden, tritt der Zug zur kritischen Historisierung Plancks in eher beiläufigen Sätzen weiterer Beiträge noch deutlicher hervor. So spricht Schüring die »vergangenheitspolitische Frontbegradigung« der Max-Planck-Gesellschaft bei der Aufarbeitung ihrer ›Vorgeschichte‹ als Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an, an der auch der greise Namensgeber selbst beteiligt war (S. 379). Annette Vogt betont in einer biografischen Skizze über die Bibliothekarin, Philosophie- und Wissenschaftshistorikerin Anneliese Maier, dass Planck »nur in Einzelfällen« zu helfen versucht habe (S. 396). Wenn dieser sich bei seiner Unterstützung für verfolgte jüdische Wissenschaftler von meritokratischen Kriterien leiten ließ und in erster Linie herausragende, ›wertvolle‹ Forscher geschützt wissen wollte, dann ändert dies nichts daran, dass der ›historische Planck‹ zu den wenigen herausragenden Wissenschaftlern gehörte, die trotz einer dezidiert antirepublikanischen Einstellung und eines starken, wilhelminisch geprägten Nationalismus sich nicht komplikationslos in das NS-System integrierten, sondern zunehmend auf Distanz zur Diktatur gingen.³⁵

So wie Annette Vogt in ihrem Beitrag mit Anneliese Mayer eine herausragende Wissenschaftlerin dem historischen Vergessen entreißen möchte³⁶, sucht auch Peter M. Walther in seinem »Werkstattbericht« über Hedwig Hintze in den Niederlanden, wo diese sich von August 1939 bis zu ihrem Suizid knapp drei Jahre später aufhielt, uns eine Forscherin vertrauter zu machen, die den meisten Historikern zwar dem Namen nach bekannt ist, deren Arbeiten jedoch nach wie vor nur begrenzt rezipiert werden und die infolgedessen weiterhin Gefahr läuft, als Frau eines berühmten Mannes, Otto Hintze, abgestempelt zu werden. Die informativen Ausführungen zu H. Hintze kulminieren in dem Vorschlag Walthers, mit Blick auf die Geschichte der Berliner Universität nicht mehr »eine ohnehin nicht faßbare Meineckeschule zu imaginieren«, sondern von einem »arbeitsteiligen Labor« zu sprechen, in dem Friedrich Meinecke weitgehend die »Funktion des Managers«, Ernst Troeltsch die »der Schnittstelle zur Theologie«, Heinrich Herkner die zur Nationalökonomie und Hajo Holborn die des »Verbindungsmannes zu (sozial-)demokratischen Intellektuellen« wahrnahm. Die beiden Hintzes hätten, so Walthers Vorschlag, den »Kern« einer konzeptionell ausgewiesenen »neuen vergleichenden Geschichtsschreibung« gebildet (S. 432).

35 Vgl. dazu auch *Hachtmann*, *Wissenschaftsmanagement*, hier insb. Bd. 1, S. 381–393, 601–612; *ders.*, *Anpassung und Nonkonformität. Zur politischen Positionierung Max Plancks während der NS-Zeit*, in: *Monika Gibers/Rüdiger Stutz/Justus H. Ulbricht* (Hrsg.), *Couragierte Wissenschaft. Festschrift für Jürgen John zum 65. Geburtstag*, Jena 2007, S. 25–43; *ders.*, *Das Weltbild wandelt sich mit jeder neuen Erfahrung. Max Planck zum 150. Geburtstag: Als Wissenschaftspolitiker systemtreu. Als Nationalkonservativer trieb ihn ein Gefühl der Schuld*, in: Freitag vom 25. April 2008.

36 Dieser Aufsatz von Vogt reiht sich ein in zahlreiche weitere derselben Autorin, in denen sie die Rolle von Berliner Wissenschaftlerinnen während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausführlich würdigt. Eine zusammenfassende Darstellung dazu ist unlängst erschienen: *Annette Vogt*, *Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, Stuttgart 2007. Vgl. meine Rezension in: *Ossietzky* 23, 2007.

II. VON DER NOTGEMEINSCHAFT ZUM REICHSFORSCHUNGSRAT – UND RETOUR

Spannend ist nicht nur die Geschichte herausragender Individuen, sondern mindestens ebenso die der Institutionen, die Wissenschaft überhaupt erst ermöglichen und ihr den Stempel aufdrücken. In diesem Kontext kann in dem zu Ehren Rüdiger v. Bruch veröffentlichten Aufsatzband³⁷ der von Sören Flachowsky und Peter Nötzoldt gemeinsam verfasste Beitrag zur Gründung der nach dem Vorbild des 1916 entstandenen US-amerikanischen *National Research Council* geschaffenen Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die zugleich wesentliche Strukturelemente der ebenfalls 1916 zur Bündelung nationaler Wissenschaftsressourcen gegründeten »Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft« (KWKW) aufnahm, mit Informationen und diskutierenswerten Thesen aufwarten. Die beiden Autoren fragen, warum sich die aus der Not der Zeit geschaffene Institution als Deutsche Forschungsgemeinschaft überhaupt zu einer Organisation mausern konnte, die die Forschung bekanntlich bis in die Gegenwart hinein maßgeblich strukturiert. Ihre Ausführungen kreisen um drei Thesen: Erstens bot »die Notsituation nach dem Krieg die einmalige Chance, einen umfassenden Selbstverwaltungskörper der Wissenschaft zu schaffen«, der jedenfalls anfangs auf wenig Widerstand stieß, weil dieser sich schonend »in das bereits vorhandene Ensemble von Institutionstypen ein[fügte] und [dieses] ergänzte, ohne andere zu verdrängen« (S. 157, 176). Ein Glück war zudem zweitens, dass die Preußische Akademie der Wissenschaften auf die Einrichtung einer »Klasse Technik« und damit »auf ein breites Betätigungsfeld endgültig verzichtete« (S. 165), während sich die KWG auf die Bündelung der reichsdeutschen Spitzenforschung innerhalb ihrer Institute beschränkte. Drittens schließlich konnte sich die Notgemeinschaft/DFG dauerhaft etablieren, weil unter ihrer Federführung – wie Flachowsky und Nötzoldt am Beispiel der Metallforschung zeigen – ab Mitte der Zwanzigerjahre sehr erfolgreich interinstitutionelle und zum Teil auch interdisziplinäre Gemeinschaftsarbeiten begonnen wurden, die zudem »höchst technik- und autarkierelevanten Fragestellungen« nachgingen (S. 173), die sich dann vorzüglich in die nationalsozialistischen Aufrüstungsbestrebungen einpassen ließen.

Auf einer empirischen Ebene realisieren Flachowsky und Nötzoldt, was Martin Gierl in seiner Habilitationsschrift unter dem Titel »Institutionalisierung als Kommunikationsprozess«³⁸ postuliert und an der Göttinger Akademie der Wissenschaften exemplifiziert hat: Im Anschluss an Luhmanns Systemtheorie fordert Gierl, die historische Genese gerade wissenschaftlicher Einrichtungen »nicht als Institutionengeschichte im herkömmlichen [klassisch-organisationsgeschichtlichen] Sinn, sondern als Institutionalisierungsgeschichte« zu untersuchen (S. 13). In Anlehnung an die neuere soziologische Institutionentheorie fordert er, nicht mehr (wie traditionell) »berechenbar effiziente Zielverwirklichung rationaler Akteure« zu unterstellen, sondern »einer Betrachtungsweise [zu folgen], die nach Stabilität und Wandel, nach der Organisationsumwelt und Vernetzung, nach *contingency* des Betriebs fragt« und die davon ausgeht, »dass nicht jeder Organisationsablauf seine

37 Jubiläumsbände haben es an sich, dass in ihnen Beiträge zu unterschiedlichsten Themen versammelt werden. Hier werden nur die Aufsätze vorgestellt, die für die diesem Forschungsbericht vorangestellte Themenstellung von Relevanz sind. Dass in dem Band darüber hinaus weitere spannende Aufsätze zu finden sind, zeigt bereits der Blick auf so prominente Autorennamen wie Wolfram Siemann, Gangolf Hübinger, Hansjörg Rheinberger u. a.

38 *Martin Gierl*, *Geschichte und Organisation. Institutionalisierung als Kommunikationsprozess am Beispiel der Wissenschaftsakademien um 1900* (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Bd. 233), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2004, 667 S., Ln., 149,00 €. Spannend ist die Studie Gierls außerdem deshalb, weil sie den komplexen Prozess der Internationalisierung von Wissenschaft exemplarisch insbesondere für die »Internationale Assoziation der Akademien« bis 1919 ausführlich skizziert.

Bahn gradlinig nimmt, sondern vieles auch im Mülleimer landet« (S. 18 f.). Zu fragen ist vielmehr: »Wie kommt es, dass Vorschläge über den Moment hinausgehen, sich verdichten, sich in Organisation niederschlagen?« (S. 27). Der – scheinbare – Zufall spielt oft eine wichtige Rolle. Die Institutionalisierungsgeschichte zeige, so Gierl, »dass sich Organisation [mitunter selbst] dann vollziehen lässt, wenn sich die Akteure nicht verstehen« und zeitweilig sogar »Missverständnisse unter den Beteiligten« herrschen, solange Verfahren den Institutionalisierungsprozess »leiten, in die [ein] alter Konsens eingeschrieben ist« (S. 594). Dieser Hinweis, die konkreten Kommunikationen im Vorfeld der Ausformung wie des Wandels von Institutionen genau in Augenschein zu nehmen, die konkrete Vernetzung der Akteure untereinander und in ihrer Umwelt zu untersuchen, ist wichtig – allerdings eine Aufforderung, der die jüngste Wissenschaftsgeschichte ohnehin in zunehmendem Maße folgt.

Flachowsky und Nötzoldt nun greifen implizit diesen Ansatz auf, indem sie sich wesentlich von den empirischen Konstellationen, in denen die DFG entstand und entwickelte, leiten lassen. Beide plaudern in ihrem Aufsatz in dem zu Ehren Rüdiger v. Bruch herausgegebenen Sammelband sozusagen aus dem Nähkästchen: Nötzoldt hat in den letzten Jahren wichtige Arbeiten zur »Preußischen Akademie der Wissenschaften« veröffentlicht³⁹, Flachowsky hat jüngst seine Dissertation zur Notgemeinschaft/DFG sowie zum mit jener Förderorganisation eng verzahnten, Anfang 1937 gegründeten Reichsforschungsrat publiziert – und damit ein Standardwerk vorgelegt, das die älteren Arbeiten von Zierold, Nipperdey/Schmugge sowie Hammerstein⁴⁰ und ebenso die von Mertens⁴¹ ersetzen wird.

In den ersten beiden Kapiteln seiner Dissertation⁴² entwickelt Flachowsky nicht allein die in dem gemeinsam mit Nötzoldt verfassten Aufsatz skizzierten Thesen zur Vorgeschichte und zum Gründungskontext der DFG auf breiterer empirischer Basis. Er verweist in den Kapiteln 1 und 2 außerdem auf die weit ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Traditionen enger militärisch-wissenschaftlicher Kooperation (S. 24 ff.), auf den auch (mindestens) in Frankreich, Großbritannien und den USA seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu beobachtenden Trend, die Teilsysteme Wissenschaft, Industrie, Staat und Militär zu verknüpfen, die Forschungsförderung zu systematisieren und zu forcieren sowie auf national spezifische Weise – in Frankreich stärker zentralstaatlich, in Großbritannien mit seinen starken liberalen Traditionen und tendenziell auch den USA »eher dezentralisierend« (S. 33) – zu institutionalisieren. In allen diesen Ländern stellte der Erste Weltkrieg Weichen

39 Vgl. *Peter Nötzoldt*, Strategien der deutschen Wissenschaftsakademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung, in: *Wolfram Fischer/Rainer Hohlfeld/Peter Nötzoldt* (Hrsg.), *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*, Berlin 2000, S. 237–277; *ders.*, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik. Gelehrtenengesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung 1946–1972, in: *Kocka*, *Akademien der Wissenschaft im geteilten Deutschland*, S. 39–80; *Wolfram Fischer/Rainer Hohlfeld/Peter Nötzoldt*, Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur, in: *Fischer/Hohlfeld/Nötzoldt*, *Preußische Akademie*, S. 517–566.

40 *Kurt Zierold*, *Forschungsförderung in drei Epochen*. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden 1968; *Thomas Nipperdey/Ludwig Schmugge*, *50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland*. Ein Abriss der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970, Bonn 1970; *Notker Hammerstein*, *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*. Wissenschaftsgeschichte in Republik und Diktatur 1920–1945, München 1999.

41 *Lothar Mertens*, »Nur politisch Würdige«. Die DFG-Forschungsförderung im »Dritten Reich« 1933–1937, Berlin 2004. Vgl. dazu meine Rezension in: AfS 45, 2005, online, URL: <<http://library.fes.de/fulltext/afs/htmrez/80657.htm>> [23.6.2008].

42 *Sören Flachowsky*, *Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat*. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 3), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2008, 545 S., kart., 60,00 €.

in Richtung auf eine Straffung und Zentralisierung sowohl der Wissenschaftsproduktion als auch der Forschungsförderung, die im Deutschen Reich in der Gründung der KWKW ihren sichtbarsten Ausdruck fand. Flachowsky betont die »stilbildende« Bedeutung des Fachausschusssystemes der KWKW, das vorbildgebend für die DFG werden sollte und seinerseits Vorläufer in der »Jubiläumstiftung der deutschen Industrie zur Förderung der technischen Wissenschaften« besaß (S. 42 ff.).

Vor dem Hintergrund der ab 1918/19 wirkungsmächtigen »Formel von der Ersatzfunktion der Wissenschaft für die verlorene politische und militärische Weltmachtposition« (S. 59) trat im Frühherbst 1920 die Notgemeinschaft/DFG ins Leben. Trotz nominell partizipatorischer Strukturen gelang es Friedrich Schmidt-Ott, dem neben Fritz Haber entscheidenden Initiator der Notgemeinschaft, »Mitgliederversammlung und Hauptausschuß auf sich und einen Verwaltungsapparat zu konzentrieren, der ganz auf seine Person zugeschnitten war« (S. 69). In den Führungsgremien der Notgemeinschaft/DFG, die bemerkenswerte Kontinuitäten zur Spitze der KWKW aufwies, war die »wirtschaftsstrategische Bedeutung der Forschung [...] Konsens« (S. 75), mithin auch eine entsprechende Förderpraxis, die wiederum die »Flucht in den Käfig« (Wengenroth) begünstigte.

Ausführlich schilderte Flachowsky den Prozess der Verstetigung der anfangs ja auch buchstäblich als »Notgemeinschaft« gegründeten Einrichtung und die ab 1925 enge Kooperation der technikwissenschaftlichen Forschung mit dem Militär, die die Notgemeinschaft/DFG durch Gemeinschaftsarbeiten, d. h. bestimmte Förderschwerpunkte, die die beteiligten Wissenschaftler zur oft interdisziplinären Kooperation zwang und zum Signum der DFG wurden, gezielt unterstützte (S. 88–92). In die Kritik geriet die DFG vor allem bei Sozialdemokraten weniger wegen ihrer rüstungsorientierten Förderpolitik als vielmehr deshalb, weil sie sich unter ihrem Präsidenten systematisch »der Kontrolle des demokratischen Staates entzog«. Zudem unterstützte sie in einigen Fällen bereits ab Anfang der Zwanzigerjahre offen nationalsozialistische Wissenschaftler. So erhielt etwa der Mathematiker und pommersche NSDAP-Gauleiter Theodor Vahlen, der 1934 zum Chef des Amtes Wissenschaft innerhalb des Reichsministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung aufsteigen sollte, über einen langen Zeitraum großzügige Stipendien. Der DFG und ihren Repräsentanten konnte der Skandal um Vahlen freilich ebenso wenig etwas anhaben wie der um Ludwig Schemann, einen Lagarde-Epigonen und Übersetzer der Werke des den NS prägenden, rassistischen Antisemiten Gobineau (S. 95–100).

Bis 1933 hatte sich die »Deutsche Forschungsgemeinschaft«, wie sie seit Dezember 1929 offiziell hieß, zu einer zentralen wissenschaftspolitischen Institution gemauert, die faktisch »Aufgaben einer Wissenschaftsbehörde des Reiches« (S. 108) wahrnahm und dank der geschickten Politik Schmidt-Otts auch die Krise ziemlich unbeschadet überstand. Schmidt-Ott selbst allerdings musste relativ bald nach dem Regierungsantritt des »Kabinetts der nationalen Einheit« unter dem Reichskanzler Hitler abtreten, obwohl er während der Zwanzigerjahre aus seinem »latenten Antisemitismus« keinen Hehl gemacht hatte und dem neuen Regime gerade auch bei den Restriktionen gegen jüdische Empfänger von Zuwendungen der DFG bereitwillig entgegenarbeitete. Sein Nachfolger Johannes Stark blieb schwach, wie Flachowsky überzeugend nachweist. Pläne von ihm, die Wissenschaften unter einem Dach (»Reichsanstalten«, »Reichsringe«) zu zentralisieren, blieben Makulatur. Der Deutsche Physiker wurde von einer einflussreichen Gruppe innerhalb des Reichserziehungsministeriums um Rudolf Mentzel, Erich Schumann, Peter Adolf Thiessen und Konrad Meyer an den Rand gedrängt. Stark musste nach von Flachowsky ausführlich dargestellten Intrigen dieser seiner Gegenspieler Mitte November 1936 als DFG-Präsident abtreten und Mentzel Platz machen. Isabel Heinemann und Patrick Wagner haben in einem Aufsatzband (auf den gleich noch einzugehen sein wird) denn auch treffend betont, dass die Geschichte der DFG während dieser ersten, politisch-ideologisch noch stark aufgeladenen Phase des Dritten Reiches »zwischen 1933 und dem Amtsantritt Mentzels

als Geschichte der Machtkämpfe von Personen und Netzwerken« und gleichzeitig »als Geschichte der sukzessiven Verdrängung der älteren Generation nationalkonservativer Wissenschaftspolitiker vom Schlage eines Schmidt-Ott, als Geschichte des Scheiterns der Machtansprüche ineffektiver ›alter Kämpfer‹ vom Typ Starks oder als Geschichte des Aufstiegs junger völkischer Intellektueller pragmatischer Orientierung«, wie sie Mentzel und seine Freunde repräsentierten, gekennzeichnet werden kann.⁴³ Das mehrfache personelle Revirement in den Anfangsjahren der NS-Herrschaft und die Implementierung des »Führerprinzips« in die DFG-Satzung sollten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die strukturellen Kontinuitäten beträchtlich waren. Das auch von Stark und nach ihm von Mentzel präferierte Prinzip der Gemeinschaftsarbeiten und die entsprechenden, von der DFG nach 1933 geförderten Forschungsschwerpunkte und -kooperationen »knüpften fast nahtlos an die bereits unter Schmidt-Ott angelaufenen Arbeiten an« (S. 170, vgl. auch S. 217).

Infolge ihrer dominierenden Stellung innerhalb der reichsdeutschen Wissenschaftslandschaft nimmt es nicht wunder, dass es die Überlegungen der Mentzel-Schumann-Gruppe zu einer »Reichsakademie der Forschung« – sowie ältere Überlegungen Albert Vöglers zu einem »wissenschaftlichen Generalstab«⁴⁴ – waren, aus denen Anfang 1937 schließlich der Reichsforschungsrat (RFR) hervorging, wie Flachowsky im vierten Kapitel ausführlich darstellt. Indem Mentzel und seine Freunde dem Chef des Heereswaffenamtes (HWA), General Karl Becker, den Vorsitz des RFR antrugen, schmiedeten sie eine enge Allianz mit dem HWA, »das schon seit den zwanziger Jahren auf eine intensive Kooperation von Wissenschaft, Militär und Technik abzielte« und die Hochschulforschung entsprechend einspannen wollte (S. 225). Infolgedessen und aufgrund einer engen Zusammenarbeit mit dem neu eingerichteten »Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe« als maßgeblichem Teilbereich der Göring'schen Vierjahresplan-Behörde fanden die wichtigsten forschungspolitischen Schwerpunktbereiche des Vierjahresplans ihre Entsprechung in den sog. Fachsparten des RFR, die ihrerseits an die »Fachausschüsse und Gemeinschaftsarbeiten der DFG erinnerten« (S. 228). Nach Flachowsky markierte der RFR »den Abschluss der nationalsozialistischen ›Machtergreifung‹ in der Wissenschaftsförderung« (S. 277). Dass dem RFR, gemessen an den Intentionen seiner Initiatoren, lediglich ein »Teilerfolg« beschieden war, weil seine wissenschaftspolitische Reichweite nicht »total« war und die Ausbildung etwa des selbstständigen Komplexes der Luftfahrtforschung das »ursprünglich viel weiter zielende Reichsakademiekonzept« des Reichserziehungsministeriums »verwässerte« (S. 230 f.), ändert an seiner hohen Bedeutung nichts.

Das Geheimnis des (relativen) Erfolges des RFR war, dass er, so Flachowsky unter Verweis auf die Gründungsverfügung des RFR durch Reichserziehungsminister Bernhard Rust Mitte März 1937, von dem »Grundsatz« geleitet wurde, dass die »freie Forschung nicht angetastet [werden solle], da die Freiheit der Forschung nicht in der Willkür der Aufgabenstellung, sondern in der Selbständigkeit ihres Verfahrens begründet liege«. Die »Eigengesetzlichkeit der Wissenschaft« würde »respektiert« (S. 231, 247);⁴⁵ der RFR habe durch die abgestimmte Förderung relevanter Projekte vor allem natur- und technikkwissenschaftlicher Couleur und ihre Bündelung zu Schwerpunkten und Gemeinschaftsarbei-

43 Isabel Heinemann/Patrick Wagner, Einleitung zu: Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 11. Flachowsky, S. 200, schließt sich dieser Feststellung ausdrücklich an.

44 Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 1, S. 577 ff.; Maier, Forschung als Waffe, Bd. 1, S. 344 ff.

45 Rust stand mit diesen Feststellungen keineswegs allein. Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 2, z. B. S. 778–784; ferner (zu Goebbels im Sommer 1943) Frank Engehausen, Akademische Feiern an der nationalsozialistischen Universität, in: Eckart, Heidelberger Universität, S. 123–146, hier: S. 142 f. Zu diesem Band vgl. unten, S. 575 ff.

ten ›lediglich‹ zu garantieren, dass der Primat der Kriegsrelevanz in den Wissenschaften effizient umgesetzt wurde (S. 251 ff.). Die DFG wiederum degenerierte »zur Kassen- und Verwaltungsabteilung des RFR«, da Letzterer keine eigene Rechtspersönlichkeit war und sich zur Verteilung der Fördermittel der DFG bedienen musste. Eigenständig blieb die DFG lediglich bei der Mittelvergabe für Forschungsprojekte, die nicht unmittelbar »im Dienst des Vierjahresplans« standen wie z. B. »der auslands- und der volksdeutschen Forschung sowie der Geisteswissenschaften« (S. 232 ff.).

Über alle Projektanträge entschieden die von Flachowsky im fünften Kapitel biografisch ausführlich vorgestellten Fachspartenleiter des RFR, die wie zuvor die DFG-Gutachter meist »ausgewiesene Wissenschaftler [waren], was eine wissenschaftsimmanente Entscheidungsfindung weiterhin gewährleistete«. Zwar markierte ihre autokratische Stellung einen Schnitt gegenüber dem nominellen »wissenschaftlichen Pluralismus« der DFG; auf der praktischen Ebene ließ sich für den RFR indes »kein allzu tiefer Einbruch in Bezug auf die bis dahin praktizierte Gutachterpraxis der DFG« beobachten (S. 237 f.). Mitgliedschaft in der NSDAP oder SS mussten, so Flachowsky, »wissenschaftliche Qualifikation nicht ausschließen«; bei der Berufung der Fachspartenleiter blieben meritokratische Kriterien durchgehend gewahrt. Wichtig für die Ernennung zum Fachspartenleiter war neben Nähe zum Reichserziehungsministerium und HWA eine enge Vernetzung mit den vielfältigen »Querverbindungen und Kooperationsverhältnissen« zwischen Ministerien, Sonderbevollmächtigten und Forschungseinrichtungen, wie Flachowsky für die einzelnen Fachspartenleiter nachweisen kann. Diese wurden infolgedessen zu »Mediatoren« und »Multifunktionsträgern im NS-Wissenschaftssystem«. Die durch sie und die Führung des RFR hergestellten Querverbindungen reduzierten Reibungsverluste und Kompetenzüberschneidungen. Zudem wäre, so Flachowsky, ohne die Unterstützung und eine einvernehmlich-arbeitsteilige Abstimmung mit den außerhalb des RFR existierenden forschungsfördernden Institutionen dessen Entstehen »wahrscheinlich gar nicht möglich gewesen«. Bei Kriegsbeginn wurde das Aufgabenspektrum des RFR um einige Fachsparten erweitert, der Grundsatz, keine Konkurrenzorganisation zu anderen Einrichtungen aufzubauen, jedoch beibehalten.

Der Suizid seines Präsidenten Karl Becker markierte eine Schwächung des RFR, auch wenn dieser Freitod nicht mit der Entwicklung des RFR in Zusammenhang stand, wie Flachowsky im Anschluss an Burkhard Ciesla betont.⁴⁶ Begehrlichkeiten anderer NS-Institutionen wie des SS-»Ahnenerbes« Alfred Rosenbergs, des Göring'schen Luftfahrtimperiums sowie vor allem des Krauch'schen »Reichsamtes für Wirtschaftsausbau« (RWA) und die dadurch ausgelösten »Machtkämpfe« ließen den RFR vorübergehend »zum Spielball divergierender Interessengruppen« werden (S. 267 ff., 278, 482). Die Reorganisation des Reichsforschungsrates Mitte 1942 ging, folgt man Flachowsky und seiner Darstellung des »Zweiten Reichsforschungsrates« in Kapitel 6, gleichfalls in erster Linie auf Ambitionen anderer Funktionsträger, insbesondere des RWA zurück. Sie wurde allerdings auch durch die Veränderungen auf den Kriegsschauplätzen und – dadurch bedingt – den raschen Aufstieg Speers zum »Wirtschaftsdiktator« bestimmt. Es war, wie Flachowsky zeigt, der mit Speer eng verbandelte Albert Vögler, der Lenker der Vereinigten Stahlwerke und schon lange vor seiner Wahl zum KWG-Präsidenten die »graue Eminenz« der NS-Wissenschaftspolitik, der mit Görings Segen die Ambitionen Krauchs, seines RWA und der IG Farben im Hochsommer 1942 zurückwies. Beide verhalfen dem zweiten RFR zu einer »erheblich bedeutenderen Stellung als seinem Vorgänger« (S. 298). Der DFG-Vorsitzende Mentzel, der in der Gründungsphase in den RFR kooptiert worden und Anfang Mai 1939 zum Stellvertreter Beckers als RFR-Präsident aufgestiegen war, blieb als Leiter des geschäftsführenden Beirats auch ab Juli 1942 innerhalb des RFR der »starke Mann«.

46 Vgl. oben, S. 547.

Strukturell unterschied sich der ›neue‹ nur wenig vom ›alten‹ RFR. Die Fachspartenleiter wurden zumeist in ihren Funktionen bestätigt, einige neue Fachsparten kamen hinzu. Das Prinzip der Gemeinschaftsarbeiten wurde vertieft und die Bildung fachspezifischer, jedoch Institutionen übergreifender Arbeitsgruppen intensiviert. Darüber hinaus wurden zur Betreuung spezieller – meist interdisziplinärer – »Schwerpunktprogramme« in »Analogie zum ›Bevollmächtigtenboom‹ in der Rüstungswirtschaft« sog. Bevollmächtigte des RFR berufen, die es erlaubten, Lösungen für komplexe Probleme an den »Eck- und Brennpunkten der Wehr- und Rüstungsforschung« unter »Umgehung traditioneller Dienstwege« durch informelle »Querverbünde« zu schaffen (S. 318 f., 330 ff., 335, 461, 484). Dieses »flexible System« sei ausgesprochen erfolgreich gewesen, habe allerdings im allgemeinen Trend der Zeit gelegen und sei »auch von anderen kriegführenden Nationen praktiziert« worden (S. 355 f.). An der Förderpraxis des RFR bzw. der DFG änderte sich, wie Flachowsky in seiner sorgfältigen Analyse der finanziellen Ausschüttungen der DFG zeigt, während des Zweiten Weltkrieges nur wenig – mit einer bemerkenswerten Ausnahme: Die Agrarwissenschaften mutierten »im Gegensatz zur Weimarer Republik [zum] eigentlichen Schwerpunkt der DFG beziehungsweise des RFR«, weil die »Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung [der reichsdeutschen Bevölkerung] einen Eckpfeiler der deutschen Kriegsplanungen darstellte«; 1928 waren lediglich knapp zehn Prozent für biologische und agrarwissenschaftliche Forschungen aufgewendet worden; bis 1943 vervierfachte sich dieser Anteil fast, auf 38 Prozent (nach: S. 377 f.). Unabhängig vom offiziellen Etat der DFG verfügte der RFR ab 1943 außerdem über einen »Sonderfonds des Reichsmarschalls« Göring von 50 Mio. RM (S. 386 ff.). Von fast größerer Bedeutung als die nominellen Gelder waren die für die Beschaffung von Apparaturen etc. für die Forschung zentralen »Dringlichkeitsbescheinigungen«, die der RFR über seine »Kriegswirtschaftsstelle« ausstellen konnte. Nicht zuletzt in dieser Kriegswirtschaftsstelle, die in eine immer zentralere Rolle hineinwuchs, erblickt Flachowsky »in Analogie zum von Speer protegierten ›System der Selbstverantwortung der Rüstungsindustrie‹ einen Schritt hin zu einer ›Selbstverantwortung der Forschung‹« (S. 404). Zu fragen bleibt freilich, warum all dies nicht früher geschah.

Nationalsozialistisch geprägt war der RFR nicht zuletzt in seinen räuberischen Aktivitäten. Den »Raubzügen im besetzten Europa«, im Westen sowie noch skrupelloser im Osten, und ebenso dem »wissenschaftlichen Häftlingseinsatz«, d. h. den »Forschungskommandos« wissenschaftlich hochqualifizierter KZ-Häftlinge, bei denen Vertreter des RFR eng mit der SS kooperierten, widmet Flachowsky einen längeren eigenständigen Abschnitt (S. 411–432). Ausführlich stellt er schließlich die ›Machtergreifung‹ Werner Osenbergs dar, der vor dem Hintergrund der drohenden Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands und des empfindlichen Mangels an Experten glaubte, zu einer Art Generalbevollmächtigtem für die Forschung aufsteigen zu können. Tatsächlich machte Osenberg, zunächst Leiter des im Juni 1943 gegründeten Planungsamtes des RFR sowie dann der nach der Landung der Alliierten in der Normandie gegründeten und mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten Wehrforschungsgemeinschaft, vor allem viel Wind. »Im Grunde änderte sich im inneren Betrieb des bereits weitgehend effizient arbeitenden RFR nichts« (S. 454). Auch die von Osenberg mit Getöse hinausposaunten personalpolitischen Erfolge – die »Rückholaktionen« vermeintlich dysfunktional an die Front gezogener wissenschaftlicher und technischer Experten – nahmen sich bei Lichte besehen ziemlich bescheiden aus.

Die »von Osenberg und seinen Mitarbeitern angefertigten Denkschriften und Berichte, welche zu jenem Bild einer völlig desorganisierten Rüstungsforschung führten«, waren vor allem Steilvorlagen für die Nachkriegs-Apologien. Sie »besaßen nach 1945 für alle vor 1945 Beteiligten ihren Charme«: Osenberg und seine Mitarbeiter aus dem Sicherheitsdienst (SD) schoben die Schuld für die angeblichen oder tatsächlichen Defizite der deut-

sehen Forschungspolitik »der schieren Unfähigkeit der Schlüsselfigur Mentzel« zu – und jener erklärte wiederum, mit seinem Partner Schumann klandestin eine Widerstandsgruppe aufgebaut und eine Art wissenschaftspolitische Sabotage betrieben zu haben (S. 447, 469 f.). Beides waren kalkulierte Legenden. Die Forschungspolitik des NS-Regimes und hier wiederum des RFR war keineswegs so chaotisch, wie Osenberg und andere beteiligte Zeitgenossen in durchschaubarer exkulpatorischer Absicht – und mit ihnen eine unkritische Historiografie – nach dem Krieg Glauben machen wollten. So betont Flachowsky, dass die groben wissenschaftsstrukturellen Arbeitsteilungen zwischen den federführenden wissenschaftspolitischen Institutionen der Diktatur im Krieg erhalten blieben. »[A]uch nach der Reorganisation des RFR« blieb es, allen Reibereien im Detail zum Trotz, bei »einer Aufgabenverteilung, in deren Rahmen der RFR für die Förderung der Grundlagenforschung verantwortlich zeichnete, während verfahrenstechnische Probleme und Fragen der Entwicklung [an] die Wehrmacht, das Reichsamt für Wirtschaftsausbau, die Industrieforschung« oder andere quasi delegiert wurden (S. 309). Die in der apologetischen Nachkriegsliteratur behauptete Antragslyrik, also das Diktum, dass Kriegsrelevanz lediglich rhetorisch vorgetäuscht, tatsächlich jedoch unpolitisch harmlose Forschung betrieben worden sei, verweist Flachowsky gleichfalls ins Reich der Legende. Nicht nur die fachliche Kompetenz der Fachspartenleiter machte derartige Antragslyrik schwer, auch konkret waren die Forschungsarbeiten, wie der Verf. im Einzelnen zeigen kann, von hoher Kriegs- und Rüstungsrelevanz (S. 319–330). Der RFR, so kann Flachowsky seine Untersuchung resümieren, war eine insgesamt ziemlich effizient arbeitende zentrale Forschungsbehörde, die bis in die letzten Kriegswochen hinein funktionierte und der es gelang, auf ihren Gebieten »das wissenschaftliche Problemlösungspotential für die Rüstungsbemühungen des NS-Regimes auszuschöpfen« (S. 486).

Flachowsky hat weit über die Geschichte des Reichsforschungsrates und der DFG im engeren Sinne hinaus mit seiner empirisch gesättigten⁴⁷ und in ihrer Argumentation durchgängig überzeugenden Monografie zahlreiche weiße Flecken der NS-Wissenschaftsgeschichte getilgt. Darüber hinaus beendet die Studie Flachowskys unfruchtbare Kontroversen, etwa die zwischen Mertens und Hammerstein um die Frage, wie »politisiert« die DFG während des Dritten Reiches gewesen ist. Mertens hat in dem eingangs angesprochenen, von v. Bruch und Kaderas herausgegebenen Band und ähnlich in seiner materialreichen Monografie über die DFG während der ersten vier Jahre der NS-Herrschaft in kritischer Abgrenzung von Notger Hammerstein⁴⁸ behauptet, dass ab 1933 ein massiver Politisierungsschub der DFG und »eine rasche Instrumentalisierung der Forschungsförderung für das Dritte Reich zu konstatieren« sei.⁴⁹ Dass die Förderpraxis besonders in den Jahren der Etablierung und Stabilisierung der NS-Herrschaft trotz weiter bestehender fachlicher Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln gleichzeitig hochgradig politisiert war, ist si-

47 Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf eine dem Buch beigelegte CD mit Tabellen, Übersichten und Kurzbiografien der maßgeblichen Persönlichkeiten des RFR, die über die entsprechenden Daten in den nützlichen Handbüchern von *Michael Grüttner* (Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004) oder *Ernst Klee* (Das Personalexikon des Dritten Reiches. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt/Main 2003), sowie die DBE, die NDB usw. weit hinausgehen.

48 Hammerstein hatte behauptet, dass selbst Leute wie der »Vater« des Generalplans Ost, Konrad Meyer, »ideologiefiern« ihre wissenschaftlichen Expertisen erstellten. Vgl. *Hammerstein*, Forschungsgemeinschaft, S. 377. Vgl. auch ebd., S. 219. Eine solche These ist selbstredend absurd und zeugt von einer naiv anmutenden, ausgeprägten Bereitschaft, den durchsichtigen exkulpatorischen Wendungen der Beteiligten Glauben zu schenken. Zur Kritik vgl. neben den einschlägigen Rezensionen auch: *Maier*, Normalwissenschaft, S. 254.

49 *Lothar Mertens*, NS-Wissenschafts- und Forschungspolitik, in: v. *Bruch/Kaderas*, Wissenschaften und Wissenschaftspolitik, S. 219–240, hier: S. 230. Vgl. außerdem: *ders.*, NS-Wissenschaftspolitik am Beispiel der DFG 1933–1937, in: GG 29, 2003, S. 393–408.

cherlich nicht zu bestreiten. Die hinter solchen Formulierungen wie der zitierten von Mertens stehende Unterstellung, dass vor 1933 oder nach 1945 die DFG-Forschungsförderung »unpolitisch« gewesen sei und sich nur von immanenten Sachgesichtspunkten habe leiten lassen, ist jedoch zu korrigieren. Gerade die auf die Jahre 1934 bis 1937 begrenzten Untersuchungen von Mertens sind ein Beispiel dafür, dass stark verinselte Forschungen die Perspektiven erheblich verzerren können und Kontinuitäten leicht aus dem Blick geraten. Dieser Fehler ist in dem Forschungsschwerpunkt zur Geschichte der DFG 1920 bis 1970 bewusst vermieden worden. Nicht zuletzt die Ausführungen von Sören Flachowsky zur Geschichte der Notgemeinschaft/DFG vor 1933 zeigen eindrücklich, wie stark die Notgemeinschaft/DFG immer schon politisiert war⁵⁰ und wie sehr sie im »nationalkonservativen und revanchistischen Mainstream der bildungsbürgerlichen Eliten in der Weimarer Republik« (S. 478) schwamm.

Tatsächlich war der Bruch 1933 außerdem keineswegs so stark, wie man zunächst vielleicht vermuten möchte. Die meisten wissenschaftlichen Experten und ebenso Wissenschaftspolitiker und -manager zeigten vielmehr eine ausgesprochene Bereitschaft »sich selbst zu mobilisieren«, weniger in der Absicht »dem Führer entgegenzuarbeiten« als vielmehr aus tiefsitzenden völkisch-nationalistischen Grundüberzeugungen heraus. Für die DFG hat dies Flachowsky namentlich für deren ab 1920 amtierenden Präsidenten Friedrich Schmidt-Ott gezeigt. Schmidt-Ott arbeitete den Nationalsozialisten nicht allein aus Opportunismus zu, sondern weil er auf eine autoritär gegründete Monarchie nach italienisch-faschistischem Vorbild hoffte und ihm ein starker Staat allemal lieber war als eine republikanische Demokratie. Er war im Übrigen keineswegs der Einzige. Die »Konsenszonen« (Hans-Ulrich Wehler)⁵¹ zwischen einem an einem autoritären Staat orientierten, oft noch monarchistisch grundierten Nationalismus zahlreicher Wissenschaftler, denen die bloße Rücknahme der Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht gereicht hätte, waren generell breit. Sie war nicht zuletzt deshalb breit, weil »der Nationalsozialismus nicht ein fixes Etwas, dem sich die Wissenschaftler verweigerten oder dem sie sich anpassten« (S. 9), sondern ideologisch wie politisch-praktisch ausgesprochen elastisch war, wie Isabel Heinemann und Patrick Wagner einleitend zu dem von ihnen herausgegebenen Aufsatzband zu »Neuordnungskonzepten und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert«⁵² feststellen. Gerade die DFG, deren Geschichte ab 1933 »als exemplarisch für die Selbstmobilisierung der Wissenschaft« gelten könne, »spiegelte den nationalkonservativen, sich völkischen Konzepten öffnenden Konsens des wissenschaftlichen Establishments wider«. Da die DFG schon vor 1933 autarkieorientierte Ersatzstoffforschung, aber auch »völkisch orientierte Innovationen wie die interdisziplinäre ›Volks- und Kulturbodenforschung« oder »den akademischen Grenz- und Volkstumskampf Richtung Osten« gefördert hatte, hatte sie nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten »wenig Probleme, sich inhaltlich an das nationalsozialistische Regime anzupassen«, wie Heinemann und Wagner betonen (S. 10) und Flachowsky in seiner Monografie ausführlich belegt hat.

In dem von Heinemann/Wagner herausgegebenen Band, der wie die Monografie von Sören Flachowsky aus dem 2000 initiierten, von Rüdiger vom Bruch und Ulrich Herbert geleiteten Forschungsprogramm zur Geschichte der DFG hervorgegangen ist, steht der Generalplan Ost im Zentrum – und seine Förderung durch die DFG. Tatsächlich wurden die Forschungen zum Generalplan Ost zu einem der Schwerpunkte der DFG-Förderung:

50 Vgl. Maier, *Normalwissenschaft*, S. 255.

51 Hans-Ulrich Wehler, *Nationalsozialismus und Historiker*, in: *Winfried Schulze/Ott Gerhard Oexle* (Hrsg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt/Main 1999, S. 306–339, hier: S. 314.

52 Isabel Heinemann/Patrick Wagner, Einleitung zu: *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2006, 222 S., kart., 36,00 €.

Zwischen 1941 und 1945 flossen immerhin 510.000 RM in die entsprechenden Projekte, bei einem Jahresetat von 1941 sechs Mio. RM ein erheblicher Posten (S. 8, 55 f.).⁵³ In ihrem biografisch stark auf Konrad Meyer fokussierten Aufsatz zum Verhältnis von Wissenschaft und Generalplan Ost kann Isabel Heinemann zeigen, dass es sich bei diesen gigantischen, rücksichtslosen »Umvolkungs«-Planungen, die den Tod von zig Millionen Menschen bewusst einkalkulierten, nicht »um das Resultat radikaler Planungen einer vom deutschen Wissenschaftsbetrieb der Zeit abgeschotteten SS-Elite« handelte. Die an diesem Generalplan arbeitenden Wissenschaftler kamen »gerade nicht vom politisch radikalisierten Rand der Disziplinen«, sondern vielmehr aus der Mitte der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Forschung, aus einem Thinktank von Experten, die sich für »das Projekt einer anwendungsorientierten, politisch engagierten Wissenschaft« begeisterten (S. 45). Wichtig ist im Übrigen der Hinweis Heinemanns darauf, dass Konrad Meyer und andere führend an der Ausarbeitung des »Masterplans für die verbrecherische Volkstumspolitik der SS« Beteiligte nach 1945 ihre Raumordnungsentwürfe »als Grundlagenforschung« (S. 63, 65 f.) deklarierten – und ihnen das auch geglaubt wurde, wie die fast ungebrochene Karriere Meyers in der Nachkriegszeit, der Heinemann gleichfalls längere Passagen widmet, unübersehbar zum Ausdruck bringt. Markanter lässt sich kaum illustrieren, nicht nur wie künstlich die Trennung in Grundlagen- und Anwendungsforschung ist, sondern auch, wie stark eine solche kategoriale Scheidung apologetischen Zwecken dienen kann. Den Aspekt der Kontinuität betont Heinemann auch sonst mit guten Gründen. Gerade Meyer und seine Expertisen für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die er 1959 »als Verwirklichung der ›neuen Ordnung‹ Europas« interpretierte und mit konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der »Welternährungsbilanz« sowie zu »planmäßigen ›Absiedlungs- und Peuplierungsmaßnahmen« zu unterstützen suchte, dienten »nunmehr als Argument für massive Bevölkerungsverschiebungen« (S. 70 f.).

Das Bild rundet sich, wenn man berücksichtigt, dass die NS-Raumplaner auch im Westen massive »Umvolkungen« ins Auge fassten, wie Uwe Mai dies in einem vorzüglichen Aufsatz tut, der an seine von der Forschung nur begrenzt rezipierte wichtige Dissertation anknüpft.⁵⁴ Ältere Konzepte der Flurbereinigung »mündete[n] nun in viel weitergehende Neuordnungspläne«, die »viel stärker als in Kaiserreich und Weimarer Republik [...] auf Wissenschaftler als Berater zurück« gingen; jene »band [man] institutionell immer fester ein und eröffnete ihnen damit bisher ungeahnte Möglichkeiten« (S. 73 f.). Während allerdings »die Planer dazu neigten, die betroffenen Kleinbauern für eine disponible Masse zu halten«, war für die NS-Funktionäre vor Ort die Stimmung der reichsdeutschen Bevölkerung zentral. »Bei der geplanten Umsiedlung der Bauern aus dem Altreich erwies sich die rassistische Ideologie des NS-Staates eher als hinderlich: Man konnte in der Logik der Machthaber den arischen Bauern nicht wie einen Juden oder sogenannten Reichsfeind« oder polnische und tschechische Landwirte behandeln (S. 89, 91). Christoph Dieckmann wiederum macht in einem sehr informativen Aufsatz zur Siedlungspolitik im besetzten Litauen, am Beispiel der Hin- und Her-Verschiebungen der Litauendeutschen sowie den Kompetenzkonflikten unter den verschiedenen deutschen Stellen deutlich, welche große Lücke zwischen den Planungen und den dann tatsächlich begonnenen »Umvolkungen« bestehen konnte.

Weitere in dem Band zusammengefassten Aufsätze sind spannend, weil sie die Rolle der Experten des Generalplans Ost mit dem Einfluss der Wissenschaftler im Kontext voraus-

53 Vgl. auch *Flachowsky*, S. 329.

54 *Uwe Mai*, »Rasse und Raum«. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn etc. 2002. Vgl. außerdem *Thomas Müller*, Der Gau Köln Aachen und [die] Grenzlandpolitik im Nordwesten des Deutschen Reiches, in: *Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt* (Hrsg.), *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen Führerstaat*, München 2007, S. 318–333.

gehender, zeitgleicher oder späterer »Ordnungsentwürfe« vergleichen, die auf Bevölkerungsverschiebungen von Millionen von Menschen hinausliefen. Instruktiv ist der von Gabriele Metzler und Dirk van Laak verfasste Beitrag zu den »Quellen der Planungsutopien«, weil in ihm die verzweigte Vorgeschichte solch irrwitziger Projekte wie des Generalplans Ost deutlich herausgearbeitet wird. »Planung« wurde seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zur Schlüsselkategorie gesellschaftlicher Umgestaltung in allen hochindustrialisierten Ländern und bei rechten wie linken Ideologen und Politikern. Metzlers und v. Laaks Skizze der immensen Bedeutung des Taylorismus in diesem Kontext, dessen breite Rezeption ab 1919 gerade auch in einem Europa, das im Ersten Weltkrieg die Verschiebungen riesiger, militärisch-disziplinär gebändigter Massen über vier lange Jahre erlebt hatte, aber auch des unaufhaltsamen Aufstiegs der empirischen Sozialwissenschaften ist überzeugend.⁵⁵ Zur Epochenschwelle in dieser Hinsicht, »zu einer Wegmarke in ihrem Verhältnis zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Planung«, wurde vor allem der Erste Weltkrieg. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen 1914 bis 1918 wurden »grundsätzliche Bedenken gegenüber Zentralisierung und Disziplinierung [...] nun an den Rand geschoben«; »historisch gewachsene Strukturen erschienen nun als Last«, die »Neigung zu Tabula-rasa-Planungen« wurde immer stärker (S. 35, 37). Die Lektüre der weiteren Aufsätze des Bandes, vor allem der Beiträge von Jörg Baberowski und Christoph Marx, konfrontiert den Leser mit dem überraschenden Ergebnis, dass der Einfluss von »planerischen« Experten bei den unter dem Stalinismus vorgenommenen »Säuberungen« und Deportationen (Baberowski) oder den Zwangsumsiedlungen mehrerer Millionen südafrikanischer Schwarzer in Homelands (Marx) weit geringer zu veranschlagen ist – und oft nur retrospektiver Legitimation diene – als die Rolle der nationalsozialistischen Experten um den RFR-Fachspartenleiter Konrad Meyer. Vor diesem Hintergrund lautet Heinemanns und Wagners zugespitzte, gleichwohl überzeugende These:

»Es erweist sich als Charakteristikum des Nationalsozialismus, dass er wissenschaftliche Expertise nicht nur als Legitimationsressource für seine Utopie und mörderische Gewaltpolitik nutzte, sondern die Formulierung seines gesellschaftsbiologischen Programms tatsächlich weitgehend an die Praktiker des Mordens, Vertreibens und Ansiedelns einerseits und an wissenschaftliche Experten andererseits delegierte« (S. 15).

Verdienstvoll an der so knappen wie pointierten Einleitung von Heinemann und Wagner ist schließlich, dass sie den Nationalsozialismus nicht von der Moderne trennen. Sie weisen vielmehr darauf hin, dass »planerischer« Größenwahn auch manche der in der jüngeren Vergangenheit generierten Projekte prägt, z. B. wenn vor gar nicht langer Zeit etwa in Indien für einzelne Staudämme 30 bis 50 Millionen Menschen zwangsweise umgesiedelt wurden, davon die große Mehrheit entweder Angehörige der niederen Kasten oder ethnischer Minderheiten waren, auf die man weniger Rücksicht nehmen zu müssen glaubte, »geplant zumeist von Experten der Weltbank« und einer demokratisch legitimierten Regierung. Die traditionelle Historiografie habe solche »Generalplanungen« allzu gern als »exotische Phänomene der globalen Peripherie« bagatellisiert. Tatsächlich seien die Kontinuitäten mitunter recht unmittelbar. »Viele deutsche Experten, die während des Zweiten Weltkrieges geglaubt hatten, Osteuropa sei eine Tabula Rasa, auf der alle Faktoren, vor allem aber Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung, durch einen großen, wissenschaftlich fundierten und planvollen Eingriff »optimiert« werden müssten, blickten nach 1945 erwartungsvoll nach Süden«. Deren »Einfluss auf die entwicklungspolitischen Konzeptionen der westdeutschen Industriestaaten bleibt zu untersuchen« (S. 20 f.).

Hat sich »dieser Glaube an die Steuerbarkeit politischer und gesellschaftlicher Expertise heute« tatsächlich weitgehend »verflüchtigt«, wie Peter Collin und Thomas Horst-

55 Vgl. dazu demnächst: Rüdiger Hachtmann, Der Fordismus – Signatur des kurzen 20. Jahrhunderts, erscheint in: Zeithistorische Forschungen 2009, Heft 2.

mann in der Einleitung zu einem von ihnen herausgegebenen Aufsatzband über »das Wissen des Staates«⁵⁶ behaupten? Ihr Argument: »Die Expertise habe sich selbst demokratisiert«, weil »immer auch kritische Gegenexpertise zur Stelle ist« (S. 22). Das ist eine recht optimistische Sicht. Zu fragen bleibt, wer – wenn überhaupt immer eine »kritische Gegenexpertise zur Stelle ist« – die Experten solcher Gegenexpertisen auswählt, wie »kritisch« diese tatsächlich sind, wer nach welchen Kriterien und welcher Interessenlage über die Praxisrelevanz von Expertisen und Gegenexpertisen entscheidet usw. Der Band, in dem das oben kritisierte Schlagwort Wissensgesellschaft – obschon auch nach Collin/Horstmann ein »schillernder Begriff« (S. 17) – von den Herausgebern positiv vorgestellt wird, vereinigt eine Reihe sehr unterschiedlicher Beiträge von Politologen, Juristen, Soziologen, Psychologen usw. sowie einige wenige historische Beiträge, etwa zur Katastererstellung und Archivierung staatlichen Wissens im frühbürgerlichen Staat des 18. Jahrhunderts von Karin Gottschalk.

Für das hier diskutierte Themenspektrum ist vor allem ein Aufsatz von Alexander Pinwinkler wichtig, in dem dieser – Frankreich, Großbritannien und Deutschland vergleichend – einen Überblick über die Entwicklung der amtlichen Statistik zwischen 1850 und 1950 bietet und jene in Beziehung insbesondere zu den jeweiligen staatlichen Bevölkerungspolitiken setzt. Wichtig ist zunächst, dass das NS-Regime auf statistischem Gebiet die Verreichlichung erfolgreich vorantrieb, indem es 1934 die zuvor über eigenständige Ämter verselbständigten Länderstatistiken beim Statistischen Reichsamt zentralisierte – sich mithin institutionell dem etatistischen Frankreich näherte, das seit 1852 auf die staatliche Zentralisierung statistischer Erhebungen in der *Statistique Générale de France* setzte, während sich in Großbritannien die dezentrale, »liberale« Variante statistischer Erhebung durchgesetzt hatte. Deutsche Statistiker nahmen außerdem bereits seit den 1880er-Jahren »zunehmend eugenisches und rassenhygienisches Gedankengut auf« (S. 200). Allerdings begannen sie erst sehr viel später, 1933, die entsprechenden bevölkerungs- und familienpolitischen Teile der amtlichen Statistik auszubauen. Damit standen sie in Europa nicht allein; andere Länder wie Schweden oder Österreich, wo es bereits 1923 einen ersten Versuch gegeben hatte, die »Rassen«-Zugehörigkeit in einer landesweiten Erhebung zu erfragen, erweiterten ihre statistischen Erhebungsfelder in diese Richtung ungefähr zeitgleich. In die reichsdeutsche Volkserhebung wurde dann bekanntlich 1939 schließlich die Frage nach rassischer Zugehörigkeit aufgenommen. Pinwinkler unterstreicht zu Recht die fatalen Folgen der »Neuorientierung des »statistischen Blicks««, der sich immer stärker für vermeintlich oder tatsächlich »deviante Verhaltensweisen von Menschen interessierte«. Amtliche Statistiker wurden durch »biologistische und sozialdarwinistische Versatzstücke und Argumentationsformen beeinflusst« (S. 209 f.) und verschafften dieser ihrerseits eine scheinbar valide empirische Basis. »Realitäten [wurden] statistisch konstruiert« (S. 212). So nimmt es denn nicht wunder, dass parallel zur allmählichen Verschiebung amtlich-statistischen Interesses zwischen Ende der Zwanzigerjahre und Beginn des Zweiten Weltkrieges das Statistische Reichsamt von drei- auf fünftausend Beschäftigte anwuchs (S. 201), die ab 1933 aus dem Boden sprießenden statistischen Ämter, z. B. der DAF mit mehreren Hundert Mitarbeitern, sowie anderer NS-Massenorganisationen, die ihrerseits eigene bevölkerungs- und sozialstatistische Erhebungen vornahmen, gar nicht eingerechnet. Das NS-Regime huldigte einem Zahlenfetischismus⁵⁷, der freilich aus der Sicht der Diktatur hochgradig funktional war, nämlich »der nationalsozialistischen

56 Peter Collin/Thomas Horstmann (Hrsg.), *Das Wissen des Staates. Geschichte, Theorie und Praxis*, Nomos, Baden-Baden 2004, 498 S., geb., 79,00 €.

57 Zu Hitlers Vorliebe, selbst gern mit »einer Fülle von statistischen Daten um sich zu werfen«, vgl. *Ian Kershaw*, *Hitler*, Bd. 2: 1936–1945, Stuttgart 2000, z. B. S. 288, 305, 396 u. ö., Zitat: S. 160. Diese Neigung wurde in seinem Umfeld genau registriert und z. B. von der Deutschen Arbeitsfront mitunter bis ins Absurde kultiviert.

Politik Entscheidungsgrundlagen vermittelte« (S. 203) und rassistische Segregation sowie schließlich die Vernichtung von Millionen von Menschen möglich machte.

Instruktiv ist außerdem ein Aufsatz von Wilfried Rudloff im selben Band, der zeitlich zwar die Sechziger- und Siebzigerjahre zum Gegenstand hat, mit seinen Bemerkungen und Fragestellungen jedoch wichtige Anregungen auch für die Jahrzehnte zuvor bietet. Politik und Wissenschaft waren, das gilt nicht nur für die alte Bundesrepublik, aufeinander angewiesen. Von einer beidseitigen »gestiegenen Abhängigkeit« (S. 218) kann man bereits für die Zeit des Dritten Reiches sprechen. Und auch Rudloffs resümierendes Diktum: »Die Übersetzungsprobleme zwischen Wissenschaft und Politik blieben bestehen« (S. 248), gilt ganz ähnlich für die NS-Zeit sowie die vorausgegangenen Epochen. Ähnlich wie für die Bundesrepublik kann man auch für die NS-Diktatur – in wiederum starkem Kontrast zum SED-Regime – von einem »beschleunigten Ausbau der externen Beratungskapazitäten« sprechen (S. 219). Die Feststellung: »Statt die politischen Entscheidungen zu vereinfachen, hat die Beteiligung externer Experten diese oft zusätzlich verkompliziert«, lässt sich demgegenüber nicht umstandslos verallgemeinern. Sie war und ist wesentlich abhängig vom jeweiligen politischen System. Für die Weimarer Republik mag sie zutreffen. Für die NS-Herrschaft mit ihren stark personalisierten Entscheidungsstrukturen und großen Spielräumen der zentralen Akteure für voluntaristisches Handeln hat sie nach meinem Eindruck nicht oder nur eingeschränkt gegolten. Zweifelsohne gilt eine andere Bemerkung Rudloffs dagegen auch für die Hitler-Diktatur und ältere Phasen der deutschen Geschichte (und ebenso anderer Staaten) des 20. Jahrhunderts: »Die Adressaten behielten in der Regel die Kontrolle über Wissenstransfers. Der Apparat war [durch Experten-Beratung] wohl ›intelligenter‹, deshalb aber nicht unbedingt auch handlungsfähiger geworden« (S. 248 f.). Hier drängt sich etwa vor dem Hintergrund der oben skizzierten Ausführungen Heinemanns zu Konrad Meyer, aber auch z. B. für den fatalen Wissenschaftskomplex der Eugenik oder ebenso die Ersatzstoffforschung der Eindruck auf, dass die praktisch-politische Durchschlagskraft wissenschaftlicher Experten im Vergleich zur bundesdeutschen »Aufbruchphase im Verhältnis von Wissenschaft und Politik« (S. 221) während der NS-Diktatur vielleicht sogar eher größer als kleiner gewesen ist.

III. INNOVATIVE VERÖFFENTLICHUNGEN ZUR UNIVERSITÄTSGESCHICHTE

Jubiläumsschriften zur Universitätsgeschichte dienen der Selbstvergewisserung. Sie sollen einer zumeist akademischen Öffentlichkeit gegenüber die Bedeutung der eigenen Hochschule unterstreichen oder jene überhaupt erst profilieren. Angesichts dessen ist die Neigung oft groß, die ›dunklen Seiten‹ der eigenen Geschichte zu überspielen oder doch wenigstens mit plausibler Eloquenz zu relativieren. Zugleich freilich geraten auch die Hochschulen unter Druck, insbesondere die Zeit der NS-Herrschaft gründlicher und selbstkritisch auszuleuchten. Als eine Art Blockadebrecher haben im letzten Jahrzehnt die Großprojekte zur Geschichte der DFG und der KWG gewirkt; aber auch schon davor haben (selbst-)kritische Jubiläumsschriften zur Hochschulgeschichte Maßstäbe gesetzt.⁵⁸

Methodisch bzw. konzeptionell lassen sich die Sammelbände zur Universitätsgeschichte in innovative oder doch zumindest empirisch aufschlussreiche Bände einerseits und vornehmlich deskriptiv angelegte und aus falsch verstandener Rücksichtnahme geglättete, konventionell angelegte Bände andererseits unterscheiden. Zum erstgenannten Typus

58 Vgl. z. B. Reinhard Rürup (Hrsg.), *Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879–1979*, 2 Bde., Berlin 1979, oder auch *Heinrich Becker/Hans-Joachim Dahms/Cornelia Wegeler* (Hrsg.), *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte*, 2. erweiterte Auflage, München 1998.

gehören zweifelsohne die beiden, von Christoph Jahr bzw. Rüdiger vom Bruch herausgegebenen Bände der »Berliner Universität in der NS-Zeit«, die aus einer 2003 und 2004 an der Humboldt-Universität veranstalteten Vorlesungsreihe entstanden sind⁵⁹ und als Vorarbeiten für die für 2010 zu erwartenden umfanglicheren Publikationen zu werten sind. Thema des ersten Bandes sind die Strukturen und sowohl die individuellen als auch die kollektiven Akteure der größten Universität des Dritten Reiches. Der von Christoph Jahr verfasste erste Beitrag widmet sich »Anspruch und Wirklichkeit« der »Führeruniversität« in mehrerlei Hinsicht: Zum einen geht es um die kollektiven Mentalitäten und Verhaltensmuster des Lehrkörpers insgesamt, zum anderen um die vier »Führerrektoren«. Jahr arbeitet – wenig überraschend – heraus, dass es substantielle Kritik an der Machteroberung der Nationalsozialisten oder gar offenen Widerspruch dagegen nicht gegeben habe und fast allgemein von »williger«, wenn nicht gar »euphorischer Selbstgleichschaltung« gesprochen werden muss. Innerhalb der universitären Kräftekonstellationen Besitzstände zu wahren und die eigene Stellung zu sichern »und dadurch in Konflikt mit NSDAP-Machtträgern zu geraten, ist für sich noch kein Ausweis eines *inhaltlich* definierten Widerstandes«. Jahr betont zudem das nicht nur für die Berliner Verhältnisse geltende Faktum, »dass die Universitäten und ihre Mitglieder für den Geist der Unmenschlichkeit nicht nur nicht weniger anfällig waren als andere Bevölkerungsgruppen, sondern zu seinen frühesten und entschiedensten Protagonisten zählten« (S. 35 f.), die aufgrund ihrer renommierten öffentlichen Stellung (wenn auch oft nicht bewusst) zu Propagandisten des »nationalen Aufbruchs« wurden, den die Nationalsozialisten versprochen. Die Stellung der »Führerrektoren« war zunächst dadurch bestimmt, dass die jeweiligen Führer der NS-Dozentenschaft ebenso wie die der NS-Studentenschaft politisch-institutionell an Gewicht gewannen. Zudem kam es zwischen 1933 und 1945 zu keiner durchgreifenden Hochschulreform. Das war nicht in erster Linie einer technisch verstandenen »Unfähigkeit« des Regimes geschuldet, sondern mindestens ebenso der Heterogenität sowohl der nationalsozialistischen Ideologie als auch der NS-Bewegung, die unter ihrem Dach unterschiedlichste Interessen verbarg, die schwer auf einen Nenner zu bringen waren. Überdies bedurfte es (wie Jahr feststellt) »eines umfassenden Strukturumbaus der Universitäten gar nicht, damit die Universitäten im Sinne des Regimes funktional weiterarbeiteten« (S. 34). Dass die »Führer« der Universitäten nicht so absolutistisch führten, wie rhetorisch suggeriert, ist bekannt. Allein die Rotation des Rektorenamtes stand dem entgegen. Da »viele der den zentralen Ideologiefeldern des Regimes besonders nahe stehenden Forschungen außerhalb der Universitäten und daher auch jenseits des direkten Zugriffs der Direktoren waren«, schmolz ihr Einfluss im Vergleich zu dem der Weimarer Rektoren sogar eher, als dass er wuchs. Faktisch behielt die Universitätsspitze ihren »ausgesprochen oligarchischen Charakter«. Da die »Selbstverwaltungs«-Gremien um die genannten NS-Organisationen erweitert wurden und sich darüber hinaus alle möglichen Institutionen der Diktatur für die Universitätspolitik zuständig fühlten, »waren die Rektoren oft eher Objekte im polykratischen Konkurrenzkampf als aktiv handelnde Subjekte« (S. 29 f.). Infolgedessen kann es nicht überraschen, dass sich »die als *Wissenschaftler* bereits bekannten und etablierten Professoren in der Regel nicht gerade danach drängten, das Rektorat zu übernehmen«, Jahr spricht pointiert von »negativer Selektion« (S. 28). Es ist deshalb nur auf den ersten Blick paradox, dass ausgerechnet der Rektor mit der größten ideologischen Nähe zum Nationalsozialismus, der Eugeniker Eugen Fischer, von den vier Rektoren zwischen 1933 und 1945 am meisten Rückgrat zeigte und auf die Unabhängigkeit

59 Christoph Jahr (Hrsg.), unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt, Die Berliner Universität in der NS-Zeit, Bd. 1: Strukturen und Personen, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2005, 257 S., kart., 23,00 €; Rüdiger vom Bruch (Hrsg.), unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt, Die Berliner Universität in der NS-Zeit, Bd. 2: Fachbereiche und Fakultäten, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2005, 308 S., kart., 23,00 €.

der Forschung gegenüber unmittelbaren politischen Einflussnahmen insistierte, während seine Nachfolger, insbesondere der NS-nahe Historiker Willy Hoppe, »glanzlos« blieben.⁶⁰

Auch konzeptionell hat Jahr in seinem Beitrag in Bd. I der »Berliner Universität während der NS-Zeit« wichtige Ideen parat. So schlägt er vor, die Fraenkel'sche Kategorie des »Doppelstaats« in (wie er ausdrücklich betont) »verändertem Sinn« auch für das universitäre »Regime« einzuführen: Dem »Normenstaat« hätten die alten, »scheinbar normal weiterfunktionierenden« Verwaltungsstrukturen, dem Maßnahmenstaat die relativ willkürlich agierenden »Sonderinstanzen wie Studentenschaft und Dozentenschaft« sowie das als »autoritär-monokratische Leitung« konzipierte »Führerrekortat« entsprochen (S. 21). Dieser Ansatz könnte fruchtbringend sein. Er müsste allerdings erweitert werden. Zu berücksichtigen ist u. a., dass Normen- und Maßnahmenstaat polare Idealtypen sind, sich beide historisch-empirisch durchdrängen, und das Konzept des Doppelstaats zudem auf die Herrschaftspraxis rekurrierte, nicht nur auf den institutionellen Rahmen. Das heißt: So wie der Normenstaat generell durch die fundamental veränderten politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aufgeweicht und in seiner Alltagspraxis sukzessive von NS-Ideologemen und NS-Verhaltenserwartungen penetriert wurde, wurden auch die universitären Behörden von der neuen Herrschaftspraxis schon frühzeitig und dann immer stärker geprägt. Bei Jahr wird das angedeutet; es wäre jedoch weiter auszuführen.

Ähnlich dicht und anregend wie der Beitrag Jahrs sind auch die anderen Aufsätze. Volker Hess wartet mit präzisen Daten zur bislang kaum erforschten medizinischen Fakultät auf, z. B. zur Vertreibung: Von den insgesamt 331 Hochschullehrern schied mehr als die Hälfte, nämlich 177, zwischen 1933 und 1935 aus, davon die meisten unfreiwillig; drei Viertel der Vertriebenen waren nichtbeamtete außerordentliche Professoren (S. 39). Vertreibungen verbesserten die Karrierechancen der Nicht-Vertriebenen. Wichtig ist die Feststellung Hess', dass ab 1933 weiterhin nach meritokratischen Kriterien berufen wurde und die wenigen »politischen« Besetzungen in den Jahren 1933 und 1935 just jene Lehrstühle betrafen, die an der Medizinischen Fakultät eher als randständige Fächer betrachtet wurden« (S. 45). Ingo Loose widmet sich in seinem Beitrag den ja bereits durch die Person Konrad Meyers im »Osteinsatz« ab 1939 bekanntlich ziemlich exponierten Berliner Wissenschaftlern, die zuvor mindestens zeitweilig an der Friedrich-Wilhelms-Universität Karriere gemacht hatten. Er tut dies exemplarisch für drei Hochschullehrer, die an die Reichsuniversität Posen berufen wurden. Wichtig sind neben empirisch spannenden Fallbeispielen die allgemeinen Resümees, etwa dass »eine Reihe von Wissenschaftlern auf der Jagd nach UK-Stellungen geradezu in eine Rationalisierung hineintrrieben« und den »Krieg zu einer Bewährungsprobe [umwerteten], die nicht zuletzt dem »Generalplan Ost« seine Monstrosität verlieh« (S. 68). Der von Loose konstatierten »Instrumentalisierbarkeit von Wissenschaftlern [...], ohne dass es ostentativer Lippenbekennt-

60 Hoppe, dem freilich auch die »eigene Hausmacht fehlte«, hat Jahr an anderer Stelle einen eigenständigen Beitrag gewidmet: *Christoph Jahr, Rektor ohne Führung? Willy Hoppe und die Wissenschaftspolitik an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin in der NS-Zeit*, in: *Schalenberg/Walther*, »... immer im Forschen bleiben«, S. 179–198, Zitat: S. 184. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass Hoppe, ein Schüler Dietrich Schäfers »von unzweifelhaft nationalsozialistischer Gesinnung«, der als »Alter Kämpfer« und mit »judenfeindlichen Stereotypen« reüssierte, von hochkonservativen Historikern wie Gerd Heinrich noch 1992 als »Kollege an der Spitze der Universität, der jederzeit von der seriösen Wissenschaft angesprochen« und in dessen »Windschatten ziemlich traditionell gelehrt, geforscht und publiziert werden konnte«, charakterisiert wurde. Vgl. ebd., S. 180, 182, 194 f., zum genannten Aufsatzband oben, S. 552 ff. Jahr bezieht sich in seiner Heinrich-Kritik auf: *Gerd Heinrich, Brandenburgische Landesgeschichte und preußische Staatsgeschichte. Universitäten, Hochschulen, Archive, Historische Gesellschaften und Vereine*, in: *Reimer Hansen/Wolfgang Ribbe* (Hrsg.), *Geschichtswissenschaften in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin/New York 1992, S. 323–363, hier: S. 350 f.

nisse dem Regime gegenüber bedurft hätte« (S. 70), widmet sich auch Sabine Schleiermacher in ihrem Beitrag über »Rassenhygiene und Rassenanthropologie an der Universität Berlin«. Hier waren es allerdings weniger Karrierismus und die Furcht, UK-Stellungen könnten aufgehoben werden, als vielmehr die Möglichkeit, längst entwickelte Konzepte und Überlegungen endlich praktisch umsetzen zu können – die die maßgeblichen Hochschullehrer, zumeist zugleich exponierte Wissenschaftler am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie (KWI-A) in Dahlem, dazu veranlassten, dem Regime »entgegenzuarbeiten«. Eugen Fischer – und ähnlich Fritz Lenz und andere – »fasste nur zusammen, was er bereits vor der Zeit des Nationalsozialismus in seinen wissenschaftlichen Arbeiten formuliert hatte« (S. 85). Wichtig ist die Feststellung Schleiermachers, dass die entsprechenden Lehrstühle an der Berliner Universität im Verbund mit dem KWI-A konzipiert wurden, als eine Art praxeologisch-pädagogische Plattform, von der aus die Experten vor Ort »bei der planmäßigen Ausschaltung von Erbkranken und Minderwertigen«, die »Eheberater« und »Vaterschaftsgutachter« ausgebildet sowie »praktisch eingeübt« wurden und gleichzeitig die »dauernde Überwachung der rassischen und erblichen Beschaffenheit der Bevölkerung« gesichert werden sollte. Bemerkenswert ist, dass hier ein – mit E. Fischer zudem international renommierter – Wissenschaftler die Marschrichtung vorgab und »das Wissenschaftsministerium Fischer hinsichtlich seiner konzeptionellen Überlegungen [lediglich] folgte« (S. 78). Wichtig an diesem überhaupt informativen Beitrag und ähnlich am Aufsatz Looses ist die Essenz, die sich nicht auf Anthropologie, Eugenik und Rassenhygiene beschränkt: Es geht in der Wissenschaftsgeschichte keineswegs nur darum zu fragen, ob und wie tief Forscher in das NS-System »verstrickt« wurden. Herauszuarbeiten ist vielmehr, inwieweit jenen nicht selbst eine stimulierende Funktion zukam, inwieweit diese ihrerseits das Regime auf mindestens manchen seiner barbarischen Politikfelder weiter radikalisierten.⁶¹ Auch Werner Brill befasst sich mit »Rassenhygiene«, allerdings »im akademischen Unterricht«, konkreter: mit den Sonderschullehrern und den für sie konzipierten Vorlesungen an der Berliner Universität während der NS-Zeit. Er kann exemplarisch für drei Hochschullehrer zeigen, wie wichtig es ist, Lehrinhalte und Einstellungen von Dozenten nicht vorschnell über einen Kamm zu scheren: Das Spektrum der von jenen vertretenen Konzepte reichte vom Modell des »gesunden Volkskörpers« und der damit implizit angelegten Aussonderung und Vernichtung von »Asozialen« und sonstigen »Ungesunden« als der Klientel der Sonderschullehrer bis hin zu wohlfahrtspolitischen Vorstellungen über den Umgang mit Krankheit und Behinderung.

Der oben bereits angesprochene Aufsatz Helmut Maiers⁶², in dem dieser die Frage diskutiert, ob die Rüstungsforschung Stief- oder Hätschelkind der NS-Diktatur gewesen sei, bietet auch unmittelbar für die Geschichte der Humboldt-Universität wichtige Hinweise: Maier zeigt, dass diese ein wichtiges Scharnier zwischen Rüstungs- und Kriegsforschung einerseits und den Universitäten andererseits gewesen ist. Sie war nicht nur eines der Zentren für »wehrgeistige Erziehung«. Mit Erich Schumann, der »grauen Eminenz« der Rüstungsforschung und des Reichsforschungsrates, »stellte sie zudem eine der Schlüsselfiguren bei der Verschaltung der Hochschulen und Universitäten mit den militärischen Dienststellen: Ballistik, Hohlladungsphysik, Atomforschung« (S. 113). Mit dieser engen Verkoppelung von Rüstungswissenschaft und Universität setzte sich im Dritten Reich, so Maier, eine ältere Tradition fort: Schon vor 1914 habe die gegenüber Spitzenforschung aufgeschlossene spätwilhelminische Heeresverwaltung das Personal für die Militärische

61 Hinzuweisen ist an dieser Stelle auf wichtige ältere Arbeiten zum KWI-A und anderen medizinisch-psychiatrischen Forschungseinrichtungen der KWG, zuletzt: *Hans-Walter Schmuhl, Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945*, Göttingen 2005; *ders.* (Hrsg.), *Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933*, Göttingen 2004.

62 Vgl. oben, S. 546 f.

Versuchsanstalt und andere Einrichtungen unter den einschlägig ausgewiesenen Forschern nicht zuletzt der Friedrich-Wilhelms-Universität rekrutiert, ehe dann der Erste Weltkrieg einen »Quantensprung in der Organisation der Rüstungsforschung« nach sich zog (S. 100 ff.).

Weitere Aufsätze befassen sich mit dem (methodisch nur schwer zu rekonstruierenden) studentischen Alltag, den Restriktionen, denen jüdische und oppositionelle, aber auch weibliche Studenten und ebenso jüdische Dozenten vonseiten antisemitischer Studenten ausgesetzt waren, oft bereits vor 1933. Matthias Bühnen und Rebecca Schaarschmidt skizzieren in ihrem Beitrag außerdem die »oft große wirtschaftliche Not« eines hohen Prozentsatzes der Studenten und den Druck, »sich ihr Studium selbst zu finanzieren« (S. 145) – Phänomene, die heutigen studentischen Lesern bekannt vorkommen werden. So ist es denn auch kein Zufall, dass »der Begriff des ›akademischen Proletariats‹ bereits vor dem Ersten Weltkrieg entstand« (S. 146). Sven Waskönig bietet Einblick in eine Variante studentischen Alltags, die man leicht zu vergessen geneigt ist: in die Verbindungen, denen »noch 1929 mehr als die Hälfte der deutschen Studentenschaft angehörte« (S. 162). Aufschlussreich ist dieser Aufsatz, weil er jedenfalls in ersten Konturen deutlich macht, wie wichtig diese Vereinigungen für das ›Einschleifen‹ eines elitären Habitus und, in Verbindung mit den ›alten Herren‹, für die Selbstrekrutierung der traditionellen Eliten gewesen sind. Annette Vogt und Levke Harders bieten für die naturwissenschaftliche bzw. die philosophische Fakultät einen kompakten und mit biografischen Informationen gesättigten Überblick über Stellung und Karrieren der vergleichsweise kleinen Zahl an Studentinnen, Promovendinnen, Assistentinnen und Privatdozentinnen der Berliner Universität.⁶³ Sie skizzieren die biologistisch aufgeladenen Rollenerwartungen männlicher Hochschullehrer und sonstiger Funktionsträger an Frauen, die die Akzeptanz von Studentinnen wie Dozentinnen an den Universitäten bekanntlich bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts erheblich erschwerten, und machen zugleich deutlich, dass es während des Zweiten Weltkrieges für immer mehr Frauen dennoch zu einem von den Nationalsozialisten nicht gewollten bildungsbezogenen wie beruflichen Aufstieg kam. Die Beiträge zur Studentenschaft an der Berliner Universität bieten über den Einzelfall Friedrich-Wilhelms-Universität hinaus wichtige allgemeine Hinweise, auch solche, die noch nicht ins allgemeine Repertoire der Wissenschafts- und Universitätshistoriker eingegangen sind. Sie räumen vielmehr mit liebgewordenen Vorurteilen auf, die bis in die jüngste Zeit kolportiert wurden. So konstatieren Steffen Rückl und Karl-Heinz Noack, dass es problematisch ist, sich für die Entwicklung der Studentenzahlen im Dritten Reich vergleichend auf die Daten Ende der Zwanziger- oder Anfang der Dreißigerjahre zu beziehen. Denn die hohen Zahlen in den Jahren vor 1933 spiegeln zum einen einen »kriegsbedingten Nachholbedarf« und zum anderen (nicht anders als heute) das »Ausweichen eines Teiles der jungen Generation vor der Arbeitslosigkeit« (S. 117). Weit über die Reichshauptstadt hinaus wichtig ist außerdem die Feststellung von Rückl/Noack, dass »die auf Grund der Äußerungen Hitlers und von anderen NS-Politikern zu erwartende soziale Öffnung nach 1933 von der Statistik nicht bestätigt« wird; vielmehr ergab sich bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein »eine deutliche Zunahme von Studenten bürgerlicher Herkunft« (S. 131). Von solcherart empirischen Ergebnissen kann nur überrascht sein, wer das nationalsozialistische Ideologem der »Volksgemeinschaft« als soziallegalitäres Versprechen interpretiert – eine Prämisse, die durch historiografische Pamphlete wie die Götz Alys in jüngster Zeit kräftig genährt wurde⁶⁴ – und ignoriert, dass die Nationalsozialisten auch innerhalb der »Volksgemein-

63 Vgl. ausführlich die bereits erwähnte Monografie von Vogt, Vom Hintereingang zum Hauptportal?

64 Zur Kritik an Alys »Volksstaat« vgl. ausführlich: Rüdiger Hachtmann, Öffentlichkeitswirksame Knallfrösche – Anmerkungen zu Götz Alys »Volksstaat«, in: Sozial.Geschichte 3, 2005, S. 46–66, sowie die Rezensionen von dems., Winfrid Süß, Frank Bajohr, Armin Nolzen, Gustavo

schaft« der »deutschen Volksgenossen« keine Gleichheit, sondern schroffe soziale Hierarchien (auf freilich teilweise neuer Basis) vorsahen; das elitäre Selbstverständnis der SS ist hier nur ein Beispiel unter vielen.

Drei weitere Aufsätze runden den ersten Band ab. Der Beitrag von Stefan Rückl und Winfried Schultze zum »Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangeneneinsatz« birgt wenig Überraschungen. Dass diese diskriminierten Gruppen als Landarbeiter, technische Hilfskräfte, Küchenhilfen etc. eingesetzt wurden, gilt für Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen generell. Problematisch ist die Schlussentenz dieses Beitrages, die Feststellung, dass »die von den Nationalsozialisten systematisch geplante und praktizierte Zwangsarbeit« nach 1945 »nur umgedreht [...] eine seitenverkehrte Fortsetzung« im Umgang der Alliierten mit Millionen deutscher Kriegsgefangenen erfuhr (S. 225). Hier wäre doch etwas mehr Differenzierung angesagt und zumindest der Hinweis auf Ursache und Wirkung angezeigt gewesen sowie die Feststellung, dass auch universitäre Stellen mitunter sehr eigeninitiativ billige »Fremdarbeiter« verlangten und dankbar verwendeten. Rüdiger v. Bruch skizziert in einem so knappen wie dichten Beitrag die hochgradig apologetische, doppel-deutsche »Erinnerungskultur« ab 1945, die im Westen durch »von unten inszenierte und von oben geschützte Schweigekartelle« dominiert und im Osten durch »eine dogmatisch fixierte Geschichtspolitik« geprägt war (S. 232 f.). Diese zeigte sich – nicht zuletzt aufgrund eines zum Klischee und Mythos geronnenen Verständnisses der »Produktivkraft Wissenschaft« – letztendlich genauso unfähig wie ihr westdeutsches Pendant, die Rolle der Berliner Universität während der NS-Zeit differenziert zu analysieren. Allerdings kamen gerade gegen Ende der DDR schließlich doch differenziert-kritischere Positionen zur Entfaltung, wie v. Bruch unter Verweis auf den 1987 erschienenen Band »Wissenschaft in Berlin« deutlich machen kann (S. 234). Ergänzt werden die Ausführungen v. Bruchs durch den lesenswerten Beitrag der Zeitzeugin Ingrid Graubner, die ab 1980 als Mitarbeiterin des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit der Humboldt-Universität auch für Gedenkveranstaltungen zur NS-Diktatur zuständig war.

Im zweiten Band werden die einzelnen Fakultäten und ihre Geschichte – bzw. die einzelner Ordinarien – für die Zeit des Dritten Reiches umrissen. Aus der Fülle der präsentierten Befunde für die einzelnen Fächer von der Slavistik (Marie-Luise Bott), Germanistik (Wolfgang Höppner), Geschichte (Willi Oberkrome), Ur- und Frühgeschichte (Achim Leube), Philosophie (Klaus-Peter Horn), Theologie (Hartmut Ludwig), Kunstgeschichte (Sabine Arend) über die Sportwissenschaft (Elk Franke) und Anatomie (Udo Schagen) bis hin zur Musikwissenschaft (Burkard Meischein) seien hier lediglich Ergebnisse aus drei Aufsätzen vorgestellt. Sie sollen illustrieren, wie aufschlussreich auch die Lektüre dieses Bandes ist: Sabine Schleiermacher stellt in ihrem Beitrag über Hygiene als medizinische Disziplin den Ordinarius Heinz Zeiss vor. Zeiss, Schöpfer des Begriffes »Geomeditzin«, nutzte die Gesundheitspolitik als Instrument zur Legitimierung von Deportationen, Zwangsumsiedlungen und Vernichtung in den von der Wehrmacht okkupierten Gebieten Osteuropas. Er war jedoch – und dies macht seinen Fall so spannend wie brisant – weder ein fanatischer Ideologe noch ein skrupelloser Karrierist. Ihm boten NS-»Macht-ergreifung« und Zweiter Weltkrieg vielmehr die Chance, seit dem Ersten Weltkrieg konzipierte volkstumpolitische Ziele, unüberwindbare »Grenzwälle« deutschen »Volkstums« und »Brückenköpfe« zur Erweiterung »deutschen Lebensraums« zu errichten, konkret zu elaborieren und endlich Realität werden zu lassen (S. 31). Auch an diesem Fall zeigt sich die Komplexität des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik und ihren Akteuren. Es war keineswegs einseitig nur das NS-Regime, das menschenfeindlicher Wissenschaft zur Blüte verhalf. Gleichzeitig brachen auch die Wissenschaft und einige ihrer exponierten

Corni und Thomas Schlemmer in: Sehepunkte 5, 2005, Nr. 7/8, URL: <<http://www.sehepunkte.de/2005/07/8191.html>> [23.6.2008], bzw. in: Annali dell' Instituto storico italo-germanico in Trento XXXI, 2005, S. 441–517.

Vertreter der barbarischen Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten Bahn. In wieder anderer Weise symptomatisch für Muster wissenschaftlicher »Verstrickung« im Dritten Reich war die Rolle Karl Bonhoeffers, die Thomas Beddies in einem Beitrag über die Universitätspsychiatrie skizziert. Bonhoeffer war, das steht auch für Beddies außer Zweifel, »kein Mitläufer und kein Sympathisant« der NS-Bewegung – und dennoch »ein Mittäter und ein Wegbereiter«, der »in dem Bemühen, Schlimmeres zu verhüten, selbst Teil des Schlimmen« wurde. Auch er glaubte wie die übergroße Mehrheit seiner Kollegen, »alte psychiatrische Wunsch- und Idealvorstellungen vom (erb-)gesunden Menschen, einem gesunden Volkskörper und auch von der Ausgrenzung devianter Individuen und Gruppen« verwirklichen zu sollen, indem er die »durch die Nationalsozialisten geschaffenen Möglichkeiten bis hin zur Anordnung der zwangsweisen Sterilisation weidlich nutz[te]« (S. 61 f.). Er begab sich, formuliert Beddies so moderat wie präzise, »mit der Beteiligung an den Zwangssterilisationen [...] auf jenes abschüssige Gelände, auf dem es für viele seiner jüngeren Kollegen kein Halten mehr auf dem Weg in die Mittäterschaft an den Krankenmorden gab« (S. Halten 71). Werner Brill schließlich verändert in einem zweiten Beitrag den Fokus seines Aufsatzes im ersten Band und skizziert, wie der massenmörderische Umgang mit behinderten und hilflosen Menschen gesellschaftlich eingebettet wurde: Die Sonderschulpädagogik und die konkrete Hilfsschullehrerausbildung waren durchtränkt von rassenhygienischen Inhalten, die sich dort bereits während der Zwanzigerjahre »fast unmerklich ausgebreitet hatten« und ab 1933 »nur« weiter radikalisiert werden mussten, indem Behinderte »als Täter gegen die Allgemeinheit gebrandmarkt« wurden. Die Sonderschule und die dort beschäftigten Lehrer sahen sich freilich strukturell in einem Zwiespalt, weil ihnen aufgrund des pädagogischen Umgangs – und sei dieser noch so repressiv und disziplinierend gewesen – der »Vorwurf der Kontraselektion« gemacht wurde, ein Vorwurf, dem viele von ihnen sowie die universitären Sonderschulpädagogik durch ostentative Übernahme rassenhygienischer Zielsetzungen und durch Überanpassung zu begegnen versuchten (S. 229–232).

Thematisch den skizzierten Aufsätzen von Brill und Beddies benachbart ist eine relativ schmale, gleichwohl aufschlussreiche Untersuchung von Frank-Rutger Hausmann über das »Institut für Psychologie und Klinische Psychologie« an der 1941 gegründeten Reichsuniversität Straßburg und Hans Bender, den Begründer dieses Instituts.⁶⁵ Hausmann bietet eine knappe Einführung in die Geschichte der elsässischen Reichsuniversität, deren Gründer mit dem Anspruch antraten, die »Entthronung der Sorbonne« bewerkstelligen zu können (S. 26), und betont, dass manche Aspekte des Universitätskonzepts, insbesondere die interdisziplinäre »Zusammenarbeit zwischen den beiden geistes- und den beiden naturwissenschaftlich orientierten Fakultäten«, »durchaus auch innovative Züge« trugen (S. 29). Selbst in dieser nationalsozialistischen Modelluniversität mit »attraktiven Arbeitsbedingungen« und »attraktiven Gehältern« wurde das meritokratische Prinzip gewahrt und »im Einzelfall ein fachlich besonders ausgewiesener Kandidat einem SS-Bewerber vorgezogen« (S. 31, 33). Den Lebenslauf seines Protagonisten, der »schon als junger Assistent die Parapsychologie in Deutschland hoffähig machen« wollte (S. 101) und nach 1945 das bekannte Freiburger »Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene« begründete, beschönigt Hausmann nicht. Dabei geht es weniger um den SS- und NSDAP-Beitritt Benders, den Hausmann als quasi prophylaktische Maßnahme gegen die zeitweiligen (1935 und 1941) Anfeindungen von Teilen des Regimes gegen die Parapsychologie und andere Formen der »Grenzwissenschaften« möglicherweise etwas verharmlost, sondern etwa um Feststellungen wie die, dass »Bender sich unmittelbar nach Kriegs-

65 *Frank-Rutger Hausmann, Hans Bender und das »Institut für Psychologie und Klinische Psychologie« an der Reichsuniversität Straßburg 1941–1944 (Grenzüberschreitungen. Beiträge zur wissenschaftlichen Erforschung außergewöhnlicher Erfahrungen und Phänomene, Bd. 4), Ergon Verlag, Würzburg 2006, 172 S., kart., 29,00 €.*

ausbruch an das Propagandaministerium in Berlin wandte und [...] Vorschläge zur psychologischen Kriegführung gegen Frankreich unterbreitete« (S. 51 f.). Auch mindestens »gelegentliche Erteilung personenbezogener Auskünfte und fachlicher Vorschläge«, die Bender nicht zuletzt SS und SD zukommen ließ, zeugen von einer recht starken Nähe zur Diktatur. Ob das nur »eine Mischung aus Naivität, Nichtwissenwollen und Opportunismus«, also »Mitläufertum« war (S. 62), mag dahingestellt bleiben. Bender selbst sprach nach 1945 jedenfalls sicherlich nicht zufällig nur »sehr ungern über seine Straßburger Zeit« (S. 12).

Informativ sind auch die als »exemplarische Spurensuche« angelegten Ausführungen Hausmanns zur Kooperation von Bender und seinem Psychologischen Institut in Straßburg mit dem nach Kriegsbeginn gegründeten »Institut für Arbeitspsychologie« des »Amtes für Leistungssteigerung, Betriebsführung und Berufserziehung« der DAF. Die finanzstarke DAF wollte Benders Forschungseinrichtung wenigstens zu Teilen zu einer Zweigstelle des in Berlin ansässigen »Institutes für Arbeitspsychologie« machen und – für Bender besonders wichtig – über »Ansatzstellen in den Betrieben«, die (wie Ulfried Geuter dargestellt hat⁶⁶) die dort beschäftigten Arbeitskräfte beobachten und dann nach rassistischen sowie gleichzeitig individualpsychologischen Kriterien für einen adäquaten »Arbeitseinsatz« bewerten sollten, personell großzügig ausstatten. Offensichtlich (das geht aus der Hausmann'schen Darstellung nicht so ganz eindeutig hervor) begann man auch mit dem Aufbau einer Abteilung, die sich der von der DAF gewünschten Betriebspsychologie sowie der »Menschenführung und -Auslese« widmete. Die dafür eingestellte Psychologin kam von der DAF, hatte über die industrielle Frauenarbeit geforscht und befasste sich schwerpunktmäßig mit dem »Fremdarbeiterinneneinsatz«, musste später allerdings auch obskure Tätigkeiten wie die »kriegswichtigen Nachprüfungen von Wünschelrutengängern« wahrnehmen (S. 68 ff., 79).

In dem von Karin Bayer u. a. herausgegebenen Sammelband über »Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit«⁶⁷ findet sich ein Aufsatz von Joachim Lerchenmüller, der die Ausführungen Hausmanns ergänzt, nämlich mit anderer Akzentsetzung einen konzisen und informativen Überblick über die kurze Geschichte der Reichsuniversität Straßburg bietet. Auch er betont die »Entthronung der Sorbonne« als das eigentliche Ziel Ernst Anrichs, des »geistigen Architekten dieser neuen Reichsuniversität«. Vor allem aber arbeitet er heraus, dass »die philosophische Fakultät inhaltlich und personell im Vordergrund der Planungen des Sicherheitsdienstes« der SS stand, da der SD Aufbau und Entwicklung der neuen Hochschule entscheidend geprägt habe und »die Gegnerforschung des Sicherheitsdienstes primär soziologisch orientiert war«. Die philosophische Fakultät wiederum wurde »in drei sog. Großseminare gegliedert: für »Frühgeschichte und Altertumskunde«, für »Außerdeutsche Kulturen der Gegenwart« sowie in das »Historisch-germanistische Großseminar«. Von Bedeutung war weniger, dass die germanophilen Historiker sich für die griechisch-römische Antike kaum interessierten, sondern dass sie Lehre und Forschung interdisziplinär anlegten und »den traditionellen Zuschnitt einzelner Fächer bewußt [zu] überwinden« versuchten (S. 59 f.). Des Weiteren skizziert Lerchenmüller, dass die meisten Hochschullehrer der elsässischen Reichsuniversität nach 1945 ihre Karriere in der Bundesrepublik fortsetzen konnten und in den wenigen Fällen, in denen ihnen die Hochschulkarriere verschlossen blieb, auf benachbarten Feldern reüssierten. So gehörte Günther Franz bekanntlich zu den Mitbegründern der »Ranke-Gesellschaft«, die u. a. das Historisch-Politische Buch herausgibt, wäh-

66 Vgl. Ulfried Geuter, *Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus*, Frankfurt/Main 1988, hier insb. S. 251 ff., 296 ff.

67 Karin Bayer/Frank Sparing/Wolfgang Woelk (Hrsg.), *Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2004, 292 S., kart., 60,00 €.

rend der ehemalige Rektor der Straßburger SD-Universität, Ernst Anrich, die »Wissenschaftliche Buchgemeinschaft« – heute: »Wissenschaftliche Buchgesellschaft« – gründete.

Weitere Aufsätze des Bandes bieten einen Überblick über andere Hochschulen. Karen Bayer stellt die Medizinische Akademie in Düsseldorf als »typisches Fallbeispiel« vor, weil diese sich trotz vielfältiger Verwicklungen auch in die verbrecherische medizinische Praxis des NS-Regimes nach 1945 »unauffällig in die deutsche Hochschullandschaft« eingeordnet und »belastete Mediziner wieder in die eigenen Reihen aufgenommen« habe (S. 196). Uwe Hoßfeld zeichnet nach, dass sich an der Universität Jena bereits frühzeitig eine starke Tradition »rassenkundlicher« und »rassenhygienischer« Forschungen ausgebildet hatte. Sichtbar wurde dies an der bereits 1930 durchgesetzten Berufung des zu diesem Zeitpunkt noch nicht habilitierten »Rasse-Günther« an die thüringische Universität (S. 204, 217).⁶⁸ Ota Konrád skizziert die relativ rasche »Arisierung« der Lehrkörpers der Geisteswissenschaften an der Deutschen Universität in Prag ab 1938 und deren Ausrichtung auf die Bedürfnisse des NS-Regimes.

Ausführlicher hinzuweisen ist auf einen kompetenten und in seiner Kritik so scharfen wie grundsätzlich überzeugenden Beitrag von Peter Voswinckel. Er untersucht exemplarisch einige der in der »Deutschen Biographischen Enzyklopädie« (DBE) porträtierten, unter der NS-Herrschaft verfolgten, vertriebenen oder ermordeten Mediziner – und wertet dann resümierend die DBE »als kritiklose Ansammlung von biographischen Versatzstücken, als eklektischen Zusammenschritt von Informationen«, die oft unkritisch aus anderen Kompendien übernommen worden seien. Schwerer wiegt sein Vorwurf, dass oft »die Leerstellen gar nicht mehr als solche (und somit als Forschungsdesiderata) kenntlich gemacht sind« und infolgedessen »die einst von Hitler verfügte Ausschaltung womöglich erst recht besiegelt und auf unabsehbare Dauer festgeschrieben« würde (S. 252). Voswinckel, der in diesem Zusammenhang von einer »vorsätzlichen, zumindest grob fahrlässigen zweiten ›Verbannung‹« spricht, beklagt zudem die »Unkenntlichmachung der Täter« (S. 266 ff.). »Wo aber Opfer und Täter nicht einmal mehr beim Namen genannt werden, da reduziert sich das Unheil jener Jahre in den Köpfen der Heranwachsenden auf das Bild des dämonischen Volksverführers Hitler, da fungiert ›Holocaust‹, zum abstrakten Inbegriff des Bösen geworden, lediglich noch als leicht zu handhabendes Schlagwort, das niemanden mehr beunruhigt« (S. 268). Als eifrigem Nutzer der DBE, der zudem weiß, wie schwer die Recherche kurzbiografischer Basisdaten sein kann, erscheint mir dieses Verdikt über die DBE bzw. die »Biographische Enzyklopädie deutschsprachiger Mediziner«⁶⁹ zwar zu apodiktisch und zu pauschal. Eine grundsätzliche Nützlichkeit des DBE lässt sich angesichts der Tabula rasa, die vorher geherrscht hat, gewiss nicht bestreiten. Zudem ist es mit Blick auf Kurzbiografien verfolgter Wissenschaftler schwer, Täter auch tatsächlich namhaft zu machen und die konkreten »gesellschaftlichen Strukturen«, die Vertreibung und Vernichtung im Einzelfall bedingt haben, in wenigen Worten zu umreißen. Aber auffallend ist schon, dass die Enzyklopädie erhebliche Lücken aufweist – keineswegs nur für die Mediziner – und mithin die Gefahr groß ist, dass das von den Nazis gezielt initiierte Vergessen rassistisch verfolgter oder nicht willfähriger Wissenschaftler in die Zukunft fortgeschrieben wird. Berechtigt ist außerdem Voswinckels Aufruf zu mehr sprachlicher Sensibilität in den Kurzbiografien. Am ehesten gerecht wird man der DBE und anderen biografischen Enzyklopädien, wenn man sie als massenbiografisches Provisorium betrachtet, das laufend ergänzt werden muss und auf unabsehbare Zeit nicht abgeschlossen sein wird.⁷⁰

68 Vgl. auch unten, S. 579.

69 Hrsg. von Dietrich v. Engelhardt, 2 Bde., München 2001.

70 Hinzuweisen ist an dieser Stelle auf ein jüngst erschienenes biografisches Handbuch, das die von Voswinckel monierten Defizite bewusst zu umgehen versucht hat, zugleich freilich auch exemplarisch illustriert, wie schwer die biografische Recherche auch ausgesprochen prominente

Unter den weiteren überwiegend biografisch orientierten Aufsätzen des von Bayer u. a. herausgegebenen Sammelbandes sei hier lediglich auf einen Aufsatz von Carsten Klingemann über »Flüchtlingssoziologen als Politikberater in Westdeutschland« näher eingegangen. Klingemann kritisiert scharf die Feststellung Uta Gerhardts, es habe »in der Bundesrepublik zwar eine Flut soziologischer Literatur, aber verhältnismäßig wenige Arbeiten über Vertriebene und Flüchtlinge gegeben«, und moniert in diesem Zusammenhang ihren »ahistorischen-normativen Soziologiebegriff«. Faktisch zielt diese Kritik in eine ähnliche Richtung wie die, die (wie gezeigt) Mitchell Ash in einem anderen Kontext implizit an dem Wissenschaftsbegriff Gerhardts geübt hat.⁷¹ Auch Klingemanns Ausführungen gehen dahin, dass es wissenschaftshistorisch absurd ist, das, was historisch als »wissenschaftlich ausgewiesene Soziologie« zu gelten hat, »ex post zu kodifizieren« (S. 81 f.).

Die von Wolfgang U. Eckart, Volker Sellin und Elke Wolgast herausgegebene Geschichte der »Universität Heidelberg im Nationalsozialismus« besitzt einen fast enzyklopädischen Charakter.⁷² Das zeigt bereits der Aufbau des fast 1.300 Seiten starken Bandes: Einleitenden, datenreichen Beiträgen zur Universitätsleitung, zu den Studenten, zur Universitätsbibliothek, zu den akademischen Feiern sowie zu den internationalen Beziehungen folgen ausführliche Darstellungen sämtlicher Fakultäten und Fächer der – wie mehrfach stolz angemerkt – ältesten Universität Deutschlands während der NS-Zeit. Vorgestellt werden Entlassungen, sonstige Veränderungen und ebenso Kontinuitäten in der Zusammensetzung des jeweiligen Lehrkörpers, meist auch das fachliche Profil wie die politischen Positionierungen vor allem der Ordinarien für das Dritte Reich, die letzten Jahre vor 1933 und die unmittelbare Nachkriegszeit. Mitunter recht ausführlich wird außerdem für die einzelnen Fakultäten auf Habilitationen, auf Promotionen sowie, meist nur am Rande, auf die Studentenschaft eingegangen. Skizziert werden die Schwerpunkte der Lehre und die Forschungsfelder insbesondere der exponierten Hochschullehrer. Aufschlussreich sind auch die Skizzen zu deren politischer Haltung, z. B. die Kennzeichnung des deutschnationalen Historikers und ersten NS-Rektors Willy Andreas als »Prototypen des Opportunisten«, der im Mai 1933 neben Hitler auch »unseren Führer Hindenburg« feierte. Tatsächlich war dessen Anbiederung an das NS-Regime keineswegs nur bloßer Opportunismus, sondern auch Konsequenz eines »emotional bewegten Patriotismus«, wie es ein wenig apogetisch zwei Seiten später heißt (S. 503 ff.). Nicht nur für Andreas, sondern für viele Geisteswissenschaftler im Reich galt der Nationalsozialismus als »zeitgemäße Weiterentwicklung des Preußentums« (S. 510). Mit anderen Akzentsetzungen begrüßten zahlreiche Angehörige des Lehrkörpers der medizinischen Fächer den Machtantritt der Nationalsozialisten. »Eine Bilanz über das Schicksal der Medizinischen Fakultät Heidelbergs in der Zeit des Nationalsozialismus lässt wenig Raum für positive Anmerkungen«, so Wolfgang U. Eckart unmissverständlich. Die Heidelberger Universitätsmediziner gewannen »mächtigen politischen Einfluß« und machten die Fakultät schon »bald nach der »Machtübernahme« [zu] einem ideologischem Zentrum im nationalsozialistischen Sinne«, weil sie sich »als Garanten einer rassistisch-biologistischen Staatstheorie« verstanden (S. 649).

Zwar kann der Band mit empirisch teilweise spannenden Beiträgen aufwarten, so z. B. mit einem Aufsatz von Wolfgang U. Eckart und Christoph Gradmann über das Hygiene-

ter Wissenschaftler sein kann: *Reinhard Rürup*, unter Mitwirkung von Michael Schüring, Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher, Göttingen 2008. Wissenschaftshistorisch nützlich sind außerdem vor allem die oben (Fußnote 47) erwähnten biografischen Lexika von *Michael Grüttner* und *Ernst Klee*.

71 Vgl. oben, S. 550.

72 *Wolfgang U. Eckart/Volker Sellin/Elke Wolgast* (Hrsg.), *Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus*, Springer Medizin Verlag, Heidelberg 2006, 1278 S., geb. 49,95 €.

Institut, in dem Karriere und Wirken des Kolonial- und Geomediziners Ernst Robert Carl Rodenwaldt ausführlich dargestellt wird (S. 701–716). Die allgemeinen Ergebnisse des Bandes über die Universität Heidelberg bergen indes alles in allem wenige Überraschungen. Dass sich die Universitätsleitung und ebenso die Hochschullehrerschaft der Entlassungswelle ab 1933 nicht entgegenstellte oder dass die internationalen wissenschaftlichen Beziehungen nach der Machtergreifung keineswegs verkümmerten, allerdings in den Dienst der Imagepolitik des Regimes gestellt und in Einzelfällen lediglich durch knappe Devisen beschränkt wurden (S. 148 f., 159 f.), galt anderswo genauso. Wie an allen Hochschulen wurden auch an der Heidelberger Universität sukzessive alle »nicht-arischen«, überwiegend an der medizinischen Fakultät immatrikulierten Studenten sukzessive entfernt. 1933 waren in den Listen knapp 200, 1937 nur noch fünf jüdische Studenten verzeichnet. Aufschlussreich ist, dass daneben auch politisch nonkonforme, nicht-jüdische Studenten erheblich drangsaliert wurden (S. 62 f.). Allein 1933 wurden 50 oppositionelle Studenten relegiert. Tatsächlich, so lässt sich den insgesamt knappen Sätzen hierzu entnehmen, gab es an der Heidelberger Universität bis zur Machtergreifung eine ziemlich starke linke Minorität: 1930 hatten es die Sozialistische Hochschulgruppe und angeschlossene Listen auf zehn, die »Revolutionären Sozialisten« auf immerhin einen Sitz von insgesamt 46 Sitzen gebracht, bei 17 Sitzen für den »Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund« (NSDStB). Bis Januar 1933 hatte sich die Zahl der linken Sitze auf sechs zwar fast halbiert; trotz eines »nationalen Unbefriedigtseins« (so die geschraubte und etwas apologetische Formulierung Elke Wolgasts) und des prominenten Heidelberger NSDStB-Hochschulgruppenführers Gustav Adolf Scheel, der später zum Reichsstudentenführer aufsteigen sollte, gewannen die Nationalsozialisten jedoch nur einen Sitz hinzu – und waren für Mehrheiten weiterhin auf die Katholische Studentenschaft und den Nationalen Block angewiesen (S. 59).⁷³

Außerdem erfährt man einiges über widerständiges Verhalten von Hochschullehrern, z. B. dass Alfred Weber den Hausmeister des von ihm geleiteten Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften anwies, Anfang März 1933 die Hakenkreuzfahne vom Institutsgebäude wieder abzuhängen (S. 17, 560). Zu Recht betont Kilian Schultes, dass dieses mutige Handeln Webers, der wenig später allerdings sowieso das 65. Lebensjahr erreichte und emeritiert wurde, »ein seltenes Beispiel von Zivilcourage« selbst zu diesem Zeitpunkt war, als Hindenburg noch länger als ein Jahr zu leben hatte und Papen wie Hugenberg noch als stellvertretender Reichskanzler bzw. Minister amtierten (S. 560). So nimmt es denn nicht wunder, dass der Umgang mit »nicht-arischen« oder politisch links stehenden Hochschullehrern in Heidelberg ähnlich beschämend wie anderswo war. Selbst gegen den ob seiner jüdischen Herkunft von Entlassung bedrohten berühmten Physiologen und Nobelpreisträger Otto Meyerhof trat die Universitätsleitung nach. So erklärte Rektor Groh Ende 1935, Meyerhof sei »in den letzten Monaten zunehmend politisch geworden« und überhaupt »höchst gefährlich« (S. 37, vgl. auch S. 676 f.); Meyerhof hatte Glück und konnte 1938 via Schweiz und Frankreich schließlich in die USA emigrieren.

Angemessen wäre es in diesem Zusammenhang gewesen, den latenten Antisemitismus der meisten Hochschullehrer stärker herauszuarbeiten. Manche Autoren suggerieren zudem, dass die Heidelberger Universität bis 1933 »unpolitisch« gewesen sei, etwa wenn von einer »Politisierung der Festkultur im nationalen Sinne [durch die] Universitätsleitung nach der nationalsozialistischen Machtergreifung« gesprochen wird. Absurd muten solche Feststellungen an, wenn auf der Seite zuvor festgestellt wird, dass »seit 1923 in Heidelberg regelmäßig als dies academicus am 18. Januar, dem Jahrestag der Kaiserproklamation in Versailles 1871, eine Reichsgründungsfeier« abgehalten und seitens der Universi-

73 Mit diesem »Zwang zur Koalition«, dem die nationalsozialistischen Studentenvertreter nachgeben mussten, wollten sie Mehrheiten erreichen, lag Heidelberg freilich grob im Trend der deutschen Universitäten: Vgl. *Grüttner*, Studenten, S. 496.

tät außerdem offenbar des Öfteren »nationale Kundgebungen, zum Beispiel am 1. Juli 1930 auf dem Schlosshof eine Feier zur Beendigung der französischen Besatzung im Rheinland«, durchgeführt wurden (S. 123). Passagen wie diese lassen auf einen sehr engen Politik-Begriff schließen.

Andere Abschnitte, in denen Anpassungsbereitschaft und Affirmation zum NS thematisiert wird, sind mit dem Gestus formuliert, als wären Universität und Hochschullehrer »eigentlich« zum Widerstand prädestiniert. In manchen Formulierungen schwingt die Enttäuschung über eine ziemlich reibungslose Einpassung in das NS-System mit. Tatsächlich ist ja schon seit längerem bekannt, dass die Hochschullehrer und hier vor allem die Geisteswissenschaftler als »die berufenen Wächter des deutschen Geistes sich der Stimmung des nationalen Aufbruchs« oft genug ausgesprochen enthusiastisch hingaben, wie Gotthard Jasper 1986 formuliert hat, die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung und aller demokratischen Institutionen als »positiv befreiende« Wende begrüßten und sich durch die vermeintlichen außenpolitische Erfolge Hitlers in ihrem, auf die Bismarck'sche Tradition des »Blut und Eisens« rekurrierenden, nationalistischen Wahn bestätigt sahen.⁷⁴ So ist es eigentlich naheliegend, statt einer moralisierend retrospektiven Enttäuschung Ausdruck zu verleihen, einfach mal die Perspektive zu wechseln, nämlich hochgradige Affinitäten der Hochschullehrer zum »nationalen Aufbruch« zu unterstellen, den das Hitler-Kabinett versprach – und nach den konkreten Gründen für ein offenbar seltenes Abweichen von dieser »Normalität« zu fragen. Ein solcher Perspektivenwechsel hätte gerade für Heidelberg auch deswegen auf der Hand gelegen, weil Christian Jansen vor nunmehr eineinhalb Jahrzehnten in seiner allerdings nur bis 1935 reichenden Studie über »Professoren und Politik« die Heidelberger Universität in Zentrum gerückt hat und hier einiges über professorale Mentalitäten, nicht zuletzt die Affinitäten der Heidelberger Hochschullehrer zu deutsch-völkischen Strömungen sowie – vor dem Hintergrund ihrer »Sucht nach innerer Einheit des deutschen Volkes« – schließlich zum nationalsozialistischen »Extremismus der Mitte«, zu erfahren ist.⁷⁵

Das Schwergewicht liegt in den meisten Beiträgen auf den Anfangsjahren der Hitler-Diktatur. Dem enzyklopädischen Anspruch entsprechend wird allerdings meist auch die Zeit des Zweiten Weltkrieges mindestens angesprochen. Manche der für die späten Phasen des Dritten Reiches geschilderten Begebenheiten muten kurios an, etwa der Tatbestand, dass die vom NS-Regime ab 1933 inflationär eingeführte Institution der Sonderkommissare und Generalbevollmächtigten abfärbte und die Universitätsleitung Anfang 1940 den Dekan der staats- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Walter Thoms, als »Kohlenkommissar für die Universität« einsetzte, der vom Rektor auch noch ausdrücklich »diktatorische Vollmachten« erhielt (S. 25 f.).

Wer Details über prominente Hochschullehrer, aber auch über unbekanntere Dozenten der Heidelberger Universität erfahren will, kommt auf seine Kosten, zumal der Band über ein umfangreiches Personenregister gut erschlossen ist. Wenn der Leser nach der Lektüre des umfangreichen Bandes dennoch etwas ratlos zurückbleibt, dann liegt dies zum einen an der stark personalisierenden Ausrichtung so ziemlich aller Beiträge. Vor allem aber fehlt eine vergleichende Zusammenfassung. Gewiss ist die Frage, ob die Bereitschaft zur Selbstmobilisierung an der Heidelberger Universität stärker ausgeprägt war als an anderen Hochschulen, ob sie stärker durch Landes- und Reichsbehörden reglementiert wurde oder als traditionsreiche Universität mehr Freiräume besaß, schwer zu beantworten. Indes

74 Vgl. den immer noch sehr lesenswerten und in seinen Grundaussagen durch die neueren empirischen Studien bestätigten Überblick von *Gotthard Jasper*, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*, Frankfurt/Main 1986, S. 218–221.

75 *Christian Jansen*, *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935*, Göttingen 1992, insb. Kapitel VI (S. 229–297) mit der schönen Überschrift: »Auf dem Mittelweg nach rechts«, S. 305, 307.

wären in dieser Hinsicht, anknüpfend an die Studie von Christian Jansen, wenigstens einige abschließende Bemerkungen und Thesen angebracht gewesen.

Ähnlich voluminös, aber ganz anders aufgebaut ist der von Uwe Hoßfeld, Jürgen John, Oliver Lemuth und Rüdiger Stutz herausgegebene Sammelband zur Geschichte der Universität Jena.⁷⁶ Originell ist bereits der einleitende Beitrag, ein Interview, das der Pressesprecher und Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit mit den vier Herausgebern geführt hat. In diesem Interview merken die Herausgeber unverblümt an, dass es neben Unterstützung für ihr Unternehmen innerhalb der Universität auch erhebliche Widerstände gegeben hat, insbesondere seitens der theologischen Fakultät und des Instituts für Philosophie. Darüber hinaus machen sie deutlich, dass in dem Band – anknüpfend an die hier in den eingangs vorgestellten Aufsatzbänden eingeleiteten Paradigmenwechsel⁷⁷ – der traditionell »dualistische Blick auf das Verhältnis von Politik und Wissenschaft« zugunsten einer differenzierten und integrativen Sicht auf das Geflecht von Universität und lokalem, regionalem und nationalem NS-Apparat bewusst aufgegeben wurde (S. 12). Sie präsentieren die Geschichte der »Salana«, so die traditionelle Bezeichnung der Jenaer Universität, denn auch nicht »als Leidensgeschichte, der die einzelnen Universitätsangehörigen in unterschiedlichem Grade erlagen oder sich ihr zu entziehen vermochten« (S. 25), sondern als Teil des NS-Systems. Entsprechend ihrem Diktum, dass von einer pauschalen Wissenschaftsfeindlichkeit der Diktatur nicht gesprochen werden kann, betonen sie die starken Verschiebungen zwischen den Disziplinen. Während die natur- und technikwissenschaftlichen Fächer einschließlich der rassepolitisch-»lebensgesetzlichen« Disziplinen erheblich an Gewicht gewannen, verloren klassische Universitätsfächer wie die Altphilologie oder die Theologie an Bedeutung. Ihre resümierende Feststellung, dass auch nach 1933 im Allgemeinen »die wissenschaftlichen Qualifikation gewahrt blieb« und nur ausnahmsweise Parteiberufungen vorgenommen wurden, galt in ähnlicher Weise auch für die meisten anderen Universitäten, ebenso ihre Beobachtung, dass die universitären »Standessprecher auch vor Konflikten mit Parteifunktionären nicht zurückscheuten« und nach der Verkündung des Vierjahresplans und der dadurch eingeleiteten Mobilisierung kriegswissenschaftlicher Kompetenzen dabei oft auch Erfolg hatten. Zum in vielen Bänden zur NS-Universitätsgeschichte strapazierten Thema Widerstand konstatieren die Herausgeber so apodiktisch wie einleuchtend, dass ganz allgemein »die deutsche Ordinarienuniversität einfach kein Ort des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus sein konnte« und es verfehlt wäre, kriegsbedingte Enttäuschungen, persönliche Konflikte und den »Rückzug auf Fachprobleme« als Widerstand misszuverstehen. Während der Weimarer Republik hatten sich die Universitäten allgemein als »geistig und strukturell demokratieunfähig erwiesen«. Dass »die meisten Hochschullehrer und Studierenden« vom »Ludergeruch der Revolution 1918/19« angewidert waren und sich aus einem selbstverständlichen Nationalismus heraus »während der beiden Weltkriege rückhaltlos ›ihrem‹ Vaterland zur Verfügung stellten«, wie die Herausgeber wiederholt betonen, ist insofern alles andere als eine Überraschung (Zitate: S. 16, 27, 39).

Eine Jenaer Besonderheit scheint dagegen die bereits »frühzeitige Vernetzung zwischen der NS-Gauleitung und dem Wissenschaftssystem in Thüringen« gewesen zu sein (S. 15 f.). Die enge Verflechtung mit dem »Trutzgau« Thüringen unter ihrem starken NSDAP-Gauleiter Fritz Sauckel ist denn auch einer der zentralen Aspekte der anschließenden, sehr konzisen und fast hundertseitigen Einführung in die Geschichte der (wie sie seit November 1934 hieß:) Friedrich-Schiller-Universität⁷⁸, die 1930 mit gut 3.000 Studenten

76 Uwe Hoßfeld/Jürgen John/Oliver Lemuth u. a. (Hrsg.), »Kämpferische Wissenschaft«. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2003, 1158 S., geb., 154,00 €.

77 Vgl. S. 540 ff.

78 Diese Einleitung sowie die unten vorgestellten Aufsätze von Susanne und Thomas Zimmermann, Susannah Heschel und Jürgen Opitz sind in einer Sonderausgabe für die Landeszentrale

und knapp 200 Dozenten sowie sonstigem Personal zu den kleinen Hochschulen des Reiches zählte. Die von dem kurzzeitigen sozialdemokratischen Volksbildungsminister und von der Rechten sowie der Jenaer Professorenmehrheit »lauthals geschmähten« Max Greil 1922/23 eingeleitete Reformperiode, die u. a. dem undogmatischen Marxisten Karl Korsch vorübergehend zu einer Professur in Jena verhalf, blieb letztlich eine Episode. Weit nachhaltiger wirkte die Übernahme des Innen- und Volksbildungsministeriums durch den NS-Politiker Wilhelm Frick Anfang 1930, der 1933 zum Reichsinnenminister aufsteigen sollte. 1932, nachdem die NSDAP stärkste Partei geworden war, übernahm der seit 1927 als Gauleiter amtierende Sauckel neben dem Amt des leitenden Staatsministers auch das des thüringischen Innenministers. Markant zeigt sich dies an der – in dem Beitrag vor allem von Uwe Hoßfeld über »Rassenkunde« und »Rassenhygiene« ausführlicher thematisierten – 1930 unter der Ägide von Frick durchgesetzten Einrichtung eines »Lehrstuhles für Rassefragen und Rassenkunde« und der Berufung des berüchtigten »Rasse-Günther« nach Jena.

›Jena-Stadt‹ musste büßen, was ›Thüringen-Land‹ eingebrockt hatte. Entgegen dem Landestrend stimmten im »modernen Jena« mit seiner »spezifischen Arbeiterkultur« und einer in die Volkshochschulbewegung integrierten Erwachsenenbildung »nie mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten« für die Hitlerpartei. Wenn die NSDAP auch in der Professorenschaft der Salana kaum Resonanz fand und viele der Jenaer Hochschullehrer vom »Sauerdenton« der SA abgestoßen waren, dann zeugt dies freilich nicht von einer grundsätzlichen Gegnerschaft. Hindenburg war ihr »vaterländisches Idol«; deutschnationale und »stahlhelmbündische« Positionen stießen auf breite Resonanz. Vor diesem Hintergrund, vor allem aber angesichts des »Säuberungs-Vorlaufs« ab 1930 nimmt es denn nicht wunder, dass die Zahl der ab 1933 vertriebenen Hochschullehrer vergleichsweise niedrig blieb und die Entlassungsquote mit 8,5 Prozent deutlich geringer war als im Reichsdurchschnitt.

In ihrer Überblicksdarstellung beschränken sich die Herausgeber nicht auf eine Skizze des universitären Innenlebens. Sie nehmen außerdem die politischen Verflechtungen in den Blick. Nicht zuletzt die für Wissenschaftspolitik zuständigen Instanzen der thüringischen Sauckel-Behörde, so betonten sie an verschiedenen Stellen, entwickelten ein ausgeprägt eigenständiges Profil und traten gegenüber dem Rust-Ministerium mit großem Selbstbewusstsein auf. Vom Reichserziehungsministerium geplante Verlagerungen von Forschungs- und Ausbildungskapazitäten wussten sie ebenso zu verhindern wie die Pläne dieses Ministeriums vom Herbst 1944, den Lehrbetrieb wegen des »totalen Kriegseinsatzes« einzuschränken. In der Sache zogen Universität, Zentral- und Mittelinstanzen freilich meist an einem Strang; auch Sauckel zeige, so betonte der Rassehygieniker und Rektor Karl Astel gegenüber Werner Osenberg, »in letzter Zeit immer mehr Verständnis für die Belange der Forschung«. Nicht erst im Weltkrieg hatte Astel bei Sauckel »Verständnis« gefunden. Die Rektoren Esau und Astel hätten die natur- und technikwissenschaftlichen Disziplinen, die Biowissenschaften, die Medizin, aber auch die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Jenas nicht so systematisch ausbauen können, wenn sie nicht spätestens ab 1936 »deutlichen Rückhalt« beim thüringischen NSDAP-Gauleiter gefunden hätten (S. 65 f.). Der Befund von Hoßfeld u. a., dass die Mittelinstanzen nicht Exekutivorgane eines zentralistischen Führerstaates waren, sondern von Anbeginn ein beträchtliches Eigengewicht besaßen, das vor allem während des Zweiten Weltkrieges noch zunahm, weist weit über die Fallstudie Jena hinaus. Generell dürften die NSDAP-Gaue als Mittelinstanzen des NS-Regimes beträchtlichen Einfluss auf das Schicksal ›ihrer‹ Univer-

für politische Bildung Thüringen auch als separates Taschenbuch erschienen: *Uwe Hoßfeld/Jürgen John/Oliver Lemuth* u. a., »Im Dienst an Volk und Vaterland«. Die Jenaer Universität in der NS-Zeit, Böhlau, Köln 2005, 1160 S., brosch., 19,90 €.

sitäten genommen haben – ein Aspekt, der in künftigen Universitätsgeschichten stärkere Berücksichtigung finden sollte, als dies bisher meist geschehen ist.

Das große politische Gewicht der Mittelinstanzen der Diktatur zu betonen, heißt freilich nicht, dass die Universitäten ein bloßes Objekt nationalsozialistischer Politik gewesen seien, gleichgültig ob ›von ganz oben‹ oder aus der jeweiligen Gauhauptstadt. Die Repräsentanten so ziemlich aller Disziplinen drängten ihrerseits aktiv »auf die Einbindung in Großnetzwerke aus Wissenschaft und Politik«. Dahinter stand zuvörderst das Ziel, zusätzlich zu den relativ schmalen Universitätsetats »Fremdressourcen zu mobilisieren«. Aber auch die politischen Affinitäten zum Regime, die Begeisterung für die vermeintlichen »außenpolitischen Erfolge« des »Führers« begünstigten eine oft genug enthusiastische Selbstmobilisierung. Hoßfeld u. a. sprechen treffend von einer »professionell-sportiven Vergleichskampfmotivität«, die der von den Nazis inaugurierte »Wettkampf der Weltmächte« gerade auf wissenschaftlichem Gebiet hervorgerufen habe (S. 85).

Unter den Jenaer Hochschullehrern waren einige als Wissenschaftsmanager politisch besonders exponiert. Bereits in der Einleitung wird dem langjährigen, von 1932 bis 1935 und erneut von 1937 bis 1939 als Rektor der Salana amtierenden Abraham Esau eine zentrale Stellung eingeräumt. Zu Recht, denn Esau – der Ende 1933 außerdem zum »Führer« der Deutschen Rektorenkonferenz ernannt wurde – verfügte »über beste Beziehungen zu Industriemanagern, Berliner Ministerialbürokraten und technisch versierten Militärs« und war deshalb für die Rolle »als Integrationsfigur in den ›Gleichschaltungs- und Konsolidierungskonflikten nach dem 30. Januar 1933« geradezu prädestiniert (S. 53). Dass er manchen misstrauischen NS-Ideologen als »unpolitisch« galt, änderte an seiner exponierten Stellung und lange Zeit steilen Karriere nichts. Die Jenaer Zeit dieses »Topmanagers des Rüstungs- und Kriegseinsatzes der Technik- und Kriegswissenschaften« wurde zum Karrieresprungbrett (S. 53 f., 64). Mit Gründung des Reichsforschungsrates 1937 zum einflussreichen Leiter der Fachsparte Physik ernannt, wurde Esau im Frühjahr 1939 an die Berliner Universität berufen; gleichzeitig avancierte er zum »unspektakulär, aber effizient« arbeitenden Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (S. 159). Den Zenit seines Einflusses erreichte Esau, als er Ende 1942 von Göring zum »Bevollmächtigten des Reichsmarschalls für die Kernphysik« ernannt wurde.

In einem der anschließenden Beiträge gelingt Dieter Hoffmann und Rüdiger Stutz der überzeugende Nachweis, dass Esau ab 1939 schließlich zu einer »ähnlichen Zentralfigur der nationalsozialistischen Forschungslenkung [wurde], wie dies für Stark in den Anfangsjahren des ›Dritten Reiches‹ der Fall gewesen war«. Gleichzeitig verkörperte er den Gegenpol zum ideologisierenden Johannes Stark, weil er nach den turbulenten Anfangsjahren den Typus des pragmatisch-technokratischen Wissenschaftsmanagers personifizierte, der innerhalb der »nationalsozialistischen Forschungs- und Technologiepolitik [spätestens] gegen Ende der 1930er Jahre endgültig« tonangebend wurde und die »Prinzipienreiterei der Weltanschauungseliten und ihrer Vorkämpfer in Gestalt der sogenannten ›Deutschen Physik« ad acta legte (S. 158). Obwohl Esau 1943/44 als »Bevollmächtigter für die Kernphysik« und ebenso als Fachspartenleiter des RFR für Physik abtreten musste, wurde er nach 1945 zunächst als »eines der wenigen schwarzen Schafe hingestellt«. Gleichwohl gelang Esau wie so vielen anderen hochgradig belasteten Forschern eine Nachkriegskarriere, als Honorarprofessor an der RWTH Aachen und als Gründer des Instituts für Hochfrequenztechnik der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in München, das er bis zu seinem Tod leitete. Die so anschauliche wie materialreiche Studie von Hoffmann und Stutz verschafft dieser facettenreichen Persönlichkeit auch sonst markante Konturen. Esau war, so formulieren Hoffmann und Stutz pointiert, ein »Grenzgänger der Wissenschaft«, der den »Brückenschlag« von der Lehre und Grundlagenforschung »zur angewandten Industrieforschung und Militärtechnik zu verstetigen« versuchte (S. 137). Er repräsentierte mithin einen sehr modernen Forschertyp, der wissenschaftliche Exzel-

lenz und Managerfähigkeiten miteinander verband, wie er sich nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert auszubilden und dann während des Dritten Reiches die universitäre wie vor allem außeruniversitäre Forschung zu dominieren begann.⁷⁹

Weitere Beiträge des Bandes widmen sich den 1945 geschlossenen, in ihrer Ausrichtung regimenahen und deshalb dem Verdacht der Pseudo-Wissenschaftlichkeit ausgesetzten, nach 1933 gegründeten Instituten sowie der Jenaer NS-Dozentenschaft. In einer quantifizierenden Studie von Tilde Bayer werden soziale Herkunft und Karrieremuster des Lehrkörpers der Salana vorgestellt, die vorgelegten Daten leider jedoch nur oberflächlich interpretiert. So zeigt die Tabelle 1 (S. 126), dass die soziale Selektion bei der Rekrutierung wissenschaftlichen Nachwuchses bis 1945 stark blieb und sich während der NS-Zeit aller Rhetorik von einer völkisch-egalitären »Volksgemeinschaft« zum Trotz gegenüber der Weimarer Republik nur wenig veränderte: Zwischen 1933 und 1945 kamen 5,0 Prozent aller Privatdozenten aus der »oberen Unterschicht«, 1910 bis 1933 hatte dieser Anteil bei 3,9 Prozent gelegen; erst in der SBZ/DDR änderte sich dies grundlegend (25,8 Prozent). Dasselbe gilt stärker noch für die soziale Herkunft der ordentlichen Professoren. Auch sozialstrukturell, dies hätte stärker betont werden müssen, blieb nach 1933 die klassische Ordinarienuniversität erhalten, sicherlich nicht nur in Jena.

Der aus einer Staatsexamensarbeit hervorgegangene Beitrag von Mike Bruhn über die Jenaer Studentenschaft in den ersten sechs Jahren der Diktatur bestätigt das Bild, das auch für andere Universitäten gezeichnet worden ist: Die stürmische Machtergreifungs-Phase klang rasch ab; die übergroße Mehrheit blieb politisch letztlich desinteressiert oder gar apathisch und war »auf den künftigen Broterwerb« orientiert (S. 257). Groß scheint auch die Kriegsbegeisterung nicht gewesen zu sein. Der Kreisleiter des NSDStB beklagte – so ist einem weiteren Aufsatz, von Heike Böttner, über die Studentenschaft der Universität Jena bis 1945 zu entnehmen – zu Beginn des kurz nach Kriegsausbruch einsetzenden Trimesters »Alkoholexzesse größten Ausmaßes« und »Verunzierungen« der Treppen und Toiletten. Offen wagte man »Unmut, Unwille und Abneigung gegenüber dem Regime«, wie Böttner wohl unfreiwillig ironisch feststellt, »erst nach dem Krieg zu bekunden« (S. 264, 266), von wenigen ausführlich gewürdigten Ausnahmen abgesehen (S. 284 ff.). Auch für Jenas Studenten gilt die Feststellung Michael Grüttners, dass die »offizielle Zwangspolitisierung von oben einen Prozeß der Entpolitisierung von unten begünstigte«.⁸⁰

Einem Aufsatz von Katrin Stiefel über die »Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen«, der zeigt, dass sich auch die politisch aktiven Studentinnen den männlich geprägten, biologistisch aufgeladenen Ideologemen des NS-Regimes fügen mussten, folgen Beiträge von Willy Schilling über die 1921 gegründete »Gesellschaft der Freunde der Thüringischen Landesuniversität Jena«, die auch nach 1933 eine enge Vernetzung zwischen der Universität und der thüringischen Industrie über Carl Zeiss und Schott hinaus sicherstellte, sowie von Ronald Hirte und Harry Stein über die Beziehungen der Jenaer Universität zum KZ Buchenwald. Den Ausführungen der Letzteren ist zu entnehmen, dass diese Beziehungen vielfältig waren. Vergleichsweise harmlos waren die Dienstleistungen verschiedener Institute der Jenaer Universität für die SS und das KZ: Das Hygieneinstitut z. B. analysierte regelmäßig Proben der Abwässer des KZ zur Typhus- und Choleraphylaxe; in einer Reihe von Fällen wurden kranke Häftlinge zur stationären Behandlung in die Jenaer Universitätsklinik eingewiesen. Fataler war, dass sich die Psychiatrische Klinik der Salana für die einjährige Geiselhaft des vermögenden tschechischen Industriellen Heinrich Waldes, von dem die SS einen riesigen Geldbetrag zu erpressen hoff-

79 Prominente Beispiele sind etwa die KWI-Direktoren Ludwig Prandtl, Adolf Butenandt, Richard Kuhn, Peter Adolf Thiessen, Wilhelm Eitel u. a. sowie (bis 1933:) Fritz Haber, denen neben herausragender wissenschaftlicher Reputation auch Managerqualitäten zu Macht und Einfluss verhalfen. Im Einzelnen *Hachtmann*, *Wissenschaftsmanagement*.

80 *Grüttner*, *Studenten*, S. 480.

te (S. 372), zur Verfügung stellte. Dass Ärzte der Universität an Versuchen im KZ Buchenwald beteiligt waren und Leichname ermordeter Häftlinge in die Anatomie der Jenaer Universität gebracht wurden, um aus ihnen Präparate für die anatomische Sammlung zu gewinnen, scheint außer Frage zu stehen; die genauen Dimensionen der Beteiligung an diesen Verbrechen sind jedoch noch nicht geklärt (S. 375 ff.; vgl. auch S. 417 ff.).

In einer kulturhistorischen, auch konzeptionell interessanten und über die Universitätsgeschichte im engeren Sinne hinausgreifenden Studie über die Salana im politisch-intellektuellen Netzwerk der »Doppelstadt« Jena-Weimar weist Justus H. Ulbricht auf die Faszination hin, die Mussolini und das faschistische Italien seit Mitte der Zwanzigerjahre auf das intellektuelle Milieu beider Städte ausübte (S. 324–327, 333). Er bestätigt damit erste Untersuchungen dieses von der historischen Forschung bisher unterschätzten, für die Vorgeschichte des Dritten Reiches jedoch eminent wichtigen Phänomens.⁸¹ Nicht nur das Faszinosum des italienischen Faschismus auf bürgerliche Intellektuelle in Deutschland macht den Aufsatz Ulbrichts wichtig. Auch für seine resümierende Vermutung, dass »sich der Schulterschuß zwischen dem »Extremismus der Mitte« und dem Rechtsextremismus radikaler »Revolutionäre von rechts« innerhalb honoriger bürgerlicher Vereinigungen vollzogen hat« (S. 347), spricht in der Tat Vieles.⁸² Diese informellen Knotenpunkte der elitären Netzwerke – in einem Herrschaftssystem, in dem die klassischen politischen Strukturen außer Funktion gesetzt wurden – sind als Informationsbörsen und Kommunikationszentren in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen; sie wären von der NS-Forschung freilich überhaupt erst wirklich zu entdecken.

Der zweite Teil des Bandes zur Geschichte der Universität Jena ist einzelnen Fakultäten und herausragenden Hochschullehrern gewidmet. Für die Jenaer Medizin zeigen Susanne und Thomas Zimmermann, dass sich bis 1933 kein Hochschullehrer offen für die NSDAP exponierte und eine Reihe von Jenaer Medizinstudenten sich zwar in der Endphase der Weimarer Republik für die Hitler-Partei engagiert hatte, es indes im Frühjahr 1933 zu keinen Ausschreitungen gegen die in der Fakultät lehrenden jüdischen Lehrkräfte kam. Das ändert freilich nichts daran, dass Ende der Dreißigerjahre der Prozentsatz der Lehrenden an der medizinischen Fakultät, die der braunen Staatspartei beigetreten waren, mit ungefähr 40 Prozent ziemlich exakt dem Anteil der NSDAP-Mitgliedschaft in der deutsche Ärzteschaft im Reichsdurchschnitt entsprach – ein Indiz für die starken personellen Veränderungen an der Fakultät, da es vor allem die jüngeren Karrieristen waren, die dem Regime auf diese Weise ihre unbedingte Loyalität bekundeten (S. 422 f.). Auch sonst waren die Medizin-Dozenten der Salana fataler »Durchschnitt«: Sie engagierten sich als Beisitzer in den örtlichen Erbgesundheitsgerichten, stellten ihrerseits Anträge auf Unfruchtbarmachung »Erbkranker« und führten in den Universitätskliniken mehrere Tausend Zwangssterilisierungen durch (S. 414 ff.). Kritisch anzumerken bleibt, dass die Autoren die Berufung Karl Kötschus nur beiläufig (S. 409) erwähnen und die »wissenschaftliche« Qualifikation dieses aus der Forschung inzwischen bekannten, auf den Jenaer Lehrstuhl

81 Vgl. *Wolfgang Schieder*, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Weimarer Republik, in: HZ 262, 1996, S. 73–125; *ders.*, Faschismus im politischen Transfer. Giuseppe Renzetti als faschistischer Propagandist und Geheimagent in Berlin 1922–1941, in: *Armin Nolzen/Sven Reichardt* (Hrsg.), Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 21), Göttingen 2005, S. 28–58; *Hachtmann*, Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«, hier insb. Bd. 1, S. 132 ff., 160 f.

82 Zum hohen Stellenwert des großbürgerlichen und altkonservativen Klubwesens für eine dichte informelle Vernetzung der alten Eliten – nicht zuletzt der im Wissenschaftsbetrieb tonangebenden Persönlichkeiten – mit der NS-Bewegung sowie nach 1933 den Funktionsträgern des Hitler-Regimes vgl. auch *Hachtmann*, Wissenschaftsmanagement, hier insb. Bd. 1, S. 163–169, Bd. 2, 712–719.

für Biologische Medizin berufenen rassistischen, selbst nach NS-Kriterien dubiosen »Naturheilkundlers«⁸³ nicht weiter thematisieren. Im Fall Kötschau handelte es sich tatsächlich um eine der insgesamt sehr seltenen »Parteiberufungen« auf eine Jenaer Universitätsprofessur. In einem weiteren Beitrag zeichnet Susanne Zimmermann mit ihrer Ko-Autorin Renate Renner die NS-Aktivitäten des später in der DDR beliebten Jenaer Ordinarius Jusuf Ibrahim nach, dessen aktives, geradezu enthusiastisches Engagement in der sog. Kindereuthanasie vor einigen Jahren bundesweit bekannt geworden ist. Das öffentliche Aufsehen, das die »Ibrahim-Debatte« 1999/2000 hervorrief, rekapitulieren Marco Schrul und Jens Thomas ganz am Ende des Bandes unter dem treffenden Titel »Kollektiver Gedächtnisverlust«.

Selbstverständnis und Politik der Jenaer Theologischen Fakultät als »a Stronghold of National Socialism«, und zwar des radikalsten Zweigs der »Deutschen Christen«, der »Kirchenbewegung ›Deutsche Christen««, die Jesus zum »Arier« machen wollte, skizziert Susannah Heschel in einem engagierten Beitrag. Mit Blick auf die »Vergangenheitsbewältigung« nach 1945 konstatiert Heschel kritisch: »[A]s much as a Nazification of the theological faculty was welcomed by the faculty, the denazification processes were avoided, accepted perfunctorily, and subverted«. Dahinter stand, dass die Entnazifizierung der Fakultät der protestantischen Kirche überlassen blieb und diese an einer substanziellen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit kein Interesse hatte. Einige besonders belastete Professoren verloren ihren Lehrstuhl, kamen jedoch in kirchlichen Institutionen unter, andere blieben auch in der DDR einflussreiche Hochschullehrer (S. 452, 461 ff.). Die de facto unterbliebene Entnazifizierung erklärt vermutlich wesentlich die von den Herausgebern beklagte, auch heute noch fehlende Kooperation der theologischen Fakultät Jena bei der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit. Auch die Juristen passten sich 1933 bereitwillig den neuen Verhältnissen an. Jörg Opitz spricht in seinem Aufsatz zur Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät von einem ausgesprochen »hohen Selbstmobilisierungsgrad« (S. 482). Dabei »blieben die Gegensätze zwischen Nationalsozialisten und Nichtnationalsozialisten gering«, stellte der »politische Umbruch [doch] ihre gemeinsame Wissenschaft nicht in Frage«; im Gegenteil bot die »nationalsozialistische ›Rechtserneuerung« [...] attraktive Gestaltungsmöglichkeiten« (S. 478). Die Skizze der Aktivitäten prominenter Jenaer Hochschullehrer etwa im Bereich der interdisziplinär angelegten »völkischen Raumporschung«, aber auch z. B. ihr Engagement für ein NS-spezifisches Arbeits- und Wirtschaftsrecht illustriert dies eindrücklich. Dass sich auf der anderen Seite einige hochrangige Mitglieder der Fakultät in dem oppositionell getönten Gesprächskreis der bekannten Schriftstellerin Ricarda Huch zusammenfanden, ohne allerdings ihr grundsätzlich »kooperatives« Verhältnis zum NS-System aufzugeben (S. 490), sei der Vollständigkeit halber erwähnt.

Die zahlreichen weiteren Aufsätze zu den einzelnen Fakultäten, Disziplinen und Instituten können hier nicht ausführlicher vorgestellt werden. Sie sind empirisch oft spannend, machen jedoch auch deutlich, dass sich die Entwicklung in Jena im Allgemeinen nur wenig von den generellen Trends unterschied. Dass die Salana und ihr Umfeld gelegentlich allerdings auch eine Vorreiterrolle spielten, zeigt der Beitrag von Oliver Lemuth und Rüdiger Stutz über die Jenaer Physik und Chemie. Sie konstatieren u. a., dass die von der jüngeren Wissenschaftsgeschichte für die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert herausgearbeitete »wechselseitige Befruchtung von industrieller Technik, Ingenieurwissenschaften und ›modernen Universitätseinrichtungen«« in Jena bereits früher einsetzte und namentlich Ernst Abbe »die Universität Jena als ›Nährmutter« der beiden Stiftungsfirmen Zeiss und Schott gedeutet« hatte. Damit, aber auch durch vergleichbare Initiativen z. B.

83 Vgl. *Matthias Heyn*, Nationalsozialismus, Naturheilkunde und Vorsorgemedizin: die neue Deutsche Heilkunde Karl Kötschus, Hannover 2000. Erwähnt wird Kötschau auch z. B. bereits in den wichtigen Arbeiten von Ernst Klee.

durch Werner v. Siemens, der 1887 an der Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt beteiligt war, sei der »späteren« engen Verflechtung der zunächst vor allem universitären physikalischen und chemischen Naturwissenschaften »mit Staat, Militär und großindustriellen Technologien der Boden bereitet« und zugleich ein »Ausweg, um der chronischen Finanzkalamität der Universität perspektivisch entrinnen zu können«, gewiesen worden. Diese enge Kooperation zwischen Industrie, Wissenschaft, Staat und Militär sei in der Folgezeit, so Lemuth und Stutz, folgerichtig auf die Gründung externer Großforschungseinrichtungen wie das KWI für physikalische und Elektrochemie (1912) hinausgelaufen. Die Universität Jena mit ihrem stattlichen, von beiden Unternehmen großzügig ausgestatteten Institut für Physik, nicht zufällig »nur einen Botengang von [den Firmen] Zeiss und Schott entfernt« platziert, sei als »Bastion« einer industrienahen Forschung hier ein wichtiger Vorreiter gewesen (S. 598 f., 602). Wichtig ist u. a. außerdem das Diktum vom ab 1933 rassistisch aufgeladenen »Wettlauf-Syndrom«, das über die klassische internationale Wissenschaftskonkurrenz weit hinausging: Dass die US-amerikanische Atomphysik bereits 1932, dem »annus mirabilis«, gegenüber der deutschen Atomphysik einen deutlichen Vorsprung besessen habe, sei von führenden Physikern durchaus erkannt worden. Diese Rivalität habe nicht allein zu vermehrten Anstrengungen motiviert. Darüber hinaus sei eine Art »deutsches Recht« auf die internationale Spitzenstellung in der Physik formuliert worden, die mit dem »geistigen Potential der Rasse« (Carl Ramsauer) begründet wurde; innerhalb Deutschlands sei auf diese Weise zugleich die berufsständisch herausgehobene Stellung der Physik begründet worden. Mindestens die ausgeprägte, »patriotisch legitimierte Selbstmobilisierung« habe in Jena Vorläufer gehabt, namentlich in Max Wien, nachdem dieser 1911 die Leitung des dortigen Physikalischen Instituts übernommen habe.

Der von Hoßfeld und anderen herausgegebene Band vermittelt ein differenziertes und facettenreiches Bild der NS-Geschichte der Universität Jena und vermag darüber hinaus in mancherlei Hinsicht wichtige Anstöße für die Universitätsgeschichtsschreibung generell zu geben. Gleichsam als Ergänzung zu diesem im doppelten Sinne schwergewichtigen Aufsatzband ist eine Edition zur Geschichte der Universität Jena während der Jahre 1933 bis 1945 erschienen, in der zahlreiche der Dokumente, auf die sich die Autoren des Aufsatzbandes stützen, im Wortlaut und meist ungekürzt abgedruckt sind.⁸⁴

Schlaglichter auf eine andere wichtige deutsche Universität, die Münchner Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), setzt ein von Elisabeth Kraus herausgegebener Band.⁸⁵ Erfrischend ist dieser Band, der nicht den Anspruch hat, die Geschichte der LMU vollständig oder auch nur repräsentativ abzubilden – die Herausgeberin spricht bescheiden von »Probebohrungen« –, weil in ihm vor allem junge, hochmotivierte Historiker mit Aufsätzen, die zum Teil aus Dissertationsprojekten, zum Teil aber auch aus Staatsexamens- oder Magisterarbeiten entstanden sind, zu unterschiedlichsten Aspekten hervortreten. Michael Behrendt thematisiert die antisemitisch aufgeladenen, gegen den Juristen Hans Nawiasky gerichteten Münchner Studentenkrawalle vom Sommer 1931 und umreißt die Konfliktkonstellationen in der Universität der Bayernmetropole vor 1933. Nawiasky, seit 1929 Geschäftsführer des neugegründeten Instituts für Reichs-, Landes- und Verwaltungsrecht an der Münchner Universität, war eigentlich eher ein »vernunftrepublikanischer« Nationalliberaler, der »mit Wehmut auf die Tage des Bismarckreiches zurückblickte« (S. 21) und zudem als Vorstand der akademischen Ortsgruppe des »Vereins für das Deutschtum des Auslands« sog. deutsch-feindlicher Umtriebe eigentlich unverdächtig war. Den-

84 Wege der Wissenschaft im Nationalsozialismus. Dokumente zur Universität Jena, 1933–1945, bearbeitet von Joachim Hendel/Uwe Hoßfeld/Jürgen John/Oliver Lemuth/Rüdiger Stutz, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2007, 314 S., kart., 35,00 €.

85 Elisabeth Kraus (Hrsg.), Die Universität München im Dritten Reich, Utz Verlag, München 2006, 672 S., geb., 79,00 €.

noch zog er den Zorn der nationalsozialistischen Studenten auf sich, weil er in seiner Vorlesung vom 23. Juni 1931 ganz sachlich auf den an sich unbestreitbaren Tatbestand hinwies, dass der Vertrag von Versailles nach dem Muster der vom Wilhelminischen Deutschland oktroyierten Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest gestrickt war. Obwohl Nawiasky betonte, dass ihm keineswegs an einer Rechtfertigung des Versailler Vertrages gelegen gewesen sei, wurde er drei Tage später von einer Menge studentischer Rabauken aus den Reihen der Nationalsozialisten an der Abhaltung seiner Lehrveranstaltungen gehindert und selbst unmittelbar bedroht. Die Universitätsleitung schloss nach diesen Krawallen für kurze Zeit die Hochschule. Der eigentliche Skandal bestand darin, dass der Senat nicht bereit war, der Darstellung der Vorfälle durch Nawiasky zu glauben, sondern einen Ausschuss einsetzte, der die NS-Studenten exkulperte und das Opfer Nawiasky zum Täter machte. Der Hintergrund dieser Vorfälle war eindeutig antisemitisch. Konfessionell war Nawiasky zwar römisch-katholisch; nach den rassistischen Kriterien des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenverbandes (NSDStB) und benachbarter rechtsextremistischer Strömungen galt er wegen seiner Herkunft jedoch als jüdisch. Nawiasky durfte zwar zunächst bleiben, nach der NS-»Machtergreifung« war seine Situation allerdings unhaltbar geworden; er floh 1935 in die Schweiz. Der eigentliche Skandal des »Falles Nawiasky« besteht darin, dass die Universitätsleitung den Nationalsozialisten bereits 1931 freiwillig das Terrain überlassen und mit ihrer Politik de facto zumindest Sympathien für rechtsextreme, antisemitische Einstellungen gezeigt hatte, statt den republikfeindlichen Angriffen mit Entschiedenheit zu begegnen. Rechtsextremistische Übergriffe von studentischer Seite hatten in München – nicht zufällig die »Hauptstadt der Bewegung« – freilich Tradition. Hingewiesen sei auf das Beispiel Max Weber, der 1920 aus dem Hörsaal gejagt wurde, nachdem er sich in seiner Vorlesung gegen die Begnadigung des Eisner-Mörders Graf Arco ausgesprochen hatte, oder auf das Beispiel Albert Einsteins, der im selben Jahr daran gehindert wurde, einen Vortrag zu halten.

Beiträgen von Veronika Diem und Indra Schöller über die Gründungsgeschichte des Münchner Studentenwerkes 1920 und den Tod seines Geschäftsführers Friedrich Beck, der nicht aus Sympathie für die SA, sondern eher aus taktischem Ungeschick im Kontext der Ermordung der SA-Führung um Röhm Mitte 1934 gewaltsam ums Leben kam, sowie über die Münchner Universitätsreitschule folgt ein Aufsatz Nicole Kramers über den Studentenaustausch im Dritten Reich. Dieser Beitrag darf Relevanz über das Münchner Beispiel hinaus beanspruchen: Zunächst räumt Kramer mit dem manchmal auch heute noch kolportierten Vorurteil auf, dass das extremnationalistische NS-Regime Auslandskontakte rigoros abgebrochen hätte. »Gerade im akademischen Bereich spielte die internationale Vernetzung weiterhin eine wichtige Rolle. Internationale Kongresse, Gastprofessuren aus dem Ausland und der Austausch von Studenten gehörten zum Alltag der Wissenschaft im Nationalsozialismus« (S. 124). In der Tat wurde der Auftritt renommierter Wissenschaftler auf internationalen Foren bis 1939 eher forciert als gebremst; die Hitler-Diktatur wusste um die positiv imagebildende Funktion solcher Auftritte in der internationalen Öffentlichkeit.⁸⁶ Mithin »stellte sich dem NS-Regime nicht die Frage, ob der Studentenaustausch fortgeführt werden sollte, sondern vielmehr, wie dies zu geschehen habe.« Kramer kommt zu dem Ergebnis, dass die polykratische Struktur der braunen Diktatur den einschlägigen Institutionen erhebliche Freiräume öffnete. Zwar tauschten die Nationalsozialisten das Spitzenpersonal des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Akademischen Austauschstellen (AKAs) im Kontext des »Röhm-Putsches« aus.⁸⁷ Das änderte

86 Vgl. *Madeleine Herren*, »Outwardly ... an Innocuous Conference Authority«: National Socialism and the Logistics of International Management, in: *German History* 20, 2002, S. 65–92; *Hachtmann*, *Wissenschaftsmanagement*.

87 Diese Feststellung bezieht sich nicht nur auf den erwähnten Friedrich Beck, sondern ebenso auf den Leiter des DAAD, Adolf Morsbach. Vgl. auch *Christian Jansen*, *Exzellenz weltweit*. Die

jedoch nichts daran, dass gleichzeitig »der DAAD und die AKAs die neuen politischen Rahmenbedingungen [nutzten], um ihre Gestaltungsabsichten auf Kosten anderer Träger des akademischen Austauschs durchzusetzen. Sie wurden nicht gleichgeschaltet, sondern fungierten selbst als Gleichschaltungsmotoren«. Unabhängig davon gelang dem NS-Regime »die Lenkung des Studentenaustausches selbst unter den Bedingungen des Nationalsozialismus nur zu Teilen« (S. 176 f.).

Diesem Aufsatz schließen sich biografisch geprägte bzw. institutionell fokussierte Aufsätze zur Geschichte einzelner Fächer – Altertumswissenschaften, Ägyptologie, Tiermedizin, Rechtswissenschaften – zur Personalpolitik der Universitätsbibliothek sowie Einzelbiografien wichtiger Hochschullehrer wie etwa des Frühneuzeitlers Ulrich Krämer an, der nach 1945 wegen seiner SS-Mitgliedschaft und seiner NS-Überzeugungen zwar nicht mehr an die Hochschule zurückkehren konnte, als Redaktionsmitglied der »Brockhaus-Enzyklopädie« jedoch erheblich »zur ›historischen Bewußtseinsbildung‹ der jungen Bundesrepublik« beitrug (S. 301 f., 342). Instruktiv ist auch der Beitrag von Maximilian Schreiber zu den Jubiläumsfeiern der LMU; neben den Universitätsfeiern vom Juni 1922 und November 1926 beschreibt er ausführlich die Festlichkeiten anlässlich des 470-jährigen Bestehens der Münchner Universität von Mitte Januar 1943, denen der Reise- und Asien-schriftsteller Sven Hedin mit mehreren Reden, in denen er wenige Tage nach ›Stalingrad‹ weiterhin auf die »Besiegung des Bolschewismus« hoffte und die »gemeinsame Arbeit der germanischen Völker« forderte (S. 500), die angemessene nationalsozialistische Würze gab. Mit der Frage nach Form und Wirkung der Wehrmachtsbetreuung der Studenten durch die Leitung und die einzelnen Fakultäten der LMU widmet sich Andreas Raith einem von der Universitätshistoriografie bisher nur beiläufig behandelten Thema. Seine Ergebnisse (auf allerdings schmaler Quellenbasis) lauten dahingehend, dass die Wehrmachtsbetreuung zwar »eine offenbar überwiegend sehr positive Resonanz [auf] Seiten der betreuten Studenten« fand. Das intendierte »Fernstudium« ließ sich jedoch ebenso wenig realisieren wie die bescheidenere Absicht, »die Studenten über wissenschaftliche Entwicklungen in den verschiedenen Disziplinen auf dem Laufenden zu halten« (S. 577).

Vom empirischen Gehalt her interessant, in den Wertungen jedoch problematisch ist der Aufsatz von Petra Umlauf über die »Studentinnen an der LMU 1933 – 1945«. Sie tut sich schwer mit der Interpretation des Tatbestandes, dass »noch nie in der Geschichte des Frauenstudiums derartig viele Frauen wie 1944 [studierten]: 28.378 und 49,5 % aller Studierenden«, dass »in der universitären Praxis faktisch alle Abiturientinnen (und Abiturienten) trotz des ›Geredes von der positiven Auslese anhand weltanschaulich-nationalsozialistischer Kriterien‹ das Studium nahezu unbeschränkt offen [stand und] nicht einmal physische Leistungsfähigkeit, wie sie der oftmals körperlich anstrengende Arbeitsdienst erforderte, eine wirklich Zulassungsvoraussetzung« war (S. 554). Umlauf möchte dies nicht als ›Modernisierung‹ werten, weil sie einem positiv-normativen Modernisierungsbegriff aufsitzt. Tatsächlich jedoch markiert das Dritte Reich so stark wie kein anderes System des 20. Jahrhunderts die »Pathologien der Moderne« (Peukert), die barbarischen, menschenverachtenden Seiten industriegesellschaftlicher Modernisierung. Hinzu tritt, dass sie einem Mythos aufsitzt, nämlich der These, dass wie in der Weimarer Republik und älteren Epochen auch während des Dritten Reiches berufstätige Frauen lediglich als »befristete Lückenbüßer« einsprangen (S. 556).⁸⁸ Dieser Befund nimmt die Selbstdarstellung nicht aller, aber zahlreicher exponierter Vertreter des Regimes für bare Münze, die in der Tat einem biologistisch unterlegten, bürgerlich-patriarchalen Frauenbild huldigten. Für die größte Gruppe der berufstätigen Frauen, die lohnabhängig beschäftigten Industrie-

Alexander von Humboldt-Stiftung zwischen Wissenschaftsförderung und auswärtiger Kulturpolitik (1953–2003), Köln 2004, S. 38; *Hachtmann*, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 157 ff.

88 Umlauf bezieht sich dabei auf: *Dörte Winkler*, *Frauenarbeit im ›Dritten Reich‹*, Hamburg 1977, S. 65 f.

arbeiterinnen, lässt sich auf Basis der Auswertung der einschlägigen Statistiken jedoch das Gegenteil nachweisen: Gerade zwischen 1933 und 1939 wurde für eine rapide anwachsende Zahl von Frauen die berufliche Tätigkeit zum lebenslangen Schicksal.⁸⁹ Dass das NS-Regime zwischen demografischen Zwängen (Frauen als »Gebärmaschinen für Volk und Rasse«) und ökonomischen »Notwendigkeiten« (gravierender Arbeitskräftemangel ab 1936) eingeklemmt war und nicht zuletzt der störrische Hitler von seinem patriarchalen Frauenbild bis 1944 nicht abzubringen war, soll nicht bestritten werden.⁹⁰ In der Praxis agierte das NS-Regime jedoch weit pragmatischer, als die ideologischen Statements nahelegen. Zudem ist die Kollision zwischen demografischen Zielen und – die Geburtenrate faktisch senkenden – Arbeitsmarktentwicklungen keineswegs ein Spezifikum nur der NS-Diktatur. Sie gilt tendenziell für viele moderne Industriegesellschaften und wurde in Deutschland ab 1936 durch die systematische Einführung von Teilzeitarbeit⁹¹, aber auch Kinderkrippen und -gärten usw. auf durchaus »moderne« Weise gelöst.

Zwei weitere Beiträge widmen sich der »Vergangenheitsbewältigung« und der von den amerikanischen Alliierten veranlassten Neuorientierung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Während Ellen Latzin eine allgemeine Skizze der faktisch gescheiterten »Reeducation« und der daran anschließenden, bereits von den Bedingungen des Kalten Krieges geprägten »Reorientierung« bietet – die deutlich macht, welche Kärnerarbeit hier noch für die LMU zu leisten ist –, thematisiert Sönke Zankel einen höchst eindrucksvollen Sonderfall, nämlich den Hausschlosser Jakob Schmid, der die Geschwister Scholl am 18. Februar 1943 der Gestapo übergab. Spannend ist der Fall des Jakob Schmid, der vor 1933 der Bayerischen Volkspartei und dem Katholischen Arbeiterverein angehört hatte, weil sich an ihm der Exkulpationsmechanismus der Nachkriegszeit, insbesondere dessen soziale Selektivität, paradigmatisch entschlüsseln lässt. Schmid wurde als »Hauptschuldiger« verurteilt, d. h. er verlor seine Rente, den größten Teil des Vermögens und stand mit seiner gesamten bürgerliche Existenz vor dem »Aus«. Dieses Urteil wurde in allen Berufungsinstanzen bestätigt. Schmid's Problem war, dass er als »kleiner Mann« keinen einzigen »Persilschein« beibringen konnte, der ihn von NS-Schuld weiß wusch – im Unterschied zu den sich schon bald ausbildenden und gut »funktionierenden Netzwerken der im Vergleich zu Schmid gehobeneren Schichten«, über die sich auch hochbelastete Angehörige der Eliten mit zahlreichen »Persilscheinen« versorgten und sich dann im Unterschied zu Schmid von den Spruchkammern bloßes »Mitläufertum« oder gar gänzliche »Entlastung« attestieren lassen konnten. Wenn Schmid zum »Bauernopfer« (S. 596) wurde, dann freilich auch durch eigene Schuld: Er outete sich als notorischer Denunziant, etwa wenn er Mitte der Fünfzigerjahre erklärte, im »hypothetischen Fall, dass die Jugendorganisation der SED (FDJ) »hetzerische kommunistische Flugblätter« abwerfen würde, dann sei er auch dazu verpflichtet, »dagegen einzuschreiten« (S. 601). Schwerer wog, dass er sich in der Auseinandersetzung um seine NS-Vergangenheit »einem der ersten Propagandisten der Nazipartei (1919!) noch vor deren Gründung«, Walter Frühwein, der 1942 »wegen fortgesetzter Unzucht mit Kindern« aus der NSDAP ausgeschlossen worden war, anvertraute (S. 603) und damit deutlich machte, dass er sein Verhalten vom Februar 1943 letztlich nicht bereute.

Den Abschluss des Bandes bildet ein konzeptioneller Aufsatz der Herausgeberin Elisabeth Kraus zum »Forschungsdesign für eine moderne Universitätsgeschichte während der NS-Zeit«. Zwar kann man geteilter Meinung sein, ob »eine zeitlich gestaffelte Aneinanderreihung von Biographien und Prosopographien, von Instituts- und Fachgeschichten

89 Vgl. Rüdiger Hachtmann, Frauen in der deutschen Kriegsindustrie 1936 bis 1945, in: GG 19, 1993, S. 332–366, hier insb. S. 335 ff.

90 Vgl. hierzu die Kontroverse zwischen Hitler und Robert Ley bzw. der Deutschen Arbeitsfront: ebd., S. 359 f.

91 Vgl. ebd., S. 338 f., 364.

[...] und mancherlei sonstiger Einzeldarstellungen« – eine »Aneinanderreihung«, in der der vorliegende Band offenbar den Beginn markiert – »ein adäquater Weg« zu einer modernen Universitätsgeschichte ist (S. 639). Er ist zumindest nicht der einzig gangbare Weg, wie die oben vorgestellten, enzyklopädisch anmutenden Bände namentlich zur Geschichte der Universitäten in Jena und Heidelberg eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben. Dennoch besitzt gerade auch der von Kraus herausgegebene Band Vorbildcharakter. Nachahmenswert ist die Form dieser Publikation nicht zuletzt deshalb, weil es hier einer engagierten Hochschullehrerin gelungen ist, Studenten, Doktoranden sowie sonstigen akademischen Nachwuchs für den nur scheinbar trockenen Gegenstand »Universitätsgeschichte« zu begeistern und sie zur Produktion überwiegend ausgesprochen spannender Beiträge zu veranlassen.

Mit wichtigen empirischen Ergebnissen können zwei Bände zur Geschichte einzelner Universitäten aufwarten, die nicht das ganze Spektrum der Disziplinen entfalten, sondern den Fokus auf die, in besonderem Maße durch die ab 1933 veränderten Rahmenbedingungen geprägten, medizinischen Fakultäten legen. Aufschlussreich in dem von Bernd Grün, Hans-Georg Hofer und Karl-Heinz Leven herausgegebenen Band zur Geschichte der Medizinischen Fakultät und des Klinikums der Universität Freiburg während der Weimarer Republik und vor allem während der Dritten Reiches⁹² ist bereits der einleitende Beitrag von Leven über die hohen Barrieren, die bei der »Aufarbeitung« der NS-Vergangenheit dieses hochgradig »belasteten« Faches zu überwinden waren (und weiterhin sind). Nicht die sture Haltung der Repräsentanten der Medizinischen Fakultät, deren bis in die Achtzigerjahre aufrecht erhaltene allgemeine Behauptung, dass die Universität in die verbrecherische NS-Medizinpolitik nicht involviert gewesen sei, überrascht, sondern ihr Umgang mit dem so unglaublichen wie makabren »Fall Dr. Hoven«. Waldemar Hoven, seit 1942 Chefarzt im KZ Buchenwald, reichte dem Dekan der Freiburger Fakultät im Juni 1943 eine Arbeit zur Therapie der Tuberkulose ein, die auf Versuchen an Menschen basierte, die im Konzentrationslager auf dem Weimarer Ettersberg festgehalten wurden. Dass die Freiburger Fakultät eine unter solchen Umständen durchgeführte Arbeit ohne Einwände annahm und die Gutachter die Dissertation mit »sehr gut« bewerteten, ist schon skandalös genug. Geradezu irrwitzig ist jedoch, dass Hoven weder die der Arbeit zugrundeliegende Versuchsreihe selbst durchgeführt noch überhaupt eine Zeile der Dissertation geschrieben hatte; eigentlicher Autor war der langjährig in Buchenwald inhaftierte österreichische Ingenieur und Sozialdemokrat Gustav Wegerer, der im KZ als Lagerpathologe arbeitete (S. 28 f.; vgl. auch S. 483). Vor allem dieser Tatbestand war der Fakultät peinlich. Im April 1947 wurde dem im Nürnberger Ärzteprozess angeklagten und 1948 schließlich hingerichteten Hoven die Doktorwürde aberkannt. Skandalös ist retrospektiv die Tatsache, dass bereits »1961 die Zusammenhänge nicht mehr durch Akten belegbar waren«, die entsprechenden Dokumente also offenbar zielgerichtet vernichtet wurden und damit vertuscht werden sollte, »dass die Freiburger Medizinische Fakultät direkte Kenntnis von KZ-Menschenversuchen hatte«, ohne daran irgendeinen Anstoß zu nehmen.

Spannend weit über das Fallbeispiel Freiburg hinaus ist der Beitrag von Hans-Georg Hofer zur Freiburger Universitätsmedizin während des Ersten Weltkrieges. Hofer zeigt exemplarisch, wie wichtig die bisher medizinhistorisch noch wenig erforschten vier Kriegsjahre für die weitere Entwicklung dieses Faches im 20. Jahrhundert gewesen sind. Eine affirmative Haltung zur Wilhelminischen Eroberungspolitik und militaristische Sozialisation ließen »biologistische Denkmuster entstehen« bzw. dürften diese, so sie (was zu vermuten steht) schon zuvor angelegt waren, dramatisch vertieft haben. Der Krieg selbst galt z. B. dem Leiter der Psychiatrischen Klinik der badischen »Lazarethauptstadt« Freiburg,

92 *Bernd Grün/Hans-Georg Hofer/Karl-Heinz Leven* (Hrsg.), *Medizin und Nationalsozialismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät und das Klinikum in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«*, Peter Lang, Frankfurt/Main 2002, 544 S., brosch., 82,70 €.

Alfred Hoche, als »Mannesprobe« und »unvergleichliche revitalisierende Kraftquelle«, als »Mittel zur Selbstreinigung von allen kranken, verweichlichten und überreizten Kulturerscheinungen« (S. 58). Darüber hinaus versprach der Krieg fachlichen Erkenntnis- und disziplinären Terraingewinn. Die einschlägigen Mediziner durften sich berechnete Hoffnungen auf großzügige materielle Förderung ihrer Vorhaben machen, wenn sie sich neben dem Insistieren auf Kriegswichtigkeit auch eines militaristischen Vokabulars bedienen und etwa Mikroorganismen (so die Formulierung des renommierten Bakteriologen und Hygienikers Paul Uhlenhuth) zu »kleinkalibrigen Geschossen« machten (S. 56). Umgekehrt suchten sie, das machen auch andere Aufsätze deutlich, die militärischen und politischen Verhältnisse mit einer »biologistischen Metaphorik« zu fassen (S. 97). Gerade das Beispiel Uhlenhuth zeigt, wie geradlinig die Verbindungslinien zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg zu ziehen sind und in welchem starkem Maß Kriege die Barrieren für inhumanes Handeln beseitigen. So beantragte Uhlenhuth, der 1935 emeritiert worden war, im fast biblischen Alter von 74 Jahren – kein Jahr vor dem Zusammenbruch des NS-Regimes – die Überlassung farbiger und schwarzer Kriegsgefangener, um an ihnen durch Versuche Unterschiede in der Zusammensetzung des Serumeiweißes genauer studieren zu können. Ob Uhlenhuth die geplanten Versuche auch tatsächlich durchführte, lässt sich bisher nicht genau feststellen. Sein Eifer indes wurde dadurch belohnt, dass sein Forschungsinstitut noch im Oktober 1944 in den exklusiven Kreis der »Wehrforschungsgemeinschaft« des Werner Osenberg aufgenommen wurde.⁹³ Kontinuitäten im skrupellosen Handeln medizinischer Wissenschaftler erschließen sich im Rahmen des vorliegenden Bandes freilich erst nach genauer Lektüre der einzelnen Beiträge; hier hätten die Herausgeber gründlicher lekturieren können und den Leser auf solche Kontinuitäten in der Einleitung sowie in den jeweiligen Aufsätzen unmittelbar durch Verweise aufmerksam machen können.

Dass sich Leute wie Hoche, der im September 1917 zum Vorsitzenden der Freiburger Vaterlandspartei avancierte, und andere führende Freiburger Mediziner mit der Revolution von 1918/19 nicht anfreunden konnten und – wie der Ordinarius für Pathologie Ludwig Aschoff – schon früh eigene Varianten der Dolchstoßlegende und des Mythos von der »jüdisch-marxistischen Weltverschwörung« formulierten, nachdem sie noch im März 1918 dem de facto ab 1916 als Militärdiktator fungierenden Erich v. Ludendorff die medizinische Ehrendoktorwürde zuerkannt hatten, kann vor diesem Hintergrund nicht mehr verwundern (S. 68, 71). Ebenso wenig überrascht, dass sie die Rassenhygiene schon Anfang der Zwanzigerjahre als Therapie des »Volkskörpers« tatkräftig unterstützten und vor 1933 einem unverblühten Bellizismus frönten. Weitere Aufsätze verschaffen dem Leser ein differenziertes Bild einzelner Persönlichkeiten. So ist z. B. der Befund Andreas Funkes, dass der Rechtsreaktionär Hoche gegen die Euthanasie eingestellt gewesen sei und überhaupt »den Nationalsozialisten ablehnend gegenüberstand« (S. 91), oder der Cay-Rüdiger Prülls, dass sich Aschoff in den Zwanzigerjahren (vorübergehend) zum »Vernunftrepublikaner« gewandelt habe (S. 100), einigermaßen überraschend. Aschoff freilich wurde 1933 wie so viele andere von der NS-Machtergreifung enthusiastisiert; er lobte »den guten Kern [der] grossen Bewegung«, geißelte die »Überjudung einzelner Gebiete unserer Kultur« und forderte als engagierter Rassehygieniker die »biologische Registrierung des Volkes mit Identitätskarten« (S. 108 f.). Gewiss gab es auch demokratische Persönlichkeiten, namentlich den Ordinarius für Anatomie, Wilhelm v. Möllendorff (S. 152 ff.). Sie blieben freilich seltene Ausnahmen. Wie schwer im Einzelfall retrospektiv abzuschätzen ist, ob passiv-resistentes Verhalten in bestimmten Fragen als offen oppositionell zu werten ist oder nicht, demonstrieren die Verfasser gleich mehrerer Aufsätze des vorliegenden Bandes am Beispiel des Direktors der psychiatrischen Klinik, Kurt Beringer, und an Franz

93 Zu dieser »Wehrforschungsgemeinschaft« vgl. oben, S. 560.

Büchner. Beringer hielt als Gegner des Mordes an vorgeblich »lebensunwerten« Menschen »seine« Klinik von der Beteiligung an »Euthanasie«-Aktionen fern und forderte Angehörige in die Klinik eingewiesener psychisch Kranker auf, diese sicherheitshalber besser daheim unterzubringen (S. 355 ff.). Als »beratender Psychiater« im Wehrkreis V sowie zeitweilig bei der 4. Armee an der Ostfront hat Beringer, wie Alexander Neumann in seinem Aufsatz über Freiburger Ordinarien im Dienste der Wehrmacht skizziert, maßgeblich dazu beigetragen, dass frühzeitig aus dem Lazarett entlassene Soldaten nicht gleich wieder an die Front geschickt, sondern in Krankenrevieren der Etappe untergebracht wurden (S. 404). Büchner wiederum war vom SD der SS Mitte der Dreißigerjahre zwar als »katholisch gutgläubig«, jedoch »charakterlich in Ordnung«, vom Freiburger NS-Dozentenbundführer sogar als »in jeder Beziehung einwandfrei« und politisch »zuverlässig« klassifiziert worden. Dies hinderte ihn jedoch nicht, im November 1941 vor einem vielhundertköpfigen Publikum eine von Karl-Heinz Leven in einem eigenen Beitrag gewürdigte vielbeachtete Rede zu halten, in der er sich strikt gegen die Euthanasie aussprach (bes. S. 376 ff.). Auch dahinter stand »keine grundsätzliche Systemkritik« (S. 158). Büchner personifizierte vielmehr die Beharrungskraft eines gerade auch in Freiburg tief verwurzelten katholischen Milieus; sein nur wenig verblühtes Engagement gegen die Euthanasie – das nicht mit einem substanziellen persönlichen und beruflichen Risiko verbunden war – spricht ebenso dafür wie seine gleichzeitige Polemik gegen »die marxistischen Parteien« der Weimarer Republik, die angeblich einer liberalen Abtreibungspraxis Tor und Tür geöffnet hätten (S. 379). Dass sich die Kritik Büchners lediglich auf bestimmte Aspekte der NS-Medizinpolitik bezog und er »zugleich Teil des Systems blieb«, verdeutlicht schließlich sein durch den Nürnberger Ärzteprozess bekannt gewordenes Wissen von den unmenschlichen Versuchen an KZ-Häftlingen, das er als »beratender Pathologe« der Luftwaffe besaß. Gegen Verbrechen wie diese protestierte er nicht öffentlich, sondern kritisierte sie lediglich im Bekanntenkreis (S. 392 f., 395). Auch hier ist freilich Sensibilität in der Interpretation angebracht: Retrospektiv lässt sich das leicht verurteilen (wie dies vor allem von Ernst Klee geschehen ist); gegenüber der Einstellung vieler Kollegen kontrastiert ein solches Verhalten allen Halbheiten und Konzessionen zum Trotz indes positiv. Ähnliches gilt für Beringer, dessen menschliches Handeln gegenüber verwundeten Soldaten sich grundlegend etwa von dem des Freiburger Internisten Helmuth Bohnenkamp unterschied, der vehement die vermeintlich lange Verweildauer von »Leichtkranken« beklagte, mit aller Gewalt vorgebliche »Drückeberger« zu entlarven suchte und Dienstunfähigkeitsbescheide anderer Ärzte rückgängig machte (S. 405).

Abgerundet wird der Band mit weiteren Beiträgen zur Vertreibung der jüdischen Dozenten der medizinischen Fakultät, über die Medizinstudenten ab 1933, die in Freiburg vorgenommenen Zwangssterilisationen und -abtreibungen, die Rekrutierung und den Umgang mit Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen an der Freiburger Universität und ihren Kliniken (die jeweils generelle Trends im Wesentlichen bestätigen) und die – in ihrer politischen Wirkung relativ erfolglosen – nationalsozialistischen Assistenten; ferner über die Krankenpflege, die Freiburger Krankengymnastik-Schule sowie die Universitätskinderklinik und schließlich durch einen Aufsatz Silke Seemanns über die Entnazifizierung und die Vergangenheitspolitik der Medizinischen Fakultät Freiburgs. Seemann verdeutlicht einmal mehr den in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen generellen Trend, dass die vor allem für Ordinariatenuniversitäten charakteristische Standessolidarität jegliche Initiativen zur »Selbstreinigung« von Anbeginn zum Scheitern brachte. Auch relativ integre Persönlichkeiten wie Franz Büchner – in der sich freilich, wie Seemann zu Recht feststellt, »Widerstand, Opportunismus und Mitwisserschaft vereinigten« – stellten bereitwillig »Persilscheine« aus (S. 484, 486). Einige wenige »schwarze Schafe« wurden geopfert, um die anderen um so wirkungsvoller exkulpiert zu können. Der Paradigmenwechsel in der Politik der Alliierten spätestens 1947 tat ein Übriges: Die

Fakultät hatte ein halbes Jahrhundert ihre Ruhe und konnte über das Verdrängen der NS-Vergangenheit zur ›Tagesordnung‹ übergehen.

Ein informativer, von Wolfgang Freidl und Werner Sauer herausgegebener Aufsatzband⁹⁴ widmet sich der Stellung und Praxis der »rassenhygienischen« Abteilung der medizinischen Fakultät der Grazer Universität sowie weiteren Facetten der NS-Medizinpolitik in Graz und der gesamten Steiermark. Eingeleitet wird der offenbar für eine breitere Leserschaft konzipierte Band durch zwei wörtlich wiedergegebene Sendungen des ORF über den Massenmord an Patienten der Heil- und Pflegeanstalten Österreichs während des Dritten Reiches, in denen u. a. exemplarisch gezeigt wird, dass mitunter selbst NS-Funktionsträger – wie der Bürgermeister einer kleinen Ortschaft in der Steiermark – erfolgreich Widerstand gegen die »Euthanasie« alter Menschen seiner Gemeinde leisteten, »nachdem die Autobusse beim Altersheim schon vorgefahren waren« (S. 32).

Genauere Kenntnis, geschweige denn eine systematische Aufklärung über die Euthanasie-Verbrechen war im Nachkriegs-Österreich noch weniger als in der Bundesrepublik gefragt: »[K]eine Prozesse, keine Untersuchungen, und nach kurzer Zeit sind alle Ärzte und Pfleger der NS-Zeit wieder im Dienst. Die Archivsperrung wird auf 80 Jahre heraufgesetzt« (S. 51). Die Universität Graz machte hier keine Ausnahme, im Gegenteil. Das universitäre Archiv verweigerte den Beiträgern des Bandes rigoros den Zugang zu den Akten 1938 bis 1945. Der Leiter des Universitätsarchivs, Prof. Walter Höflechner, behauptete, der zu erwartende »wissenschaftliche Beitrag wäre minimal«, um sogleich anzufügen, die Folgen einer Einsicht in die Akten wären »bei tendenziöser Auswertung für das Haus unabweisbar«. Ein Skandal ist, dass der professorale Archivar »gleichzeitig auch Leiter der Abteilung für österreichische Wissenschafts- und Kulturgeschichte am Institut für Geschichte« ist (S. 62), also der Bock zum Gärtner gemacht wurde. Um so größer ist das Verdienst der Herausgeber, dass sie mit dem vorliegenden Band das offiziöse Schweigen konterkarieren. Allerdings können die vorgelegten Ergebnisse nur ein erster Zwischenbericht sein. Die Beiträge selbst bieten Überblicke über die Universitätsgeschichte, die Vertreibung jüdischer bzw. politisch oppositioneller Hochschullehrer, die Nazifizierung der Hochschullehrer – die Christian Fleck in seinem Beitrag wohl etwas zu pauschal ganz allgemein als »Kriegsgewinnler« bezeichnet (S. 103). Manche Formulierungen in einzelnen Beiträgen des Bandes suggerieren zwar, dass der »Anschluss« vom März 1938 einem abrupten Bruch gleichgekommen sei. Die genauere Lektüre macht freilich schnell deutlich, dass in Graz – und ähnlich sicherlich auch anderen österreichischen Universitäten – die Kontinuitäten stark und vielfältig gewesen sind. Personifiziert wurden sie etwa durch den außerordentlichen Professor für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Rudolf Polland, der lange vor der nationalsozialistischen Machtergreifung im »Altreich« rassenhygienische Konzepte propagierte (S. 75, 115 f.). Wie im »Reich« 1933 wurden in Österreich 1938 dann, so Gerald Lichtenegger in seinem einführenden Überblick, »endlich die Voraussetzungen geschaffen, die Theorie in die Praxis umzusetzen« (S. 77). Die sich anschließenden Aufsätze sind zum Teil ausgesprochen spannend: Klaus Hödl skizziert in seinem Beitrag über die »Konturen der Grazer ›Rassenhygiene‹« u. a. die Berührungsfelder zwischen der historischen Eugenik und der modernen Genetik, insbesondere die »Kongruenz der Vorstellungen von einem körperinhärenten lebensdeterminierenden Faktor«, also die Geringschätzung von Umwelteinflüssen und pädagogisch-sozialisatorischen Effekten, außerdem eine unbedingte Zukunftsorientierung sowie schließlich die »rassische/genetische Bestimmung von sozialen Großgruppen« (S. 141 ff.). Hödl arbeitet zudem überzeugend heraus, dass die Kooperation zwischen deutschen und österreichischen Eugenikern bzw. Rassenhygienikern lange vor 1938 sehr eng war, institutionell und konzeptionell. In

94 Wolfgang Freidl/Werner Sauer (Hrsg.), NS-Wissenschaft als Vernichtungsinstrument. Rassenhygiene, Zwangssterilisation, Menschenversuche und NS-Euthanasie in der Steiermark, Facultas, Wien 2004, 360 S., kart., 29,90 €.

diesem und weiteren Beiträgen zur rassenhygienisch motivierten Gesundheits- und Sozialpolitik, zu Zwangssterilisierungen, zu Schwangerschaftsabbrüchen bei Ostarbeiterinnen sowie zur »Euthanasie« in der Steiermark zwischen 1938 und 1945 finden sich immer wieder Hinweise auf die Weigerung von universitären und anderen Stellen, sich der NS-Vergangenheit zu stellen – eine Haltung, die praktische Folgen zeitigte und mindestens in Einzelfällen zum ›Verschwinden‹ ganzer Aktenbestände geführt hat (S. 300). Abgeschlossen wird der Grazer Band durch zwei eindrucksvolle Beiträge: Anna Lehninger stellt die schizophrene Künstlerin und Grafikerin Ida Sofia Maly vor, die Anfang 1941 im Rahmen der »Euthanasie«-Aktionen ermordet wurde. Und Heimo Halbreimer schildert, dass die Kommunistische Partei Österreichs in Graz, die schon kurze Zeit nach dem Anschluss mit Widerstandsaktionen begann, bereits frühzeitig auf die Ermordung psychisch kranker Menschen aufmerksam machte und in heimlich verteilten Flugschriften mehrere Fälle von Protesten gegen die »Evakuierung der Pflinglinge« schilderte.

IV. UNIVERSITÄRE JUBILÄUMSSCHRIFTEN KLASSISCHEN TYPUS

Zu den konventionell angelegten universitären Jubiläumsschriften mit deutlich apologetischen Untertönen gehört die Geschichte der »Philipps-Universität Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus«. ⁹⁵ Wenig neue Informationen oder gar konzeptionell anregende Überlegungen bietet bereits der einführende Aufsatz von Notger Hammerstein über »Marburg und die deutsche Universitätslandschaft in den 20er Jahren«. Und auch die anschließenden Beiträge kommen über triviale, leerformelhafte Formulierungen und verharmlosende Feststellungen oft nicht hinaus. So erklärt etwa Andrea Wettmann in ihrem Aufsatz über die »Philipps-Universität am Wendepunkt zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik«, dass »am 1. August 1914 auch die Akademiker von der patriotischen Begeisterung erfaßt wurden« und Marburger Professoren »ganz in der Tradition der akademischen Reden«, angeblich »jenseits jeder simplen Kriegspropaganda«, zur »Aufrechterhaltung des ›vaterländischen Geistes‹« zahlreiche »Kriegsvorträge« hielten. 1919 habe man dann an einem »Mangel an Kohle und Gas« sowie Papier gelitten. Ansonsten sei jedoch die »Normalität zurückgekehrt«; die große Majorität der Studenten der hessischen Kleinstadt suchte »geistigen Halt in den traditionellen Verbindungen«, die ihrerseits »Krieg und Revolution unbeschadet« überdauerten (S. 17, 25 und 31). Tatsächlich war es eine recht seltsame »Normalität«, die sich in der frühen Weimarer Republik einstellte. Welch eigenartige »Normalität« dies war, ist bereits an dem von Wettmann referierten Faktum abzulesen, dass im Februar 1919 eine jüdische Verbindung namens »Hassia« gegründet wurde, die im Wintersemester 1921 / 22 »unter dem Druck des studentischen Antisemitismus«, der – so der relativierende Einschub – »an der Philippina ebenso wie an anderen deutschen Universitäten« grassierte, »zur Auflösung gezwungen« wurde (S. 32). Über die Hintergründe, d. h. die politisch-moralischen Einstellungen der Studenten wie der Hochschullehrer, die die Existenz einer jüdischen Verbindung in Marburg unmöglich machten, hätte man gern mehr erfahren. Eine systematische Sichtung der Blätter der Corps und Verbindungen, ebenso der Tageszeitungen usw. hätte sicherlich einiges über die Struktur des in Marburg offenbar massiv virulenten Antisemitismus zutage gefördert.

Auch sonst werden bestimmte Entwicklungen und Ereignisse, über die der Leser gern mehr erfahren hätte, lediglich nebulös angedeutet. Dies gilt z. B. für die seitens der Universität schon kurz nach der Revolution »trotz aller finanzieller Schwierigkeiten wohlwollenden Unterstützung der Pläne für die Errichtung eines ›Instituts für Deutschtum im Ausland‹«, das dann 1921 »nach dem Anschluß eines Internats für in- und ausländische

⁹⁵ Die Philipps-Universität Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, hrsg. vom Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e. V., Kassel 2006, 311 S., kart., 24,00 €.

Studenten unter der Bezeichnung ›Institut für Grenz- und Auslandsdeutschum an der Universität Marburg (Deutsche Burse)« ins Leben trat (S. 25 bzw. 41). Was sollte in diesem Institut eigentlich geforscht werden? Wer genau stand hinter der Gründung? Wenn sie dieses Deutschum-Institut so vehement unterstützten, ein vom preußischen Kultusministerium vorgeschlagenes »Seminar für Völkerrecht« dagegen an ihrer Universität nicht haben wollten: Was sagt dies über die unter Marburger Professoren herrschenden politischen Mentalitäten aus? Über diese und weitere Fragen wird der Leser ratlos zurückgelassen. Allgemeinplätze wie die, dass Marburg damit »wissenschaftlicher Mittelpunkt einer Bewegung zu werden [versuchte], die mit der Propagierung eines eigenständigen Volkstums [...] eine ernsthafte Gefährdung für die junge Weimarer Demokratie darstellte« (S. 41 f.), vermögen hier nicht zu befriedigen. Dasselbe gilt für Andeutungen Wettmanns über eine »Militarisierung und die damit einhergehende Brutalisierung der studentischen Sitten« (S. 42). Sie machen den Leser neugierig, ohne dass er Genaueres erfährt. Im Beitrag von Ulrich Hussong, der mit so wichtigen Informationen aufwartet wie dem »Verkauf zweier Triebwagen der Straßenbahn nach Holland« (S. 50), ist zwar kurz von »Vorgängen um die studentischen Freikorps, die Ende März 1920 in Mechterstädt in Thüringen 15 unbewaffnete Arbeiter angeblich bei einem Fluchtversuch erschossen haben«, die Rede. Über die genaueren Hintergründe der »Bluttat von Mechterstädt« erfährt man indes auch in diesem Aufsatz nichts, weil (so die merkwürdige Begründung) diese Ereignisse »eine Angelegenheit der Universität und nicht der Stadt Marburg gewesen sind« (S. 49). Im 60-seitigen Beitrag von Holger Zinn über die Marburger Studenten wird der allmählich ungeduldig werdende Leser in insgesamt zwanzig Zeilen mit der Bemerkung abgespeist, dass fünf Tage nach dem Kapp-Putsch in Mechterstädt »unter zweifelhaften Umständen fünfzehn Arbeiter zu Tode kamen« und »das Studentenkorps« dabei »zweifelhaften Ruhm erlangte«, was »auch heute noch kontrovers diskutiert« würde (S. 246).

Genaueren Aufschluss über das Blutbad von Mechterstädt erhält der Leser schließlich dort, wo er es nicht vermutet: in einem Aufsatz von Konrad Hammann über »Heinrich Hermelink in Marburg – Kirchenhistoriker in der Weimarer Ära«. Das »Massaker von Mechterstädt« datiert auf den 25. März 1920 und ging vom »Marburger Studentenkorps« aus, das überwiegend aus rechtsextremistischen und antisemitischen Korpsstudenten bestand und mit knapp 2.000 Mitgliedern »eine der größten geschlossenen Studentengruppen der Nachkriegszeit« bildete. Der Kapp-Putsch war also, so ist der freilich nur beiläufigen Datierung zu entnehmen, erst wenige Tage alt, als die Marburger Korpsstudenten ihren bürgerlich-distinkten Hass auf die mit der Novemberrevolution zu Selbstbewusstsein erwachten Arbeiter zu einem Gewaltexzess eskalieren ließen. Bekanntlich brach der Kapp-Putsch zusammen, weil die organisierte Arbeiterbewegung sich zu einem leider nur kurzzeitigen gemeinsamen Bündnis aufraffen konnte. Deren Widerstandsaktion zur Rettung der Weimarer Demokratie mutiert auch in dem ansonsten soliden Beitrag von Hammann zu »mit dem ‚Kapp-Putsch‘ aufgekomenen ›spartakistischen Unruhen« – und verleiht den Aktivitäten der rechtsextremistischen Marburger Studenten eine gewisse Legitimität. Dabei hatten die schon bald in Thüringen und im Ruhrgebiet gegen Freikorps kämpfenden Arbeiter fünf Tage nach dem Kapp-Putsch bestenfalls gerade erst begonnen, an weitergehende Forderungen der zu diesem Zeitpunkt ja noch nicht lange zurückliegenden Revolution anzuknüpfen. 15 zudem unbewaffnete Arbeiter wurden am 25. März 1920 von den offenbar völlig enthemmten, in einem Gewalttausch handelnden Studenten erschossen, »auf der Flucht«, wie sie sich später mit bekannt-fataler Rhetorik zu rechtfertigen versuchten. Und die »Marburger Universitätsleitung« hatte nichts Eiligeres zu tun, als das »Studentenkorps« von Anfang an in Schutz« zu nehmen und den »Tätern Dank und Anerkennung auszusprechen«. An dieser Stelle kommt der von Hammann individualbiografisch porträtierte Kirchenhistoriker Hermelink ins Spiel. Er hatte sich einer »Volkskompanie« angeschlossen, die sich aus den Reihen der kleinen Minorität liberal- und so-

zialdemokratisch gesonnener Studenten gebildet hatte. Nach dem Blutbad von Mechterstädt forderte Hermelink als anscheinend einziger Hochschullehrer »die vorbehaltlose Aufklärung des Geschehens« (S. 94 f.). Obwohl Hermelink dem politischen Druck schon bald nachgab – Hammann spricht von einem »partiellen Einschwenken auf die universitäre Linie« (S. 96) –, sahen Universitätsleitung und rechtsextremistische Studenten mit der NS-Machtergreifung den Tag der Rache gekommen. Bereits »im April 1933 legte der Rektor der Universität Marburg, Walther Merk, in Umsetzung eines entsprechenden Beschlusses des Senats Hermelink den Rücktritt vom Amt des Senators nahe«; zwei Jahre später wurde er zwangsemeritiert. Der »antidemokratische Führer des ›Studentenkorps«, Bogislav von Selchow, hingegen, der die politische und militärische Verantwortung von Mechterstädt trug, wurde 1939 [...] von der Universität Marburg zum Ehrensensator ernannt« (S. 97).

Dass die »Bluttat von Mechterstädt« in einem eigentlich individualbiografischen Beitrag versteckt wird, ist symptomatisch für die Komposition des gesamten Jubiläumsbandes: Statt dass diese studentischen Greuel in mindestens einem eigenständigen Beitrag ausführlich dargestellt werden, wird der Jubiläumsband vor allem mit individualbiografischen Beiträgen über herausragende Ordinarien und deren fachwissenschaftliche Leistungen gefüllt. Damit soll nicht bestritten werden, dass einige dieser Aufsätze nicht auch aufschlussreiche Informationen bieten, z. B. der von Jan Rohls über den Theologen Bultmann und seine Beziehungen zu Barth und Heidegger; geradezu spannend liest sich der Beitrag von Bernd Martin über Heideggers Zeit in Marburg 1923 bis 1928 oder auch der von Dieter Wunder über die Marburger Studienzeit von Adolf Reichwein. Und auch die Aufsätze über das »Studentenleben in den zwanziger Jahren« sowie zu den Frauen an der Marburger Universität enthalten interessante Detailinformationen. Es sind nicht in erster Linie die Schwächen der einzelnen Aufsätze oder unnötige rhetorische Floskeln, die den Leser enttäuschen und schließlich verärgern. Es ist die Komposition des Bandes, die im Ergebnis auf die Verniedlichung des an der Marburger Universität während der Zwanzigerjahre offenbar grassierenden Rechtsextremismus hinausläuft, die irritiert. Das Blutbad von Mechterstädt stand ganz offensichtlich paradigmatisch für die Grundeinstellung der übergroßen Mehrheit sowohl der Marburger Studenten wie ihrer akademischen Lehrer während der Weimarer Republik. Dieses Ereignis kurz nach dem Kapp-Putsch und seine umgehende Rechtfertigung durch die Repräsentanten der Hochschule wirft ein grelles Schlaglicht auf Gewaltbereitschaft und Unmoral, die im universitären Milieu Marburgs herrschten. Es macht deutlich, dass der spätere Schritt von den Verbindungen und Corps zu SA und NS-Studentenbund kurz gewesen sein muss. Lediglich bürgerliche Distinktion, nicht jedoch politische Überzeugungen mag den einen oder anderen Studenten an dem allzu schnellen Anschluss an die NS-Bewegung gehindert haben. Das barbarische Verbrechen Marburger Korpsstudenten vom 25. März 1920 macht nachvollziehbarer, was uns heute oft unvorstellbar erscheint: dass gebildete, sich kulturvoll dünkende Menschen, dass weite Teile des Bürgertums sich 1933 so begeistert dem Nationalsozialismus – dessen bürgerliche Wurzeln in diesem Kontext einmal mehr genauer zu beleuchten wären – in die Arme warfen, alle zivilisatorischen Fesseln abstreiften und sich oft geradezu enthusiastisch an den barbarischen Gewaltexzessen des NS-Regimes beteiligten. Der Band zur Marburger Universitätsgeschichte macht deutlich, dass leider immer noch manche »Fest«-Schriften als Anlässe zum »Feiern« – und damit zur Retusche unangenehmer Vergangenheiten – missverstanden und nicht zu einer reflektierten kritischen Bestandsaufnahme genutzt werden.

Noch ärgerlicher ist die Monografie von Leo Haupts über die Kölner Universität am Übergang vom Nationalsozialismus zur frühen Bundesrepublik.⁹⁶ Sie ist dies vor allem in formaler Hinsicht: Die Darstellung ist kaum strukturiert und vielfach assoziativ, Wieder-

⁹⁶ *Leo Haupts, Die Universität zu Köln am Übergang vom Nationalsozialismus zur frühen Bundesrepublik (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln, Bd. 18), Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2007, 406 S., geb., 49,90 €.*

holungen sind häufig. Kurz und gut: Das Lesen dieses Buches ist eine Qual. Einen Lektor scheint es nicht gegeben zu haben, denn dem hätte auffallen müssen, dass – um nur ein Beispiel zu nennen – auf den Seiten 52 bis 54 einzelne Sätze wörtlich wiederholt worden sind: So habe der von Haupts biografisch sehr freundlich gezeichnete Kölner Neu-Gründungsrektor und Altphilologe Josef Kroll »den Vorrang/die Stärkung der bisher in Köln weniger beachteten Geisteswissenschaften generell [und gleichzeitig die] Zurückdrängung der Fachausbildung und Praxisorientierung in allen Fakultäten« durchgesetzt (S. 53 bzw. S. 54). Es sei – auch hier wurde die Darstellung offenbar von dem Motto getragen: doppelt hält besser – vor diesem Hintergrund zu »einer starken Akzentuierung der Antike, des Mittelalters, aber auch des deutschen Idealismus« gekommen (S. 52 bzw. S. 53). Inhaltlich ist an diesen Passagen bemerkenswert, dass die 1933 ja sehr anpassungswilligen Geisteswissenschaften nicht nur von den Zeitgenossen, sondern in naiver Weise auch von Haupts zum Allheilmittel »gegen die auch in der NS-Zeit fortschreitende Spezialisierung« verklärt werden, wie Haupts in offenbar völliger Unkenntnis der NS-Wissenschaftsgeschichte und in unkritischer Übernahme apologetischer Rhetoriken beteiligter Zeitgenossen während der Nachkriegszeit behauptet.⁹⁷ Inhaltliche Kritik im Einzelnen zu üben, würde hier zu weit führen. Symptomatisch ist freilich, dass Haupts zur Charakterisierung »der 68er« nichts Besseres einfällt, als ausgerechnet Ernst Jünger zu zitieren und dessen Denunziation der damaligen Jugendrevolte gegen verkrustete, spießig-konservative Strukturen als »losgelösten und selbstherrlich gewordenen Geist«, durch den (das ist jetzt negativ gemeint:) »die ›Erziehungsarbeit des bürgerlichen Zeitalters‹ zerstört werden sollte« (S. 378). Neben apologetischen Sentenzen wie der, dass sich »viele Ordinarien« (hier wäre es interessant gewesen zu fragen: Wie viele? Wer? Usw.) lediglich einiger »deutlicher Verbeugungen vor den Machthabern« schuldig gemacht hätten, stehen Trivialitäten wie: »Der Wiederaufbau der Kölner Universität in den ersten zehn Jahren [...] gehört in den Vorgang des Aufbaus der deutschen Gesellschaft nach 1945« (S. 371). Zwar bietet die Darstellung mitunter auch interessante Informationen: So wollte der Nachkriegsrektor Kroll künftigen nationalsozialistischen Anfechtungen vorbeugen, indem er »seinen« Professoren ganz generell Parteimitgliedschaften untersagte, ein Unterfangen, das selbstverständlich scheitern musste (S. 74 f.). Und die lange biografische Passage zu Theodor Schieder (S. 258–283) enthält einzelne neue Details. Sie können den problematischen Gesamteindruck jedoch nicht verwischen. Was lehrt uns eine solche Darstellung wie die des 1927 geborenen Haupts, der von 1947 bis 1953 in Köln studierte, 1979 zunächst außerplanmäßiger, ab 1982 dann besoldeter Professor der Universität Köln wurde? Zeitzeugen sollten sich nicht mit historiografischen Darstellungen versuchen – oder, wenn sie der Versuchung schon nicht widerstehen können, solche dann deutlich als »Erinnerungen« oder »Memoiren« kennzeichnen.

V. FACHBEZOGENE UND REGIONALE ÜBERBLICKSDARSTELLUNGEN

Der österreichischen Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte wurden noch weit größere Hindernisse in den Weg gestellt als der bundesdeutschen Historiografie; das ist oben bereits angedeutet.⁹⁸ Dieses Grundproblem prägt auch den Band »Kontinuität und Bruch 1938 – 1945 – 1955«, der einen Überblick über die österreichische Wissenschafts- und Universitätslandschaft bieten will. Weil neuere Studien anscheinend fehlen, hat der Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien, Friedrich Stadler, ein gutes Jahrzehnt zuvor verfasste Aufsätze im Jahre 2004 offenbar unverändert in einer Neuauf-

97 Zur exkulpatorischen Funktion der rhetorischen Trennung in anwendungsorientierte »Spezial-« und angeblich unpolitische »Grundlagenforschung« vgl. oben, S. 539.

98 Vgl. S. 591 f.

lage herausgegeben.⁹⁹ Johann Dvorak konstatiert in einem kurzen Aufriss, dass der Austrofaschismus ab 1933 dem Nationalsozialismus den Boden bereitet und infolgedessen der Anschluss der »Ostmark« keinen derart markanten Einschnitt bedeutet habe, wie das offiziöse Österreich immer noch gern Glauben machen möchte; auch sei bis 1945 keine starke Widerstandsbewegung entstanden – eine Feststellung, die inzwischen sicherlich unbestritten sein dürfte. Dvorak und ebenso Oliver Rathkolb und Erika Weinzierl in den anschließenden, auf die allgemeine Geschichte Österreichs rekurrierenden Beiträgen zeichnen das Bild einer starken kulturellen Kontinuität zwischen dem »Ständestaat« Dollfuß'scher Couleur und der Zweiten österreichischen Republik. Die siebenjährige nationalsozialistische »Zwischenepoche« fügte sich hier, bei aller Radikalisierung im Einzelnen, offenbar relativ komplikationslos ein – jedenfalls an den Hochschulen und unter Absehung der, in dem Band von Rudolf Haller ausführlicher betrachteten Philosophie. So skizziert Günter Fellner für die österreichische Geschichtswissenschaft, dass deren Repräsentanten immer schon »gewohnt waren, »deutsch« zu denken« (S. 135) und den »Anschluss« längst vollzogen hatten, bevor er offiziell sanktioniert wurde. Für das »Aushängeschild« Heinrich v. Srbik ist dies bekannt.¹⁰⁰ Seine Kollegen standen ihm kaum nach: Der »Deutschböhme« Alfons Dopsch fabulierte von »slawischer Falschheit« und »Hinterhältigkeit«. Der »stets großdeutsch antisemitische« Wilhelm Bauer, in Wien Ordinarius für Neuere Geschichte, kritisierte 1944 Treitschke retrospektiv von rechts, weil jener »zeit seines Lebens dem jüdisch-aufklärerischen Dogma zinspflichtig« geblieben und »das eigentlich jüdische an den Juden zu verschleiern und in dem Begriff des allgemein Menschlichen aufgehen zu lassen« bestrebt gewesen sei. Hugo Hantsch erklärte Österreich zur »Kraftquelle des Deutschtums« (S. 139 f., 144). Hantsch nützte derartige Elogen auf den deutsch-völkischen Nationalismus allerdings wenig, da er sich zuvor für den »Christlichen Ständestaat« engagiert hatte und die misstrauischen Nationalsozialisten ihn deshalb als Hochschullehrer entließen, kurzzeitig internierten und mit einem Publikationsverbot belegten. Auf diese Weise offenbar unfreiwillig zum Antifaschisten gemacht, trat Hantsch 1946 die Nachfolge Srbiks an. Ansonsten scheinen die personellen Kontinuitäten beträchtlich gewesen zu sein. Auch Methoden und Themen änderten sich nach 1938 und anscheinend ebenso nach 1945 zunächst kaum; Hantsch scheint immerhin der Sozialgeschichte zu größerem Gewicht verholfen zu haben (S. 150). Karl Müller skizziert, dass die Literaturproduzenten und Literaturwissenschaftler der Nachkriegszeit überwiegend dieselben waren wie bis 1938. Auch den Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland hatten jene unbeschadet überstanden, nachdem sie offenbar unisono »im Jahr 1938 ihre deutsch-nationalen, völkisch-national-konservativen und nationalsozialistischen Bekenntnisse abgaben oder zumindest als vorbildliche Vertreter ostmärkischer Dichtung verstanden oder zumindest vereinnahmt wurden« (S. 183). Auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene war in Österreich das Jahr 1934 zweifelsohne der entscheidende Bruch. Innerwissenschaftlich müssen die nachhaltigen »Wendepunkte« möglicherweise noch früher datiert werden. Reinhard Knoll nennt für die österreichische Soziologie das Jahr 1926 und begründet dies mit dem Verlauf und den Wirkungen des fünften deutschen Soziologentages, der den »ebenso heftigen wie ungeduldigen Versuchen, die Soziologie in den mitteleuropäischen Totalitarismus [...] einzugliedern und obendrein autoritäre Gesell-

99 Friedrich Stadler (Hrsg.), *Kontinuität und Bruch 1938 – 1945 – 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte (Emigration – Exil – Kontinuität. Schriften zur zeitgeschichtlichen Kultur- und Wissenschaftsforschung, Bd. 3)*, Lit Verlag, Münster 2004, 407 S., kart., 19,90 €.

100 Vgl. als knappen, instruktiven Überblick: *Karen Schönwalder*, Heinrich v. Srbik. Gesamtdeutscher Historiker und »Vertrauensmann« des nationalsozialistischen Deutschland, in: *Doris Kaufmann* (Hrsg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bd. 2, Göttingen 2000, S. 528–544.

schaftsmodelle soziologisch zu begründen«, entscheidend den Weg gebahnt habe (S. 217). Eduard Conte zeigt, dass in der Völkerkunde antisemitische, »christlich-deutsche« Kontinuitätslinien gleichfalls bereits seit Ende der Zwanzigerjahre angebahnt wurden. Sie mussten nur noch rassistisch weiter zugespitzt werden, um ab 1938 komplikationslos in den nationalsozialistischen Wissenschaftsbetrieb eingepasst zu werden. Michael Hubenstorf und Horst Seidler thematisieren in ihren Beiträgen die fatale und in Österreich länger und konsequenter beschwiegene Rolle der Mediziner im Nationalsozialismus, Seidler mit Blick auf die rassistische Segregation, Umsiedlung und teilweise Vernichtung der slowenischen Minderheit in Österreich. Spannend ist schließlich der Aufsatz von Hilde Zaloscer über die Wiener Kunsthistoriker Josef Strzygowski und Hans Sedlmeyr. Strzygowski habe sich auch aufgrund persönlicher Kränkungen nach dem Ersten Weltkrieg auf biologistisch-rassistische Abwege begeben und in immer phantastischere Spekulationen hineingesteigert. So habe er für die Antike die »Existenz zweier Kunstströme« postuliert, darunter eine positive, nämlich die »ursprünglich seelisch und sittlich führende Nordrasse«, deren Entdeckung durch ihn »zwingend für Europa und die Wiederaufrichtung einer kerndeutschen Geistes- und Seelenbesinnung« sei (S. 287 f.). In immer abstruseren Konstrukten setzte er Ende 1938 dann Hitler als »Heilsbringer« Jesus gleich, den das Christentum »aus einem ähnlich befreienden Vorgang [zum] persönlichen Heiland [und] Erlöser gemacht« habe. Das Christentum taufte Strzygowski – in unfreiwilligem Witz – gleich mit in »Heilsglaube« um, »nachdem einmal der Zuruf ›Heil!‹ uns allen als deutsch und nordisch in Fleisch und Blut übergegangen ist!« Dass der 1941 verstorbene Strzygowski gleichzeitig einem extensiven Antisemitismus frönte, braucht eigentlich kaum mehr erwähnt werden (S. 291 f.). Intelligenter und vor allem nachhaltiger wirkte der vor 1945 in Wien, danach in München tätige und 1965 nach Salzburg berufene Hans Sedlmeyr. Sein Œuvre sei eine einzige Abgabe an die moderne Kunst gewesen, mit fatalen Folgen für die österreichische Kunstgeschichte bis in die Gegenwart. Sedlmeyr entwickelte das »Rüstzeug« gegen »jedwede modernen Versuche«; sie würden oft »immer noch mit den Maßstäben der ›entarteten‹ Kunst gemessen, wie sie von den Nationalsozialisten verstanden wurde« (S. 296).

Die fatale Rolle Sedlmeyrs für die österreichische Kunstgeschichte ist auch Thema eines Aufsatzes von Hans H. Aurenhammer in dem 2003 erschienenen, von Jutta Held und Martin Papenbrock herausgegebenen *Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft/Kunst und Politik*.¹⁰¹ In diesem Aufsatz, der den Blick auf das kunsthistorische Institut an der Universität der österreichischen Hauptstadt richtet, zugleich jedoch Aufschluss über die Geschichte dieses Faches in ganz Österreich von 1938 bis 1945 bietet, pointiert Aurenhammer, dass das Institut aufgrund »der eindeutig pronazistischen Haltung der beiden Kunsthistoriker«, d. h. Sedlmeyrs und seines Assistenten Karl Oettinger, nach der Eingliederung ins Großdeutsche Reich »nicht erst gleichgeschaltet zu werden brauchte«. Zu personellen Veränderungen kam es kaum, da in Österreich »schon lange vor 1938 der öffentliche Dienst für jüdische Akademiker verschlossen« war (S. 162). In seinem sehr informativen Aufsatz skizziert Aurenhammer außerdem, dass die Wiener Kunstgeschichte vor dem Hintergrund der ihr übertragenen »Südosarbeit« umfangreiche »zusätzliche Ressourcen« mobilisieren konnte, indem sie für die Jahre 1939 bis 1943 einen – auch »prompt bewilligten« – Vierjahresplan für einen »Vorstoß der deutschen Wissenschaft« gegen die »Vorherrschaft« der »am Balkan lange führenden französischen Kunstgeschichte« auflegte (S. 166). Aufschlussreich ist dieser Passus, weil er deutlich macht, dass die Geistes- und Kulturwissenschaften unter dem Nationalsozialismus keineswegs generell marginalisiert wurden; sie konnten vom NS-Regime auf offenbar nicht unbeträchtliche zusätzliche Ressourcen hoffen, soweit sie sich als zuverlässig nazifiziert erwiesen und den imperialen Zielen des

101 Kunst und Politik. Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft, Band 5/2003. Schwerpunkt: Kunstgeschichte an den Universitäten im Nationalsozialismus, hrsg. von Jutta Held/Martin Papenbrock, Göttingen 2003, 249 S., kart., 22,50 €.

NS-Regimes entgegenarbeiteten. Wichtig ist dieser Beitrag ferner, weil aus ihm exemplarisch für Person und Werk Sedlmeyrs hervorgeht, dass konservativer Katholizismus und Nationalsozialismus, die Begeisterung für das »Erste« wie das Dritte Reich sich keineswegs ausschlossen. Prominente Kulturwissenschaftler wie Sedlmeyr mussten kaum ideologische Verrenkungen vornehmen, um ihre Karriere im »felix Austria« vor 1938 wie nach 1945 bruchlos fortsetzen zu können.

Der von Held und Papenbrock herausgegebene Band und die dort versammelten Beiträge sind auch darüber hinaus instruktiv, denn sie geben dem Fach Kunstgeschichte an verschiedenen deutschen Universitäten und seiner Entwicklung während der NS-Zeit sowie der Stellung und dem Selbstverständnis namhafter Ordinarien Raum. Trotz einer problematischen Einleitung, in der die Herausgeberin Jutta Held sybellinisch behauptet, »dass sich der Gegenstand [die Kunstgeschichte im Nationalsozialismus] gegen eine rein historische Analyse sperrt« und die Historisierung des Nationalsozialismus überhaupt »eine zumindest resignative Haltung gegenüber diesem historischen Extremfall« impliziere (S. 9 f.), ist der Band lesenswert und informativ. Das beginnt bereits mit dem sich anschließenden Aufsatz von Held über die Kunstgeschichte der Münchner Universität und das Selbstverständnis sowie die politischen Grundhaltungen und Kunsttheorien der beiden maßgeblichen Ordinarien dort, Wilhelm Pinder und Horst Jantzen. Pinder, der bis 1935 den kunsthistorischen Lehrstuhl in München innehatte und dann nach Berlin wechselte, sympathisierte ursprünglich mit der modernen deutschen Kunst und versuchte noch nach 1933 anfangs u. a. das Bauhaus für die NS-Diktatur zu »retten«. Nachdem Hitler im September 1934 jedoch die Moderne zur »entarteten Kunst« erklärt hatte, »enthielt sich Pinder [fortan] einer deutlichen Parteinahme für die moderne Kunst« (S. 20). Ausgesprochen anpassungsfähig zeigte sich Pinder auch konzeptionell, indem er die ursprünglich nationalstaatlich eingefasste »völkische Kunstgeschichte in eine groß dimensionierte Raumforschung europäischen Zuschnitts überführt[e]«. Er suchte den »Führungsanspruch Deutschlands kulturell zu fundieren«, indem er den »weiten Radius der deutschen Kunst, ihre ›Ausstrahlung‹ weit über die deutschen Staatsgrenzen hinaus, nachweisen« wollte. »Die alte deutsche Kunstgeschichte [wurde] nicht radikal verworfen, sondern einbezogen in die neuen Perspektiven des ›Dritten Reiches‹, dabei aber umgeschmolzen«. Das ging nicht widerspruchsfrei: »Obwohl im Zeichen eines extremen [auf Prinzipien radikaler In- und Exklusion basierenden] Rassismus konzipiert, ist diese Kunstgeschichte immer nahe daran, ihre eigenen chauvinistischen Grundlagen zu dekonstruieren, die der Dialektik von Eigenem und Fremden [...] nur mühsam standhalten«, eine Ambivalenz, derer sich Pinder »durchaus bewusst« gewesen sei (S. 34 f.). Ähnlich opportunistisch agiert der Marburger Ordinarius für Kunstgeschichte, Richard Hamann. Anfangs gleichfalls ein Anhänger der Moderne, insbesondere der Neuen Sachlichkeit und des Bauhauses, öffnete er sich ab 1934 »den aktuellen Tendenzen der NS-Kunst«, wie Michael H. Sprenger in seinem Aufsatz recht freundlich formuliert. 1945 wird in der Neuauflage seiner Überblicksdarstellung »Geschichte der Kunst von der altchristlichen Zeit bis zur Gegenwart« dann die NS-Kunst, der er in der Auflage von 1938 breiten Raum gegeben hatte, »mit keinem Wort [mehr] erwähnt«, dafür findet sich »nun wieder Werkbund und Bauhaus« an prominenter Stelle (S. 75 f.). Bereitschaft zur elastischen Affirmation, gepaart mit oft enthusiastischer Selbstmobilisierung für den »nationalen Aufbruch« der Nazis, scheint auch sonst ein Grundzug der Kunstgeschichte, und über sie hinaus wohl aller kultur- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen, gewesen zu sein. Typisch für die Tübinger Kunstgeschichte war »eine verstärkte Ausrichtung auf die italienische Kunst [sowie] die Betonung der Rezeption nordischer Kunst«; 1936 bot der dortige Ordinarius »eine Vorlesung zur Kunstgeschichte der Eroberung und Besiedelung des deutschen Ostens an« usw. (S. 94, 98). Auch der neben Pinder und Jantzen prominenteste Kunsthistoriker der Weimarer Republik, Albert Erich Brinckmann, der 1935 von Berlin nach Frankfurt a. M. ging, zeigte – entge-

gen seiner späteren Selbststilisierung als vom Nationalsozialismus Verstoßener – ausgeprägte Anpassungsfähigkeiten. Nach 1933 vertrat er dezidiert einen »völkerpsychologischen Ansatz« und führte »letztlich alle großen Kunstwerke auf germanischen Einfluss zurück«. In der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre kooperierte er eng mit dem Frankfurter Oberbürgermeister und prominenten NSDAP-Kommunalpolitiker Albert Krebs und gab u. a. mit jenem zusammen die Schriftenreihe »Geistiges Europa« heraus, die den deutschen Vormachtsanspruch im europäischen Kulturleben manifestieren sollte. Daneben entwickelte Brinckmann Pläne für ein kunsthistorisches Institut in der Mainmetropole, das zum Dach einer über Dependancen in ganz Europa weit verzweigten, auf eine positive Imagepolitik des NS-Regimes ausgerichteten »Forschungsgemeinschaft für deutsche Kunst und Wissenschaft« bzw. »für geistige und kulturelle Beziehungen Deutschlands« werden sollte (S. 128 ff.). In seiner inhaltlichen Stoßrichtung unterschied sich dies kaum vom Selbstverständnis der in der Reichsuniversität Posen etablierten Kunstgeschichte, deren Ziel es war, die »Grenzlandkunst« des »Warthegaues« in ihren »wehrhaften Wesenszügen« (S. 146 f.) zu elaborieren und für die »Ostraum«-Besiedlung mit arischen Volksgenossen zu funktionalisieren. Im Unterschied zu den auf Westeuropa orientierten Kunsthistorikern waren, wie Adam S. Labuda exemplarisch für die an der Universität Posen angestellten Kulturwissenschaftler skizziert, die in den besetzten osteuropäischen Gebieten aktiven kunsthistorischen Experten allerdings unmittelbar in die Selektion erhaltenswerter, natürlich »deutscher« auf der einen und solcher Kulturgüter auf der anderen Seite involviert, die im Rahmen der »Neuordnung« der Zerstörung anheimfallen sollten. Ein Aufsatz Papenbrocks zum kleinen Freiburger Institut für Kunstgeschichte und den dortigen Ordinarius Kurt Bauch, der gleichfalls deutlich macht, wie hochgradig anschlussfähig elitär-konservative (zudem von der Heidegger'schen Philosophie beeinflusste) Positionen an den ideologisch ja heterogenen Nationalsozialismus waren, komplettiert den interessanten Band, an dessen Schluss eine kommentierte, instruktive Bibliografie einiger neuerer Spezialuntersuchungen zur Kunst und Kunstgeschichte während des Dritten Reiches gestellt ist.

Damit ist die Kunstgeschichte und ihr Selbstverständnis sowie ihre Praxis an den Universitäten zwar gewiss noch nicht erschöpfend dargestellt. Aber das Bild dieser wichtigen, kulturwissenschaftlichen Disziplin gewinnt für die NS-Zeit doch deutlich schärfere Konturen. Zusammen mit den inzwischen ziemlich zahlreichen einschlägigen Monografien bieten der genannte Band und weitere handbuchähnliche Publikationen wie etwa der von Hartmut Lehmann und Otto Gerhard Oexle herausgegebene Band über den »Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften«¹⁰² – in dem die Kunstgeschichte kein Thema ist – oder das jüngst erschienene, von Ingo Haar und Michael Fahlbusch herausgegebene »Handbuch zur Geschichte der völkischen Wissenschaften«¹⁰³ die Möglichkeit, sich leicht ein dennoch facettenreiches Bild über die Entwicklung der Geistes-, Sozial-, Rechts- und Kulturwissenschaften zu verschaffen.

Wer das gesamte, inzwischen nur noch schwer überschaubare Spektrum an Arbeiten zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte durcharbeitet, wird darüber hinaus überrascht feststellen, dass manche der Beiträge in den zahlreichen, hier vorgestellten Bänden auch Passagen zu »disziplinfremden« Aspekten enthalten, die man angesichts anderslautender Titel und Themenstellungen in den jeweiligen Aufsätzen nicht vermuten sollte. So findet sich z. B. in einem der Beiträge in dem vorgestellten Band zur Medizinischen Fakultät der Grazer Universität¹⁰⁴ ein aufschlussreicher Exkurs über den Althistoriker Fritz

102 Hartmut Lehmann/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Bd. 1: Fächer – Milieus – Karrieren, Göttingen 2004. Vgl. dazu meine Rezension in: AfS 45, 2005, online, URL: <<http://library.fes.de/fulltext/afs/htmrez/80657.htm>> [23.6.2008].

103 Ingo Haar/Michael Fahlbusch (Hrsg.), Handbuch zur Geschichte der völkischen Wissenschaften, München 2008.

104 Vgl. oben, S. 591 f.

Schachermeyr. Dieser war offenbar ähnlich phantasievoll veranlagt wie sein kunsthistorischer Kollege Strzygowski, denn auch er gestaltete die Antike zu einem Kampfplatz zwischen der »nordischen« und der »wüstenländischen Rasse« aus. Dem »vorderasiatisch-armenoiden Blut« als der vorgeblich dritten »Rasse«-Strömung der europäischen Antike wurde – das war originell – die Rolle des perfiden Bösewichts zugewiesen, vornehmlich den in diese dritte »Rasse«-Strömung eingeschlossenen Juden. Sie galten dem Althistoriker selbstverständlich auch für die Antike als die »blutmäßigen Schmarotzer im Abendlande« und wurden für alles destruktiv-subversive Wirken, sozusagen den Untergang der antiken Hochkulturen, verantwortlich gemacht (S. 124 f.). Wie weit derartig krause Projektionen nationalsozialistischer Rassephantasien auf die Antike an deutschen und österreichischen Universitäten verbreitet waren, wie sie nach 1945 weiterwirkten, wäre noch genauer zu recherchieren. Rassistische Phantasten wie Schachermeyr wurden aus den Universitäten jedenfalls nicht entfernt bzw. durften nach einer »Schamfrist« ihre Lehrtätigkeit wieder aufnehmen. Schachermeyr setzte seine Karriere 1952 an der Universität Wien fort. Schülernde Persönlichkeiten wie Schachermeyr sind im Übrigen noch in anderer Hinsicht aufschlussreich: Der ab 1940 Grazer und später Wiener Ordinarius für Alte Geschichte sympathisierte wie manch anderer seiner Kollegen¹⁰⁵ Anfang der Dreißigerjahre mit Mussolini und dem italienische Faschismus. Hitler und die NS-Bewegung schienen ihm demgegenüber aufgrund ihres rabaukenhaften Auftretens politisch noch »unreif«; immerhin hoffte er bereits 1932 positiv, »dass Adolf Hitler auch hinsichtlich des politischen Weitblicks seinem politischen Vorbild Benito Mussolini nahe kommen werde« (S. 125). Er war, gerade Anfang der Dreißigerjahre im ständefaschistischen Österreich mit seinen engen Beziehungen nach Italien, nicht der einzige, der solcherart Hoffnungen hegte.

Wie »normal« lief der Universitätsbetrieb zwischen 1933 und 1945 weiter? Oder besser (da der Terminus »Normalität« in historischen Untersuchungen eigentlich keinen Platz haben sollte): Wie stark wirkten die Kontinuitäten? Wie tief gingen die Brüche? Dazu sind in dem eingangs vorgestellten, von v. Bruch und Kaderas herausgegebenen Aufsatzband pointiert Thesen formuliert worden. Notger Hammerstein erklärt dort, dass »Universitätskarrieren [weiterhin] dem Muster [folgten], wie sie seit dem Kaiserreich üblich waren, die Universitäten ergänzten sich wie ebenfalls damals gewohnt«; eine »positive Beförderung schwacher Gelehrter nationalsozialistischer Gesinnung gelang höchst selten«; sie »blieben meist – wenn auch für die Betroffenen grausam ungerechte und bittere – Einzelfälle, die die breite Hochschullandschaft eher marginal tangierten«. Auch strukturell habe sich wenig verändert, so Hammerstein. »Uneingeschränkt galt nach wie vor das Ordinarienprinzip«; nicht zuletzt »entwickelten die neuen (jungen) Ordinarien rasch – und meist entschiedener als die älteren – alle die einem Ordinarius zugeschriebenen Eigenschaften«. Die Habilitation blieb zentrale Zugangsvoraussetzung, der »traditionelle Dreilistenvorschlag« allgemein geübte Praxis und wurde im Allgemeinen auch »vom Ministerium akzeptiert«. »Die Gottähnlichkeit des Ordinarius« wurde kaum tangiert; »jeder dachte zunächst an sich und dann an die Zukunft«. ¹⁰⁶ Diese These scheint auf der Konferenz, aus der der Band von v. Bruch/Kaderas hervorgegangen ist, kräftigen Widerspruch hervorgehoben zu haben. Namentlich Lothar Mertens glaubte gegen die These Hammersteins, strukturell habe sich »eigentlich nichts wesentliches verändert«, »nachdrückliche Korrekturen« anmelden und »inhaltliche Retuschen« vornehmen zu müssen. Sein zentrales, im Grunde einziges Argument: Der NSD-Dozentenbund, aber auch die NS-Studentenschaft habe »großen politischen Einfluß geltend« gemacht und »Teilelemente der Hochschulverfassung politisch instrumentalisiert«, das Reichswissenschaftsministerium sich in die Beru-

105 Zur Faszination, die der Mussolini-Faschismus auf zahllose rechte Intellektuelle und auch Angehörige der wissenschaftlichen Elite in Deutschland ausübte, vgl. auch oben, S. 582.

106 Notger Hammerstein, Wissenschaftssystem und Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus, in: v. Bruch/Kaderas, Wissenschaften und Wissenschaftspolitik, S. 219–224, hier: S. 219 f.

fungspolitik immer wieder eingemischt.¹⁰⁷ Man hat bei diesem empörten Aufschrei von Mertens den Eindruck, dass ihm die Haltung zugrunde liegt, dass, wenn wie bei Hammerstein strukturelle Kontinuitäten im universitären wie außeruniversitären Bereich konstatiert werden, Lehre und Forschung aufgewertet und normativ positiv aufgeladen würden, ihnen ein respektvoller Lorbeerkrantz geflochten würde, mit dem eine naive Bürgerlichkeit universitäre wie überhaupt wissenschaftliche Exzellenz generell gern umgibt. Ein solch normativer Blick auf die Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte ist freilich fehl am Platze. Er macht blind für die zahlreichen Kontinuitäten, die sich vor wie nach 1933 und vor wie nach 1945 feststellen lassen.

Zwar ist nach Fächern und nach Universitäten zu differenzieren. Jedoch scheint alles in allem – das zeigt stärker noch der Blick in die außeruniversitäre Forschung – der für Wissenschaft konstitutive Grundsatz, nach wissenschaftlichen Meriten zu berufen bzw. zu befördern, zwischen 1933 und 1945 tatsächlich weitgehend gewahrt worden zu sein. Vor das meritokratische Prinzip wurde allerdings ein rassistischer Filter gespannt.¹⁰⁸ Einen (zusätzlichen) politischen Filter vor die bleibenden meritokratischen Berufungs- und Beförderungsbedingungen zu schieben, war jedoch letztlich meist nicht notwendig: Die meisten Kandidaten für die Besetzung hoher und höchster Funktionen in Forschung und Lehre, so sie sich nicht ohnehin aktiv mit dem NS-Regime identifizierten, huldigten überwiegend einem als »unpolitisch« verstandenen, vielfach völkisch geprägten, oft genug antisemitisch unterlegten Nationalismus; offen oppositionell gestimmt waren sie jedenfalls in aller Regel nicht. Ein Ruhmesblatt sind die bei Hammerstein im Übrigen nur angedeuteten strukturellen Kontinuitäten für die deutsche Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte gewiss nicht. Sie zeigen vielmehr, dass Wissenschaft – gleichgültig ob institutionell eingefasst oder nicht – immanent über keinerlei Barrieren verfügt, die sie gegenüber nationalsozialistischen Anfechtungen resistent sein ließe. Politisch-moralisch sind Wissenschaft und ebenso die Strukturen, in denen sie sich bewegt, »neutral«, d. h. jedem System kompatibel und können genauso gut für demokratische wie für faschistische oder sonst wie autoritäre Systeme funktionalisiert werden. »Demokratisch« werden oder bleiben Forschung und Lehre nur durch die Kontrolle einer demokratischen Gesellschaft.

VI. NS-WISSENSCHAFTSGESCHICHTE: OFFENE FRAGEN UND KÜNFTIGE FORSCHUNGSFELDER

Überblickt man die neuere Forschung zu den Hochschulen und zur außeruniversitären Forschung, fallen eine Reihe von methodischen bzw. konzeptionellen Grundproblemen sowie empirischen Desiderata auf. Die folgenden, in neun Punkte untergliederten Überlegungen sind auf die NS-Zeit auch deshalb konzentriert, weil das Dritte Reich für das Verständnis der deutschen und europäischen Geschichte während des 20. Jahrhunderts zentral ist und die vorgestellten Titel diesen Zeitraum überwiegend ins Zentrum gestellt haben.

Erstens: In der historischen Forschung zu Wissenschaft und Lehre unter dem Nationalsozialismus werden Herrschaft und Gesellschaft oft immer noch – meist unausgesprochen

107 Ebd., S. 225 ff. Darüber hinaus führt auch Mertens die Deutsche Physik als Beispiel dafür an, dass das NS-Regime den Universitäten »in verheerender Weise« den Universitäten seinen Willen oktroyiert habe. Dass dies nur für die relativ kurze Phase der ideologisch hochgradig aufgeladenen Etablierung des NS-Regimes galt, ist bereits erwähnt worden. Vgl. oben, S. 553. Mertens haut den Sack, die Deutsche Physik, und meint den Esel, das deutsche Universitäts- und Wissenschaftssystem. Das jedoch war keineswegs so ideologisiert und dysfunktional aufgestellt, wie der Verweis auf die Deutsche Physik suggeriert.

108 Vgl. exemplarisch für die KWG und ihre Institute *Hachtmann*, *Wissenschaftsmanagement*, hier insb. Bd. 1, S. 540–543, Bd. 2, S. 785–792.

– als einander diametral gegenüber stehende ›Blöcke‹ begriffen. Eine solche bipolare Sichtweise führt in die Irre. Gewiss war das Hitler-Regime polykratisch aufgesplittert und von oft heftigen Rivalitäten durchzogen.¹⁰⁹ Es bildeten sich zudem Formen »neuer Staatlichkeit« aus¹¹⁰, die mit geläufigen Begriffen nicht zu fassen sind. ›Politik‹ wurde an anderen Orten und in anderer Weise als zuvor formuliert und kommuniziert; allein deshalb ist es für die Jahre 1933 bis 1945 oft schwierig, Herrschaft überhaupt institutionell einzugrenzen. Vor allem aber war das Herrschaftsgefüge des Dritten Reiches tief in der Gesellschaft verankert. Die Akteure, die 1933 die politischen Bühnen betraten, und ebenso die NS-Organisationen sowie die zahlreichen neuen Institutionen, die nach der »Machtergreifung« entstanden, waren schon bald mit breiten Schichten der deutschen Gesellschaft – vor allem mit den etablierten Eliten, aber auch mit breiten bürgerlichen und mittelständischen Schichten sowie den traditionellen Verwaltungen unterschiedlichster Couleur – so eng verwoben, dass eine rigide Scheidung in Herrschaft und Gesellschaft so wenig möglich war wie in Partei und Staat. Auch und gerade die Forschungseinrichtungen, gleichgültig ob inner- oder außerhalb der Universitäten, sowie die Akteure in den wissenschaftlichen Institutionen wurden zu einem Teil eines politisch-wirtschaftlich-militärisch-wissenschaftlichen Komplexes, dessen Bedeutung innerhalb des vielschichtigen NS-Gesamtsystems kontinuierlich wuchs. Auch viele derjenigen Personen, die sich selbst nicht als Nationalsozialisten verstanden, indes glaubten, aus einem »preußischen Pflichtgefühl« heraus das Beste für ihr »Vaterland« tun zu müssen, wurden oft genug zu zentralen personellen Trägern dieses zudem hochgradig dynamischen Systems.

Zweitens: Insbesondere in den anlässlich von runden Jahrestagen und Jubiläen erschienenen Bänden zur Geschichte einzelner Universitäten steht die Frage nach Widerstand oder Anpassung während der Zeit des Dritten Reiches oft im Vordergrund. Thematisiert wird diese Frage freilich meist nur holzschnittartig. Für das Gros der Hochschullehrer und außeruniversitären Forscher ist 1933/34 eine individualbiografisch oft verwirrende ›mentale‹ Gemengelage aus positiver Grundhaltung und partieller Nonkonformität typisch. Partielle Resistenz – selten genug zu beobachten – ist zudem nicht mit politischer Opposition zu verwechseln. Hinter nonkonformem Verhalten stand häufig eher die Beharrungskraft eines z. B. konfessionellen Traditionalismus oder auch ein für Hochschullehrer und Wissenschaftler ziemlich typischer, generell ausgeprägter Individualismus, der gegenüber der vermeintlichen ›Vermassung‹ des NS auf Distanz blieb. Eine vielfältig abgestufte Nonkonformität und eine ähnlich komplexe Anpassungsbereitschaft schlossen sich nicht aus; sie koexistierten. Dies gilt auch für die ›Gegenseite‹. Zu Unrecht ist der nationalsozialistische Widerpart in den einschlägigen staatlichen und quasi-staatlichen Funktionen und Institutionen des Hitler-Regimes in vielen Untersuchungen zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte gleichfalls meist grobschlächtig konstruiert. Präsentiert wird gern ein ungehobelter, fanatisch nach fixen ideologischen Maximen handelnder NS-Funktionär, dem gute Manieren fremd waren und der auch sonst einen nicht-bürgerlichen Habitus kultivierte. Ab Juli 1934, spätestens ab Ende 1936 dominierte im wissenschaftspolitischen Bereich jedoch der bürgerliche NS-Funktionär. Ihn trennten keine habituellen Schranken mehr vom Hochschullehrer und außeruniversitären Forscher. Neben den für das Bürgertum

109 Hier kann nur darauf hingewiesen werden, dass zersplitterte Institutionen und Kompetenzen allein kein Spezifikum der NS-Diktatur waren, sondern sich auch bereits z. B. für die föderale Weimarer Republik feststellen lassen. Ein modern gefasster Begriff von »Polykratie« zielt freilich auf mehr, u. a. auf eine bestimmte Herrschaftspraxis und spezifische Formen der (politischen) Kommunikation.

110 Vgl. *Rüdiger Hachtmann*, »Neue Staatlichkeit« im NS-System – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue, in: *Jürgen John/Horst Möller* (Hrsg.), *Die NS-Gaue – regionale Mittelinstanzen im zentralistischen ›Führerstaat‹?*, München 2007, S. 56–79.

generell typischen, starken Identifikationen mit den nationalistischen Zielen des NS-Regimes erklärt dieser Aspekt wesentlich die ab Mitte der Dreißigerjahre im Allgemeinen reibungslose Kooperation auch der schon lange etablierten (nicht-jüdischen) Akteure in Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen mit der Diktatur. Die Anpassungsprozesse waren zweiseitig: So wie sich die Hochschullehrer den Erwartungen des Regimes anpassten, passten sich umgekehrt die wissenschaftspolitischen Funktionsträger der Diktatur den habituellen Mustern wie den materiellen Wünschen der Forscher und Hochschullehrer an. Universitäten waren in Deutschland überdies niemals demokratische Institutionen gewesen. Die inneruniversitären Friktionen und Konflikte in der ersten Zeit nach der NS-Machtergreifung resultierten, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, in erster Linie aus habituellen Differenzen; es war ein großbürgerliches Distinktionsverhalten und weniger eine politisch begründete Resistenz, was die Hochschullehrer gegenüber den anfangs tonangebenden Rabauken aus den Reihen der SA und des NSDStB auf Distanz hielt.

Hinzu kommt ein Weiteres: Die Hochschulen waren traditionell schroff-hierarchisch strukturiert; die Akteure dort verstanden sich traditionell auf Anpassung. Sie hatten in der Antizipation der Wünsche der politisch und militärisch Mächtigen sowie der Ausnutzung von für sie günstigen politischen Konstellationen immer schon eine gewisse Elastizität an den Tag gelegt. Ausgangspunkt künftiger Untersuchungen sollte deshalb die von Hoßfeld, John, Lemuth und Stutz getroffene Feststellung sein, dass die überkommene deutsche Ordinariatenuniversität strukturell »kein Ort des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus sein konnte«¹¹¹ und die Affinitäten der etablierten, überwiegend spätwilhelminisch sozialisierten Hochschullehrer zum Extremnationalismus der Nationalsozialisten erheblich waren.

Drittens: Diese Affinitäten sind genauer in den Blick zu nehmen und für herausragende Persönlichkeiten des deutschen – und österreichischen – Universitätslebens exemplarisch zu rekonstruieren. (Der Zugriff auf entsprechende Ego-Dokumente ist in den letzten Jahren erheblich verbessert worden.) Dabei ist nicht nur an die politische Sozialisation im Spätwilhelminismus zu denken. Kaum im Fokus der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte ist bisher die Faszination, die darüber hinaus der italienische Faschismus auf die mitteleuropäische Professorenkultur ausgeübt hat. Zu berücksichtigen sind, wenn man sich die anscheinend sehr verbreitete Attraktivität Mussolini-Italiens für die Kultur- und Wissenschaftseliten des Weimarer Deutschlands erklären will, u. a. drei Aspekte: Das mit antiken und mittelalterlichen bzw. frühneuzeitlichen Kulturstätten gespickte Italien stand und steht als Blickfang und Reiseziel seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis heute im Fokus gerade des deutschen Bildungsbürgertums. Der Marsch auf Rom und die Machtübergabe an die Mussolini-Faschisten tat dem Italienskult und dem – im Vergleich zu heute quantitativ zweifellos spärlichen – bildungsbürgerlichen Tourismus Richtung Apenninhalbinsel keinen Abbruch. Darüber hinaus übte das faschistische System Italiens gerade auf die reichsdeutschen wie österreichischen Eliten eine oft ungemaine Faszination aus, weil es monarchistisch blieb. Affinitäten zu faschistischem Gedankengut, wie sie sich etwa für die Wortführer der »Konservativen Revolution« nachweisen lassen, ließen sich vorzüglich mit einer in den alten Eliten verbreiteten Hohenzollernnostalgie und der Sehnsucht nach einer Wiederherstellung spätwilhelminischer Verhältnisse vereinbaren. Die im Diktum der »verspäteten Nationsbildung« zum Ausdruck gebrachten vermeintlich gemeinsamen historischen Wurzeln Italiens und Deutschlands verstärkten diese Affinitäten.

Viertens: Will man Mentalitäten und politische Haltungen der Eliten in Wissenschaften und Hochschulen historisch angemessen rekonstruieren, dann müssen außerdem die Netzwerke größere Beachtung finden, in denen sich die alten Eliten nicht nur aus Universität und Wissenschaft, sondern ebenso aus Wirtschaft und Verwaltung mit den sich zuneh-

111 Vgl. oben, S. 578.

mend verbürgerlichenden Angehörigen der neuen braunen Elite zusammenfanden. Die zahlreichen nach 1933 weiter bestehenden Bildungsgesellschaften, Kultur- und Geselligkeitsvereinigungen für die gehobenen Schichten sowie die sonstigen Herrenklubs sollten weit mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen, als dies bisher geschehen ist. Die exemplarisch für Jena und Weimar diskutierte These Justus H. Ulbrichts, dass »sich der Schulterschluss zwischen dem ›Extremismus der Mitte‹ und dem Rechtsextremismus radikaler ›Revolutionäre von rechts‹ innerhalb honoriger bürgerlicher Vereinigungen vollzogen hat«¹¹², wäre auch für andere Orte und Regionen empirisch zu überprüfen – nicht nur, aber doch auch mit Blick auf Hochschulen und außeruniversitäre Einrichtungen. Zu fragen wäre überdies genauer nach Funktion und Intensität dieses »Schulterschlusses«: Vor allem über solche Netzwerke – die man auch als Teile einer ›nationalsozialistischen Zivilgesellschaft‹ bezeichnen könnte (wenn man den Begriff nicht normativ aufgeladen verwendet, sondern zu einer analytischen Kategorie machen will) – lässt sich zum einen der Grad der inhaltlichen Übereinstimmung zwischen Hochschullehrern und Forschern auf der einen Seite und maßgeblichen Nationalsozialisten auf der anderen Seite »messen«. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die nationalsozialistische Ideologie ein um zentrale, handlungsleitende Kernelemente angesiedeltes Ideologiekonglomerat war, auf die man sich je nach Interessenlage in unterschiedlicher Weise beziehen konnte. Über den genaueren Blick auf Gesellschaften und Vereinigungen der genannten Art, aber auch über die schwer fassbaren wissenschaftlichen, oft interdisziplinär angelegten, interinstitutionellen Netzwerke¹¹³ ließe sich zudem genauer eruieren, wer auf welche Weise materielle und immaterielle Ressourcen für Fachdisziplinen und konkrete Forschungseinrichtungen mobilisierte.

Fünftens: Zwar liegen für die meisten bundesdeutschen Universitäten und Technischen Hochschulen inzwischen Untersuchungen auch für die NS-Zeit vor. Ein Problem ist freilich, dass diese konzeptionell meist sehr unterschiedlich angelegt sind. Ein Vergleich der Hochschulen und ihrer Geschichte nicht nur während der NS-Herrschaft wird dadurch beträchtlich erschwert. Eine allzu starke, vereinheitlichende Schematisierung künftiger Universitäts-Geschichten wird sicherlich nicht sinnvoll sein; künftige Studien sollten jedoch stärker vergleichend angelegt werden, als dies bisher im Allgemeinen der Fall gewesen ist.

Sechstens: Die Forschung zur Geschichte der Wissenschaften nicht nur unter dem Nationalsozialismus hat sich bisher wesentlich auf die immanente Entwicklung von Forschung und Lehre beschränkt. Parallel zum Aufstieg der modernen Wissenschaften, ihrer wachsenden Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft, suchten Hochschullehrer, Forscher und Publizisten jedoch immer wieder die institutionellen Grenzen zu sprengen und in zunehmend breitere Bevölkerungsschichten hineinzuwirken. Dahinter stand zunächst das Anliegen, die Öffentlichkeit dafür zu gewinnen, dass Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in ausreichendem Maße Ressourcen zur Verfügung gestellt würden. Zentrale außeruniversitäre Wissenschaftsinstitutionen bildeten frühzeitig bereits sehr moderne Formen von Öffentlichkeitsarbeit und Pressepolitik aus und waren sorgsam auf Imagepflege bedacht.¹¹⁴ Darüber hinaus war es vielen Professoren und der außeruniversitären Forschung aber auch ein quasi weltanschauliches Anliegen, mindestens die gebildeten Schichten für bestimmte Wissenschaftsauffassungen zu gewinnen, oder sie wollten einfach nur aufklärend tätig sein. Der Frage, wie sich die Universitäten und ihre Reprä-

112 Vgl. oben, S. 582 f.

113 Wichtige Ansätze in diese Richtung bieten die im Aufsatzband *Helmut Maier* (Hrsg.), *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und Wissenstransfer. Die Organisation kriegsrelevanter Forschung und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im NS-System*, Göttingen 2007, versammelten Studien.

114 Vgl. *Hachtmann*, *Wissenschaftsmanagement*, hier insb. Bd. 1, S. 179–188, Bd. 2, S. 725–741.

sentanten in der lokalen wie überregionalen Öffentlichkeit präsentierten, ist bisher bestenfalls beiläufig – meist im Rahmen der Darstellung von Jubiläumsfeiern, die sich dann lediglich auf die Präsentationen der jeweiligen Institution zu festlichen Anlässen bezogen – und nicht umfassend nachgegangen worden. Dies führt zur Frage nach der Popularisierung von Wissenschaft.¹¹⁵ Wie wurde Wissenschaft popularisiert? Wie veränderte sich die Haltung breiter Bevölkerungsschichten, kontextabhängig und sozialhistorisch spezifiziert, infolge von Popularisierungsbemühungen zu den Einzeldisziplinen? Wie wirkte Wissenschaft auf Weltanschauung? Popularisierung und Politisierung von Wissenschaften hängen in starkem Maße zusammen. Die Politisierung von Wissenschaften und die Verwissenschaftlichung von Politik ist als genereller Trend moderner Gesellschaften oft konstatiert worden. Zugleich jedoch, und nicht unabhängig vom Prozess der Politisierung, gewann auch die Popularisierung von Wissenschaft an Bedeutung – mit teilweise fatalen Folgen, wenn man etwa an die breite Akzeptanz eugenischer Konzepte und überhaupt die Ausbildung rassistischer Anschauungen denkt. Dieser spannungsreiche Prozess zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, die Adaption wissenschaftlicher Erkenntnisse oder sich wissenschaftlich gerierender Theorien durch breite Bevölkerungsschichten ist bisher noch nicht eingehender untersucht worden.

Siebtens: Die von Ash 2002 für die NS-Zeit konstatierte »Auslagerung von Forschungsgebieten aus der Universität in die Industrie und in staatliche bzw. halbstaatliche Forschungseinrichtungen«¹¹⁶ ist für markante Institutionen inzwischen eingehender thematisiert worden. So sind die meisten Forschungseinrichtungen der KWG für die Zeit bis 1945 (und zum Teil darüber hinaus) gründlich untersucht worden.¹¹⁷ Über andere ist dagegen kaum etwas bekannt, z. B. über die vom Reichsamt für Wirtschaftsausbau unter Carl Krauch ins Leben gerufenen »Vierjahresplan-Institute«. Etwas besser sieht die Situation für die unmittelbar mit Wirtschaftsunternehmen verbandelte Forschung aus, nimmt man die Zahl der Publikationen zum Maßstab. Allerdings verbleiben die meisten, oft zudem lediglich kursorischen Ausführungen zur Industrieforschung im Rahmen einer traditionalistisch-deskriptiv aufgefassten Wissenschaftsgeschichte. Ihre Verknüpfung mit anderen Ebenen außeruniversitärer wie universitärer Wissenschaft ist bisher nur ausnahmsweise in den Blick geraten.¹¹⁸ Weiter: Erst in Ansätzen ist die vielfältige formelle wie informelle

115 Angemahnt von *Szöllösi-Janze*, *Institutionelle Umgestaltung*, S. 73.

116 Vgl. oben, S. 540 f. Ähnlich *Szöllösi-Janze*, *Institutionelle Umgestaltung*, S. 72. Dieses Defizit ist seit 2002 lediglich durch die Arbeiten zur KWG sowie von Flachowsky zum Reichsforschungsrat etwas verkleinert worden.

117 Vgl. Fußnote 2. Allerdings bestehen selbst mit Blick auf die KWG noch empfindliche Defizite. So ist z. B. das politisch bedeutsame KWI für ausländisches internationales und Völkerrecht bisher noch nicht eingehender untersucht worden. Der Aufsatz von Hueck wirft lediglich erste Schlaglichter; vgl. *Ingo Hueck*, *Die deutsche Völkerrechtswissenschaft im Nationalsozialismus*. Das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das Hamburger Institut für auswärtige Politik und das Kieler Institut für internationales Recht, in: *Kaufmann*, *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bd. 2, S. 490–527.

118 Eine Ausnahme bildet hier die Monografie von Maier, der sich ausführlich am Beispiel der Metallforschung den engen Beziehungen auch zwischen industrieller sowie nicht-industrieller, außeruniversitärer Forschung widmet: *Maier*, *Forschung als Waffe*. Vgl. außerdem *Sören Flachowsky*, »Alle Arbeit des Instituts dient mit leidenschaftlicher Hingabe der deutschen Rüstung«. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung als interinstitutionelle Schnittstelle kriegsrelevanter Wissensproduktion 1917 bis 1945, in: *Maier*, *Gemeinschaftsforschung*, S. 153–214, insb. S. 160 ff., 178–186; *Schmaltz*, *Kampfstoff-Forschung*. Zur engen Kooperation zwischen Heer und Wissenschaft vgl. neben *Maier* (*Forschung als Waffe*) vor allem *Burkhard Ciesla*, *Das Heereswaffenamt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im »Dritten Reich«*. Die militärischen Forschungsbeziehungen zwischen 1918 und 1945, in: *Maier*, *Gemeinschaftsforschung*, S. 32–76.

Vernetzung wissenschaftlicher Forschung über einzeldisziplinäre wie institutionelle Grenzen hinaus untersucht worden.¹¹⁹ Zur Vernetzung der Wissenschaften und der sie tragenden Institutionen gehören im Übrigen auch Zeitschriften und Wissenschaftsverlage; ihre Geschichte ist gleichfalls bisher bestenfalls in Ansätzen erforscht.

Achtens: Die neuere wissenschaftshistorische Forschung hat im letzten Jahrzehnt verstärkt personelle und institutionelle Kontinuitäten in den Blick genommen und sich insbesondere von den Zäsuren 1933 und 1945 nicht hindern lassen, über den zeitlichen Tellerrand hinauszublicken. Auch hier bleibt indes noch viel zu tun. Wie wichtig es ist, den Nationalsozialismus nicht aus der Moderne herausdefinieren, zeigen – neben der vergleichenden Genozidforschung, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat – die oben vorgestellten Arbeiten zum Generalplan Ost und zu dessen ›Vätern‹, die eine Verinselung der Darstellung auf das Dritte Reich zu vermeiden trachten und Vorgeschichte wie die ›zivilisiertere‹ Fortsetzung der NS-Raumplanung in den Blick nehmen. Irrwitzige und barbarische Machbarkeitsutopien und ›planerischer‹ Größenwahn waren, wie insbesondere der von Heinemann und Wagner herausgegebene Band zeigt, keineswegs nur auf die zwölf Jahre der NS-Herrschaft und auch keineswegs nur auf den deutschen und europäischen ›Raum‹ beschränkt. Gerade mit Blick auf manche der in der jüngeren Vergangenheit generierten Projekte sollte die künftige Forschung stärker als bisher implizite und explizite Kontinuitätsstränge herausarbeiten.

Neuntens: Es fällt auf, dass zu den materiellen Grundlagen von Lehre und Forschung, nicht zuletzt zu ihrer Finanzierung, bisher kaum Arbeiten vorliegen. In den Universitätsgeschichten – die oft unter dem Problem leiden, zu runden Jubiläen erstellt, mithin meist unter erheblichem Zeitdruck produziert werden zu müssen – fehlen solche Beiträge bisher. Für die außeruniversitäre Forschung sind solche Untersuchungen in größerem Umfang immerhin für die Notgemeinschaft/DFG und die KWG durchgeführt worden.¹²⁰ Dass Untersuchungen zur Etatentwicklung und materieller Ausstattung von Hochschulen wie außeruniversitären Forschungseinrichtungen angesichts der oft lückenhaften Quellen und auch aus methodischen Gründen (zahlreiche Finanziere, schwarze Kassen, schlampige Buchführung usw.) meist nicht ganz einfach sind, darf kein Hinderungsgrund sein. Wenn man das Diktum Mitchell Ashs ernst nimmt, dass über Stellung, Funktion und Selbstverständnis von Wissenschaft – und zwar von allen Einzeldisziplinen – die jeweils spezifischen »Ressourcenkonstellationen« entscheiden, dann kommt gerade auch den trivialen, tatsächlich mobilisierten materiellen Ressourcen ein hoher Stellenwert zu. Sie müssen weit stärker in den Fokus genommen werden als dies bisher der Fall ist, nicht zuletzt um dem nicht einfach zu beantwortenden Verhältnis von Wissenschaft und Nationalsozialismus schärfere Konturen zu geben. Der aktuelle kulturalistische Mainstream sollte die Wissenschaftsgeschichte nicht daran hindern, sich auch und gerade diesen ›harten Fakten‹ zuzuwenden.

119 Wichtige Ansätze in dieser Hinsicht bieten die versammelten Aufsätze in *Maier*, Gemeinschaftsforschung.

120 Vgl. *Flachowsky*, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat, hier insb. S. 374–390; *Hachtmann*, Wissenschaftsmanagement, Bd. 1, S. 191–258; *ders.*, Der Ertrag erfolgreichen Wissenschaftsmanagements. Die Etatentwicklung wichtiger Kaiser-Wilhelm-Institute 1929 bis 1944, in: *Maier*, Gemeinschaftsforschung, S. 561–597. Zu einzelnen KWI: *Wolfgang Biedermann*, Zur Finanzierung der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Mitte der 20er bis zur Mitte der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts, in: *Heinrich Parthey/Günter Spur* (Hrsg.), Wissenschaft und Innovation. Wissenschaftsforschung, Jahrbuch 2001, S. 143–172; *ders.*, Zur Evaluation außeruniversitärer Forschung in der Diskussion der Institutsdirektoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Das Verhältnis von Sach- zu Personalausgaben, in: *Klaus Fischer/Heinrich Parthey* (Hrsg.), Evaluation wissenschaftlicher Forschung, Wissenschaftsforschung, Jahrbuch 2003, S. 141–188; *Schmuhl*, Grenzüberschreitungen, insb. S. 64–68, 189–196; *Schmaltz*, Kampfstoff-Forschung, z. B. S. 272 ff.